

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
Bietend bei 2.90 RM, monatlich 1.80 RM,
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
eine oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Beiträge
und Berichterstattungen 80 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegraph-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 18. Oktober 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

An die Leser des „Vorwärts“!

Durch Verfügung vom 8. Oktober 1916 hatte das Oberkommando in den Marken das Erscheinen des „Vorwärts“ bis auf weiteres verboten.

Als der Verlag des „Vorwärts“ um Aufhebung des Verbots nachsuchte, stellte das Oberkommando die Forderung, daß eine Änderung im Personal der Redaktion des „Vorwärts“ eintrete, welche für die Zukunft die nötigen Garantien böte.

Der Parteivorstand hat über diese Forderung des Oberkommandos mit der Preßkommission verhandelt, ohne dabei dem Ziele, ein Wiedererscheinen des „Vorwärts“ zu ermöglichen, näher zu kommen.

Nachdem festgestellt war, daß der Vorschlag, den Redakteur Genossen Däumig von der Redaktionsarbeit freizustellen und zum Zensur zu machen, dem Oberkommando nicht genügte, beantragte der Parteivorstand bei der Preßkommission, zu beschließen:

„Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des „Vorwärts“ ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden.“

Die Preßkommission lehnte diesen Vorschlag ab und nahm einen Antrag an, nach dem ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintreten und die Vollmacht erhalten sollte, die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen.

Berlin, den 17. Oktober 1916.

Dieser Vorschlag war unannehmbar, da einem Mitgliede des Parteivorstandes nicht zugemutet werden kann, für ein Blatt die Verantwortung zu tragen, auf dessen Haltung er und der Parteivorstand keinen Einfluß haben und das in den Lebensfragen der Partei gegen seine Ueberzeugung redigiert würde.

Wiederholt hat der Parteivorstand bei den Verhandlungen mit der Preßkommission erklärt, daß es sich dabei nur um die von ihm stets vertretene Auffassung handle, wonach im „Vorwärts“, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit.

Der Parteivorstand kam auf Grund der mehrfachen Verhandlungen mit Zentralvorstand und Preßkommission zu der Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des „Vorwärts“-Verbotes ermöglichen.

Der Parteivorstand glaubte aber nicht länger auf das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ verzichten zu können, wenn der Partei nicht großer politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen sollte, was der Parteivorstand nicht verantworten konnte.

Deshalb sah er sich gezwungen, dem Oberkommando zur Kenntnis zu bringen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des „Vorwärts“ eintreten soll, mit der Vollmacht, über den Inhalt des „Vorwärts“ zu entscheiden.

Das Oberkommando hat darauf durch Verfügung vom 17. Oktober 1916 das gegen den „Vorwärts“ ergangene Verbot aufgehoben.

Wir glauben, diese kurze Sachdarstellung den Lesern des „Vorwärts“ unterbreiten zu müssen. Wir ersuchen die Leser des „Vorwärts“, dem Blatte in dieser ersten und schweren Zeit auch ferner die Treue zu bewahren. Der „Vorwärts“ wird nach besten Kräften weiter für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten und jederzeit die Vorgänge des öffentlichen Lebens und Weltgeschehens unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Weltanschauung beleuchten.

Der Parteivorstand.

Die griechische Tragödie.

Von Heinrich Cunow.

Die Vergewaltigung Griechenlands durch die Ententemächte nimmt ihren Fortgang. Damit einher geht die völlige Zerrüttung der innerstaatlichen Verhältnisse. Rückwärts stellt das sich als Schützer der kleinen Nationen aufspielende England mit französischer und italienischer Unterstützung das griechische Volk vor die Wahl, entweder im Interesse der Entente an dem Kampf gegen die Mittelmächte und Bulgarien teilzunehmen oder sich der Willkür der Entente zu fügen.

Das tyrannisierte Griechenland geht völliger Auflösung entgegen. Die rechtmäßige Athener Regierung hat der Entente fast alle Machtmittel abtreten müssen und fristet nur noch ihre Existenz, weil die Ententediplomaten es noch nicht für angebracht halten, Herrn Eleutherios Venizelos, der mit dem früheren griechischen Admiral Kounduriotis und dem General a. D. Danglis in Saloniki ein Triumvirat errichtet und dort unter dem Protektorat Sarraills eine Art provisorischer Regierung errichtet hat, zur Uebernahme der offiziellen Regierung im Triumph nach Athen zu führen.

Man befürchtet, der Regierungsantritt des ehemaligen freisinnigen Advokaten könnte einen blutigen Bürgerkrieg zur Folge haben; denn wie schwer auch die Lebensverhältnisse Griechenlands unter den rauen Handgriffen Englands und Frankreichs leiden, ist doch die große Masse der Bevölkerung Mittel- und Südgriechenlands noch nicht für die Herrschaft eines Venizelos reif. Sie will keinen Krieg, keine Aufopferung für englische oder italienische Interessen. Selbst der einfache Mann weiß heute in Griechenland, daß die Berufung des intriganten Venizelos zum Ministerpräsidenten den völligen Anschluß an die Entente, die Einberufung aller Wehrfähigen zum Kampf an der Seite der englisch-französisch-serbisch-italienischen Invasionsstruppen bedeuten würde.

Wie gering trotz aller Agitation und aller Geldunterstützungen der Entente die zum Kampf für das „größere“ Griechenland bereite Schaar der Venizelisten ist, beweist am besten die Tatsache, daß nach den Angaben italienischer und französischer Blätter die Zahl der Truppen und Marine-mannschaften, die sich der Saloniker provisorischen Regierung des Venizelos zur Verfügung gestellt haben, kaum mehr als 20 000 Mann beträgt. Auch, als vor einigen Tagen die Beschlagnahme der griechischen Kriegsflotte durch die Ententemächte erfolgte, hat sich nur ein kleiner Teil der Mannschaft bereit finden lassen, auf ihren Schiffen zu bleiben und in englische oder französische Dienste überzutreten. Der weitaus größte Teil der Armee und der Bevölkerung hält zum König oder richtiger: sie wünscht ein striktes Festhalten an der Neu-

tralität, zumal das Schicksal Serbiens und Montenegros wie die Niederlagen der Rumänen harte, blutige Kämpfe und die fast sichere Okkupation großer griechischer Landesteile in Aussicht stellen.

Ueberdies ist die griechische Händlerschicht, so sehr sie auch für das venizelistische Programm einer Ausdehnung des griechischen Landbesitzes über Südbalkanien und einer Erwerbung syrischer Küstengebiete schwärmt, immer mißtrauischer gegen die Politik der Entente geworden, seit sich im steigenden Maße Italien an den Balkankämpfen beteiligt. Italienische Truppen überfluten Nord-Epirus, also das Gebiet, das Venizelos seiner Anhängerschaft als sichere Kriegsbeute in Aussicht gestellt hat — und die italienische Presse macht gar kein Hehl daraus, daß die italienischen Regierungskreise nicht nur dieses Gebiet, sondern auch dessen Hinterland im Falle eines Sieges als ihren Besitz zu beanspruchen gedenken. Die größeren italienischen Blätter lassen tatsächlich fast keinen Tag vorübergehen, um den Griechen von oben herab zu Gemüte zu führen, daß sie weder in Epirus und im nördlichen Mazedonien, noch in Kleinasien etwas zu suchen hätten und, falls sie sich nach langer Verrätereier endlich zur Teilnahme am Krieg entschließen sollten, als Belohnung dafür mit einem bulgarischen Landstreifen am Ägäischen Meer reichlich abgefunden wären.

Eine Auslieferung der griechischen Regierung an Venizelos wäre nur möglich, wenn sich die Ententemächte zum Außersten entschließen würden, das heißt, wenn sie die Hauptorte von Hellas besetzen und die Kanonen ihrer Kriegsschiffe auf Athen richten würden. Davor scheuen sie aber vorerst noch zurück, da sie den Ausbruch von größeren Aufständen gegen ihre Herrschaft fürchten und die Zustände im Truppenlager Sarraills nicht derartig sind, daß man größere Truppenkörper entbehren könnte. So begnügt sich vorläufig die Entente damit, die griechische Regierung weiter zu schwächen und zu diskreditieren, die gegen den Krieg protestierenden Reservisten zu unterdrücken und die Machtmittel des Staates in ihre Hand zu bringen.

Man veranlaßt eine Ministerkrise nach der anderen, um die Machtstellung der Regierung mehr und mehr zu lähmen. Nachdem vor vier Wochen das Kabinett Paimis infolge zunehmender Drangsalierungen hatte zurücktreten müssen, gelangte am 16. September Kalogeropoulos zur Regierung; doch, obgleich er den Wünschen der Entente im weitesten Maße entgegengekommen ist und die der sogenannten Deutschfreundlichkeit verdächtigen Mitglieder seines Kabinetts ausschied, fanden schon nach vierzehn Tagen die Ententediplomaten, daß sie auch mit den neuen Männern der Kalogeropoulos'schen Regierung nicht in genügender Weise ihre hohen Funktionen als Schützer der griechischen Unabhängigkeit ausüben vermöchten. Schon am 3. Oktober meldete Reuters, auch das neue Ministerium hätte bereits wieder demissioniert. An seine Stelle trat nach mehreren Tagen des politischen Hin- und Herbewegens das Kabinett Lambros, eines bekanntlich politisch indifferenten griechischen Historikers und Archäo-

logen, der um sich noch politisch gleichgültigere Minister scharre. Noch mehr als das Kabinett Kalogeropoulos sucht dieses reine Geschäftsministerium sich durch das weiteste Entgegenkommen gegen die Annahmen der Entente eine gewisse kurze Lebensdauer zu sichern, ohne das ihm das bisher gelungen zu sein scheint.

Daneben verfolgt die Entente mit rücksichtsloser Energie das Ziel, sich in den Besitz der staatlichen Machtmittel Griechenlands zu setzen. Die griechische Regierung hat einen großen Teil des Heeres demobilisieren und die Meeresflottenverbände auflösen müssen. Ferner wurden Post, Telegraph und Telefon unter Verwaltung der Entente gestellt und einer strengen Zensur unterworfen. Darauf wurden die Hauptlinien der griechischen Eisenbahnen, darunter vor allem die Linie Piräus-Athen-Varissa, besetzt. Dann folgte in den letzten Tagen die Beschlagnahme der griechischen Kriegsflotte. Die kleineren und mittleren Schiffe erhielten französische, italienische oder englische Bemannungen und wurden zur Verstärkung der Ententeflotte nach der Wucht von Kerafini gebracht; die drei größten Panzerdampfer „Averoff“, „Milis“ und „Lemnos“ wurden abgerüstet. Zugleich wurden die Küstenforts und -befestigungen kurzweg von Ententetruppen besetzt. Doch fühlt sich die Entente-Diplomatie noch immer nicht befriedigt. Wie Reuters vor einigen Tagen meldete, hat der französische Admiral Journef eine neue Note an die griechische Regierung gerichtet, in der für die Ententevertreter die völlige Kontrolle über die griechische Politik verlangt wird, wahrscheinlich damit sie diese gegen die Widerstrebungen des Venizelos zu verwenden und Aufstände niederzuhalten vermag.

Auch damit werden die Machthaber der Entente in Saloniki und Athen sich kaum begnügen. Griechenland soll entnervt und entmannt werden, damit es sich willig des Regiment eines Venizelos gefallen läßt und dieser Griechenlands Söhne für Englands Interessen in den Kampf zu schicken vermag. Es ist eine fürchterliche Volkstragödie, die sich in Griechenland abspielt.

Die griechischen Wirren.

Die Vorgänge in Athen.

Bern, 17. Oktober. (B. L. B.) „Corriere della Sera“ meldet: In Athen erwartet man eine weitere Note der Entente, worin eine Verringerung der Heeresstärke sowie die Verweisung des Heeres nach dem Peloponnes verlangt werden wird. Es herrscht Unsicherheit, ob infolge dieser schweren Forderung nicht eine neue Ministerkrise eintreten wird. Venizelos wird Politik und Diplomatie mit besonderem Auftrage nach den Entente-Hauptstädten schicken.

Agence Havas meldet, daß rund 1000 Mann der Truppen der Alliierten im Piräus gelandet worden sind. Die Batterie Kastella wurde besetzt, ebenso der Bahnhof und das Rathaus von Piräus und von Athen. Das Athener Stadttheater wird von 150 Mann mit zwei Maschinengewehren bewacht.

Athen, 17. Oktober. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Amtlich wird erklärt, daß die Landung von Abteilungen der Alliierten besagte, die Polizei zu verstärken, und daß diese vermutlich den Kundgebungen gegen die Entente ein Ende machen werde.

Tagesbefehl des griechischen Königs an die Marinemannschaften.

Athen, 16. Oktober. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der König hat einen Tagesbefehl an die Besatzungen der von Alliierten ausgelieferten Kriegsschiffe erlassen, in dem es heißt, daß sie schon sehr viel hätten leiden müssen und daß ihre Herzen aus den neuen Wunden bluteten, die ihnen täglich geschlagen würden. Die Regierung sei verpflichtet gewesen, ihnen zu befehlen, die Schiffe zu verlassen, die die Vorkast der Freiheit ihren unerlösten Brüdern gebracht hätten. Der König wünschte den Seeleuten ferner Glück zu ihrer Treue, nicht nur als ihr Führer und Kommandant, sondern auch als Vertreter des Landes, dem er selbst treu gedient habe und weiter treu dienen wolle. Zum Schluß spricht der König die Hoffnung aus, daß der Wunsch der Seeleute, bald wieder im Besitz ihrer Schiffe zu sein, sich rasch erfülle.

Übernahme griechischer Schiffe durch die Alliierten.

Athen, 17. Oktober. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Besatzungen von der Flotte der Alliierten haben die griechischen Kriegsschiffe „Georgio Aberoff“, „Atilis“ und „Lemnos“ übernommen. Die griechischen Besatzungen wurden gelandet und nach Athen geschickt.

Aufschluß einer Panzerschiffsbesatzung an die Venezianer.

Venedig, 16. Oktober. (W. Z. B.) „Temps“ meldet aus Athen: Die griechischen, in Korfu befindlichen Truppen, denen die Abreise von der Entente verweigert wurde, waren auf Anordnung des griechischen Kriegeministers für Epirus bestimmt. Das 24. griechische Infanterieregiment wurde von Santa Maura auf Segeln nach Arta verfrachtet. Das Panzerschiff „Hydra“, deren Offiziere und Besatzung sich der revolutionären Bewegung angeschlossen haben, hat sich vor Saloniki verankert.

Venezianer-Agitation in Amerika.

New-York, 17. Oktober. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Über 300.000 zum Anschluß an die Partei Venizelos aufgeforderte Griechen haben sich organisiert. Gestern abend haben 3000 von ihnen eine Versammlung abgehalten, die erste einer Reihe, die in den gesamten Vereinigten Staaten stattfinden sollen. Sie eröffneten eine Sammlung, um Venizelos zu Hilfe zu kommen. Sie beurteilten die Haltung der griechischen Regierung und verpflichteten sich, Venizelos zu unterstützen. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt, die Regierung des Königs Konstantin habe Forts und Munition im Werte von 200 Millionen Dollar in Mazedonien preisgegeben und dem IV. Armeekorps erlaubt, sich von den Deutschen gefangen nehmen zu lassen. Die Regierung habe Griechenland und den gesamten Balkan dem Feinde überlassen. Ihre Politik bedrohe den Bestand der Nation. Die griechischen Kolonien in Amerika sind aufgefordert worden, ihren gesamten Einfluß aufzubieten, um alle Teile Griechenlands dazu zu bringen, sich der nationalen Bewegung zur Vertreibung des Feindes anzuschließen, der die Souveränität Griechenlands beseitigt habe, und die Demagogen zu vertreiben, die den König Konstantin umgeben.

Ein amerikanisches Blatt über die Behandlung Griechenlands.

New York, 13. Oktober. (W. Z. B.) Funkpruch vom Vertreter des W. Z. B. Die „World“ sagt in einem Leitartikel: Was die Soldaten der kleinen Völker, die sich selbst dieses Amt anmaßen, einer schwachen Nation antun können, hat man daran gesehen, was die Alliierten Griechenland antun. Sie haben jetzt seine Flotte, seine Küstenbesatzungen und Hauptbahnen in Besitz genommen. Bei der Untertwerfung Griechenlands durch die Alliierten sind Schwert und Fackel nicht ruhig geblieben, aber Griechenlands Unabhängigkeit ist vernichtet worden. Die Verträge, durch die sie gewährleistet war, sind rückwärtslos verletzt worden.

Die Kriegsergebnisse seit dem 9. Oktober.

Die wichtigsten Meldungen von den Kriegsschauplätzen, die sich seit dem Verbot des „Vorwärts“ abgepielt haben, seien im folgenden in gedrängter Form wiedergegeben:

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz

War am 9. Oktober die große Schlacht an der Somme in voller Heftigkeit entbrannt. Doch konnte der Hauptquartiersbericht vom 9. Oktober melden, daß nicht das kleinste Grabenstück auf der 25 Kilometer breiten Schlachtfeldfront verlorengegangen sei. Auch vom 10. Oktober konnte gemeldet werden, daß alle erneuten Angriffe zwischen Ancre und Somme erfolglos geblieben waren. Mit dem wesentlich gleich negativen Ergebnis endeten auch die Kämpfe nördlich und südlich der Somme, über die die Meldung des Großen Hauptquartiers am 11. Oktober berichtete. Auch nach der Meldung vom 12. Oktober nahm die Schlacht ihren Fortgang. Trotz heftigster Anstürme der Gegner wurden die deutschen Stellungen restlos behauptet. Nicht besseren Erfolg hatten die englischen und französischen Angriffe, die in den folgenden Tagen eingesetzt wurden. Bei den Kämpfen um die Zuckerrübenfabrik von Gernemont wurden 204 französische Gefangene gemacht. Der Bericht vom 11. Oktober stellt fest, daß im Gegenangriff von den Deutschen verschiedene Stellungen den Franzosen wieder entzogen und dabei insgesamt 640 Gefangene gemacht wurden.

Im September gingen 20 deutsche Flugzeuge im Luftkampf verloren. Der französische und englische Verlust beträgt im gleichen Zeitraum im ganzen 129 Flugzeuge. Davon wurden im Luftkampf 97, durch Abschuß von der Erde 25 Flugzeuge heruntergeschossen, 7 mußten ungewollte Landungen innerhalb der deutschen Linien vornehmen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Wiederholte russische Angriffe westlich von Luck scheiterten unter größten Verlusten der Angreifenden. Am 9. Oktober wurden bei dem Dorf Serbutow 4 Offiziere und 204 Russen gefangen genommen und einige Maschinengewehre erbeutet. Auch in den Karpaten scheiterten russische Gegenangriffe vollständig.

Siebenbürgische Front:

Der Vormarsch in Ost-Siebenbürgen wurde fortgesetzt. Die in der Schlacht von Kronstadt geschlagenen Rumänen warteten nach dem Eintreffen von Verstärkungen vergebens handzuhalten. Sie mußten auf der ganzen Linie zurückgehen. In den an den folgenden Tagen stattgefundenen scharfen Verfolgungskämpfen erlitten die Rumänen erneut schwere Verluste. Nach dem Bericht des Großen Hauptquartiers vom 10. Oktober wurden als Beute aus der dreitägigen Schlacht von Kronstadt 1170 Gefangene und 25 Geschütze erbeutet. Außerdem wurden zwei Lokomotiven und 800 meist mit Verpflegung beladene Waggons erbeutet. In den folgenden Tagen erneuerten sich die Kämpfe im

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 17. Oktober 1916. (W. Z. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg
An vielen Stellen der Front rege Patronen- und Feuerleistung.

Bei der

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

lagen die Stellungen beiderseits der Somme tagsüber unter starkem Artilleriefeuer, das kräftig erwidert wurde. Bei der Belämpfung feindlicher Batterien leisteten unsere Beobachtungsflyer wertvolle Dienste.

Angriffe erfolgten abends nördlich des Flusses gegen die Anstufungen von Guedecourt und Sailly, südlich gegen unsere Stellungen nördlich von Fresnoy-Mazancourt. Bei Guedecourt brachen die Anstürme im Sperrfeuer zusammen, bei Sailly und Fresnoy scheiterten sie im Nahkampf, der um kleine Grabenteile noch andauert.

Unsere Kampfflyer schossen 6 feindliche Flugzeuge ab, davon 3 hinter den feindlichen Linien. Hauptmann Voelcke setzte wieder 2 Gegner außer Gefecht.

Heeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne wurde ein französischer Vorstoß nördlich von le Mesnil abgewiesen, im Argonnen- und Maas-Gebiet war der Artilleriekampf stellenweise lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Wieder war die Front der Heeresgruppe Pilsingen westlich von Luck und die des Generaloberst von Boehm-Ermoli an der Karajowka der Schanzen siegreicher Abwehr starker feindlicher Angriffe, bei denen der Russe ohne jeden Erfolg von neuem Neuschulzungen opferte.

So stürmten seit frühem Morgen frisch herangezogene und wieder aufgefüllte Verbände zehnmal gegen die unter stärkstem Artilleriefeuer gehaltenen Stellungen hannoverscher und braunschweiger Truppen zwischen Sintawa und Jubilno und gegen österreich-ungarische Linien südwestlich von Satoruch vergeblich an.

Abends setzten gegen den Abschnitt Pustomy-Bubnow nach heftiger Feuertvorbereitung dreimal wiederholte starke Angriffe ein, die ebenfalls verlustreich mißlang. Das gegen die Stellungen der Armee des Generals Grafen von Bothmer gerichtete feindliche Artilleriefeuer steigerte sich mittags zu größter Heftigkeit und dauerte, nur durch die wiederholten feindlichen Anläufe unterbrochen, bis zur Dunkelheit an. Alle Infanterie-Angriffe wurden auch hier abgeschlagen und dem Feinde eine schwere Niederlage bereitet. Garde-Füsilier- und pommerische Grenadiere stießen dort dem zurückweichenden Feinde nach, nahmen die vordersten feindlichen Gräben in 2 Kilometer Breite und brachten 36 Offiziere, 1900 Mann gefangen, 10 Maschinengewehre als Beute ein.

Marostale sowie Gorgenitale. Auch weiter südlich im Altale wurden die Rumänen geworfen und die Verfolgungskämpfe gegen die bei Kronstadt geschlagene 2. rumänische Armee fortgesetzt. In diesen Gebirgskämpfen wurden weitere 18 Offiziere und 689 Mann gefangen, sowie 10 Geschütze erbeutet. Nach einer Meldung vom 13. Oktober gerieten weitere 171 Mann in Gefangenschaft, auch wurden abermals zwei Geschütze genommen. Am folgenden Tage vermehrte sich die Beute um 300 Mann und 6 Maschinengewehre.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Seit dem 8. Oktober unternahmen die Italiener nach mehrtägiger heftiger Artillerievorbereitung eine groß angelegte Offensive am Südlügel der Küstenländischen Front. Nach dem österreichischen Generalstabsbericht wurden alle Angriffe abgewiesen. Westlich und südlich von Oppochiajella gewann der Gegner Raum. Nova Bas fiel in seine Hände. Die Zahl der in diesen Kämpfen gefangenen Italiener betrug 2700. Auch an den folgenden Tagen wiederholten die Italiener erfolglos ihre Angriffe gegen die Küstenländische Front. Nach einem zusammenfassenden Bericht des österreichischen Generalstabs waren an dieser letzten italienischen Offensive insgesamt 16 Infanteriedivisionen mit sehr mächtiger Artillerie und zahlreichen Minenwerferbatterien eingesetzt. Die österreichischen Kampfverteidiger hatten eine Woche lang im schärfsten Feuer ausgeharrt und dem unaufhörlichen Sturm des an Zahl überlegenen Feindes getrotzt, bis ihn seine Verluste zwangen, den Angriff einzustellen.

Die feindlichen Heeresberichte:

Der französische Heeresbericht vom 10. Oktober meldet 1250 Gefangene, die sich nach dem Bericht vom 11. Oktober auf insgesamt 1752 erhöhten. In den folgenden Tagen vermögen die französischen und englischen Berichte nur über kleinere Gefangenzahlen zu berichten.

Die italienische Heeresleitung beziffert in ihrem Bericht vom 11. Oktober nach W. Z. B. die Zahl der Gefangenen auf der gesamten Front auf zifra 6200 Mann, wozu nach dem Bericht vom 12. Oktober noch 1771 Gefangene kommen. Im ganzen wurden von den Italienern seit dem August 30.883 Gefangene, darunter 728 Offiziere, gemacht.

Deutsche U-Boote an der amerikanischen Küste:

Mehrere deutsche U-Boote, darunter „U 53“, versenkten umweit der amerikanischen Küste eine Anzahl von Schiffen mit Bananware. Wie sich aus den deutschen Feststellungen unter Bestätigung durch die Meldungen des Auslandes ergibt, geschah die Versenkung erst nach vorhergehender Warnung, so daß der Besatzung und den Passagieren die Gelegenheit zur Rettung gegeben wurde. Die englische Beidwerbe, daß „U 53“ im Hafen von Newport einige Stunden Aufenthalt genommen habe — übrigens ohne irgendwelchen Proviant oder Betriebsstoff einzunehmen — wurde von der amerikanischen Regierung im ablehnenden Sinne beschieden. Ueber die U-Bootfrage selbst fanden Verhandlungen zwischen Lansing und Wilson statt. Weitere Maßnahmen der amerikanischen Regierung sind noch nicht bekanntgegeben worden.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Ein am 15. Oktober unternommener Vorstoß russischer Bataillone bei Jamnica (nördlich von Stanislan) hatte ebenso wenig Erfolg wie Angriffe gegen den Gipfel des T. Coman in den Karpaten.

Südlich von Dorna Watra gewannen unsere Truppen Höhen östlich des Neagra-Baches.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

An den Passstrassen auf der Ostfront leisteten die Rumänen Widerstand.

Südlich und westlich des Bedens von Kronstadt (Brasso) ist die Lage im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In der Dobrudscha nichts Neues.

An der Mazedonischen Front wurden räumlich begrenzte Angriffe bei Gradecuita (südlich Monastir), an der Cerna und nördlich der Ridsje Planina abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. Oktober 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird bekannt:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl

In den Grenzräumen südlich von Nagy Ezeben (Hermannstadt) und Brasso (Kronstadt) blieb die Kampfsituation unverändert. Im Oghryhgebirge hält der rumänische Widerstand an. In der Dreiländerecke, südlich von Dorna Watra vertrieben wir den Feind von den Höhen östlich der Neagra.

In den Waldkarpaten und südlich des Dnjepr wurden vereinzelte Vorstöße der Russen abgeschlagen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Schlachten an der Karajowka und in Wolhynien dauern fort. Der Feind holte sich in beiden Räumen abermals schwere Niederlagen.

Südlich von Lipnica Dolna stürmten die russischen Massen bis in die Nacht hinein gegen die Stellungen der deutschen Truppen an; alles war vergebens. Deutsche Gardebataillone stießen dem geworfenen Feind bis in seine Gräben nach und setzten sich dort fest. Die Russen ließen 36 Offiziere, 1900 Mann und 10 Maschinengewehre in der Hand unserer Verbündeten. In Wolhynien richteten sich die russischen Angriffe wieder gegen die deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte des Generalobersten v. Terztyhandzly. Nach heftiger Beschließung brachen nachmittags zwischen Pustomyj und Swiniuch, westlich von Bubnow, südlich von Satoruch und zwischen Satoruch und Kifselin die russischen Kolonnen los. Die feindlichen Anstürme erneuerten sich trotz ungeheurer Verluste an einzelnen Stellen dreimal, nördlich von Satoruch sogar bis zu zehnmal. Aber auch diese Stoßkraft überlegener Massen reichte nicht hin, die tapferen Verteidiger zu erschüttern. Der Feind drang nirgends durch. Unsere Truppen errangen einen vollen Erfolg.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Sosefer, Feldmarschalleutnant.

Auch im Englischen Kanal wurde eine Anzahl neutraler Handelsschiffe mit Bananware versenkt. Desgleichen im Eismeer, wodurch die Zufuhr für die Murmanhäfen vollständig vollständig abgebrochen worden zu sein scheint.

Versenkung eines französischen Truppentransportschiffes. Nach der Meldung des Chefs des Admiralstabes der Marine hat ein deutsches U-Bootboot im Mittelmeer am 2. Oktober den französischen kleinen Kreuzer „Nigel“ durch zwei Torpedoschüsse und am 4. Oktober den französischen Hilfskreuzer „Gallia“ durch einen Torpedoschuss versenkt. Von den an Bord der „Gallia“ befindlichen serbischen und französischen Truppen, die sich auf dem Wege nach Saloniki befanden, sind etwa 1000 Mann umgekommen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 16. Oktober. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht vom 16. Oktober. Mazedonische Front. Nach ergänzenden Meldungen wurde der feindliche Angriff am 14. Oktober beiderseits der Eisenbahn Bitolia (Monastir)—Verino (Florina) unter ungeheuren Verlusten für die Franzosen abgeschlagen. Allein vor der Front eines unserer Bataillone begruben wir 485 Gefallene, darunter vier Offiziere. Im Laufe der beiden letzten Tage, des 14. und 15. Oktober, machten die Serben unermüdete Anstrengungen, um unsere Front an der Cerna zwischen den Dörfern Prod und Skolchivir zu durchbrechen, aber alle Anstrengungen blieben vergeblich. In der Nacht vom 15. zum 16. Oktober unternahmen die Serben acht einanderfolgende sehr erbitterte Angriffe in demselben Abschnitt, wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Unsere Infanterie ließ sie bis an die Drahthindernisse vor ihren Gräben herankommen und schlug unerschütterlich alle acht Angriffe ab, worauf sie durch einen Gegenangriff die Serben in ihre Ausgangsstellungen zurückwarf. Wir nahmen einen Bombenwerfer und ein Maschinengewehr. An der Molenisfront lebhafteste Artillerietätigkeit. Ein schwacher feindlicher Infanterievorstoß nördlich von Grunischee wurde durch unser Feuer angehalten. Westlich und östlich des Bardar bis zum Doiransee schwaches Artilleriefeuer. Feindliche Flugzeuge warfen erfolglos Bomben auf den Bahnhof von Demtrikapa. Am Fuße der Belasika Plania gegenseitiges Artilleriefeuer und ein für uns günstiges Patronenengesicht beim Dorfe Bursuf. An der Strumafront Geschieße zwischen Aufklärungsabteilungen und stellenweise Artilleriefeuer. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe. Bei Tschajaza schossen wir ein feindliches Wasserflugzeug ab, das unsere Artillerie zerstörte. An der rumänischen Front keine Veränderung; der Tag verlief ruhig.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. Oktober. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 16. Oktober. Kaukasusfront: Im allgemeinen Schirmhül mit für uns günstigem Ergebnis. Auf den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 16. Oktober nachmittags. (W. L. B.) Nördlich der Somme drangen die Franzosen am Abend in das Dorf Sailly-Sailly ein. Sie besetzten Häuser am Rande der Straße von Bayanne bis zum Hauptkrenzungspunkt. Die Deutschen leisteten sehr heftigen Widerstand. Der Kampf dauert fort. Südlich der Somme wiesen die Franzosen einen deutschen Angriff im Saint-Cloi-Walde ab. Auf der übrigen Front verhältnismäßige Ruhe.

Flugwesen: Trotz des schlechten Wetters lieferten die französischen Flugzeuge sieben Kämpfe, in deren Verlauf ein deutscher Apparat abgeschossen wurde.

Vom 16. Oktober abends. (W. L. B.) An der ganzen Sommefront lebhaft beiderseitige Artillerietätigkeit. Nördlich von der Somme haben wir uns in den eroberten Teilen von Sailly-Sailly trotz lebhafter Beschichtung durch den Feind besetzt. Südlich von der Somme haben wir einen heftigen Gegenangriff abgelehnt. Westlich von Vernois-Santerre haben wir ein kleines Gefolge genommen und zwischen Emermont und Abincourt zwei Gefolge von 210 und eins von 77 Gefangenen erbeutet. Bei diesen Unternehmungen haben wir 110 Gefangene, darunter 4 Offiziere, eingebracht. Im Abschnitt von Lassigny ist ein deutsches Flugzeug, das von unserer Artillerie getroffen worden war, in Flammen gerückt in die deutschen Linien abgestürzt. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Orientarmee. Kein Ereignis von Bedeutung.

Belgischer Bericht. Artilleriekampf an verschiedenen Stellen in der Gegend von Ramecapelle, Dignuiden und Steenstraete. Bombenverfechtung in der Gegend von Voefinghe.

Die englische Meldung.

Vom 16. Oktober nachmittags. (W. L. B.) Südlich der Ancre mit Unterbrechung feindliche Artilleriebeschichtung. Nachts wurde ein kleiner Bombenangriff nördlich von Courcellette mit Leichtigkeit zurückgewiesen. Ein großer feindlicher Angriff, der nach schwerer Artillerievorbereitung und mit Unterstützung von Flammenwerfern auf die Schwabenschanze ausgeführt wurde, wurde ebenfalls mit großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen.

Vom 16. Oktober abends. (W. L. B.) Es stellt sich heraus, daß die feindlichen Verluste bei dem gestern abend stattgehabten Angriff bei der Schwabenschanze sehr schwer, die unrigen sehr leicht gewesen sind. Wir haben ein gut geleitetes Feuer auf die Nachbarschaft von Reuville-St. Vaast gerichtet. Unsere Flugzeuge haben eine feindliche Batteriestellung zerstört, andere schwer beschädigt und Bomben auf sitzende und sich bewegende Transporte abgeworfen.

Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 16. Oktober. (W. L. B.)

Stromfront: Unsere Patrouillen drangen nach Vurul durch und trieben feindliche Abteilungen zurück. Der Marinelutnant führte einen erfolgreichen Bombenangriff auf die Brücke von Bul aus.

Wardarfront: Nichts Neues.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 16. Oktober. (W. L. B.) Westfront: In der Gegend des Bahnhofs Rudny (22 Kilometer südlich Smorgan) mußte ein durch das Feuer unserer Maschinengewehre abgeschossenes deutsches Flugzeug niedergehen. Die Insassen wurden gefangen genommen. In der Gegend nördlich von Korytnica geht der Kampf erbittert weiter. Feindliche Gegenangriffe wurden unter ungeheuren Verlusten abgeschlagen. Der Feind benutzt Handgranaten, die mit Säuregas gefüllt sind. Der spätere Oberst und Regimentskommandeur Kurilow ist verwundet worden. In der Gegend von Pborow erbitterte Kämpfe. Nördlich von Stanislaw verdrängte der Feind aus seinen Schützengräben vorzubringen, er wurde durch unser Feuer gezwungen, wieder dahin zurückzukehren. In der Gegend von Rödromez und Kribaba griff der Feind erbittert aber vergebens an. Wir machten dabei 17 Offiziere und 1170 Mann zu Gefangenen. Südlich von Dorna Watra fährt der Feind starke Streitkräfte zur Offenbrücke vor.

Von der Kaukasusfront ist nichts von Bedeutung zu melden.

Rumänischer Bericht.

Vom 16. Oktober. (W. L. B.) Auf den Fronten nördlich und nordwestlich von Galatz und im oberen Bidajale heftige Artillerietätigkeit. Bei Passauca und im Ujuzale wurden Infanterieangriffe zurückgeschlagen, wir machten 40 Gefangene. Artillerietätigkeit an der Grenze. Im Duzul-Tale wurde ein Infanterieangriff des Feindes zurückgewiesen. Der Feind griff unsere Truppen an der Grenze heftig an, wurde aber über die Grenze zurückgeworfen. Im Buccu-Tale geringfügige Tätigkeit; wir machten 80 Gefangene. Bei Tabladuzi zwang uns der Feind, ein wenig nach Süden zurückzugehen. Bei Bratocea ist die Lage unverändert. Bei Bedeal wurden Angriffe des Feindes mit großen Verlusten für ihn zurückgeschlagen. In der Gegend von Mudo leisten unsere Truppen hartnäckigen Widerstand. In der Gegend des St.-Flusses besetzen wir Stano, Wlegovad, Cidivo, Domsolu Rudij und Cicaa Stricatulul (S). In der Gegend des Tul keine Tätigkeit. In der Gegend von Grecca Artilleriekampf.

Südfront: Feuergefecht längs der ganzen Donau. In der Dobrußa warfen wir mit dem Bojonett einen vorgeschobenen Posten des Feindes bei Carabaca zurück.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 16. Oktober. (W. L. B.) Lloyd meldet, daß der Dampfer „White Prince“ versenkt wurde.

Ein italienischer Kreuzer torpediert.

Amlich. Berlin, 17. Oktober. (W. L. B.) Eines unserer Unterseeboote hat am 7. Oktober im Mittelmeer den italienischen geschützten Kreuzer „Evia“ durch einen Torpedotreffer schwer beschädigt.

Schwere Armierung der englischen Handels- und Passagierschiffe.

New York, 14. Oktober. (W. L. B.) Junkspruch des Vertreters von W. L. B. Die Regierung hat einen Marineoffizier mit der Leitung der New Yorker drahtlosen Station des „New York Herald“ betraut, um zu verhindern, daß die Station dazu benutzt werde, den auf See befindlichen Schiffen unneutrale Meldungen zukommen zu lassen. Diese Maßnahme ist durch Herborgerufen worden, daß eine drahtlose Meldung dieser Station aufgefangen wurde, die über die U-Boortätigkeit berichtete. Die Regierung schloß alle anderen hiesigen und Küstenfunkstationen.

Überwachung der amerikanischen Funkstationen.

New York, 14. Oktober. (W. L. B.) Junkspruch des Vertreters von W. L. B. Die Regierung hat einen Marineoffizier mit der Leitung der New Yorker drahtlosen Station des „New York Herald“ betraut, um zu verhindern, daß die Station dazu benutzt werde, den auf See befindlichen Schiffen unneutrale Meldungen zukommen zu lassen. Diese Maßnahme ist durch Herborgerufen worden, daß eine drahtlose Meldung dieser Station aufgefangen wurde, die über die U-Boortätigkeit berichtete. Die Regierung schloß alle anderen hiesigen und Küstenfunkstationen.

Amerikas Stellung zum U-Boot-Krieg.

New York, 11. Oktober. (Junkspruch des Vertreters von W. L. B.) (Verspätet eingetroffen.) Die amerikanische Denkschrift vom 31. August ist jetzt im vollen Wortlaut veröffentlicht worden. Das Staatsdepartement antwortet darin auf das vom 28. August datierte und am vergangenen Montag hier bekanntgegebene Verlangen der Alliierten, daß Unterseeboote der Kriegführenden von den neutralen Gewässern ausgeschlossen würden, in folgender Weise:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat gleichlautende Denkschriften von den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Australiens und Japans erhalten, in denen die neutralen Regierungen ersucht werden, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Unterseeboote der Kriegführenden, ohne Rücksicht auf ihren Verwendungszweck, daran zu verhindern, neutrale Gewässer, Ankerplätze oder Häfen zu berühren. Diese Regierungen weisen auf die Wichtigkeit hin, mit der sich solche Fahrzeuge der Ueberwachung, der Durchsuchung und der Feststellung ihrer Nationalität und ihrer Besatzung entziehen können, und auf ihre Fähigkeit, Schaden anzurichten, wie es in ihrer Natur liegt, wie auch auf die „besonderen Erleichterungen“, die ihnen gewährt werden, wenn sie Plätze zur Verbergung haben, an denen sie sich aufhalten und ihre Vorräte ergänzen können. Offenbar auf Grund dieser Feststellungen sind die Regierungen der Alliierten der Meinung, daß Unterseeboote vom Genuss der bisher völkerrechtlich anerkannten Regeln über den Aufenthalt von Handels- oder Kriegsschiffen in neutralen Gewässern, Ankerplätzen oder Häfen ausgeschlossen werden sollten. Jedes Unterseeboot eines kriegführenden Staates, das einmal einen neutralen Hafen anläuft, sollte dort festgehalten werden, und deshalb warnen die Regierungen der Alliierten die Neutralen vor der großen Gefahr des Fahrens neutraler Unterseeboote in Gewässern, die von Unterseebooten der Kriegführenden besucht werden.

In Erwiderung hierauf muß die Regierung der Vereinigten Staaten ihrem Erstaunen Ausdruck geben, daß es das Bemühen der Regierungen der Alliierten zu sein scheint, für die neutralen Regierungen Regeln für das, was sie „eine neue Lage“ in bezug auf den Gebrauch von Unterseebooten nennen, aufzustellen und die Anwendung dieser Regeln, oder wenigstens eines Teiles davon, zu erzwingen, indem sie die neutralen Mächte vor der großen Gefahr für ihre Unterseeboote in Gewässern, die von Unterseebooten der Kriegführenden besucht werden, warnen.

Nach der Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten haben die alliierten Mächte betreffend den Gebrauch von Handels- und Kriegsunterseebooten nichts vorgebracht, noch kann die Regierung der Vereinigten Staaten einen Anlaß sehen, durch den die bestehenden Regeln des Völkerrechts auf diese nicht anwendbar würden. Angesichts dieser Tatsache, sowie der Mitteilung und der Warnung der alliierten Mächte, die in ihrem Memorandum ausgesprochen und in Erwägung gezogen ist, sieht sich die Regierung der Vereinigten Staaten gezwungen, den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan mitzuteilen, daß, was die Behandlung von Handels- und Kriegsunterseebooten in amerikanischen Gewässern betrifft, die Regierungen der Vereinigten Staaten ihre Handlungsfreiheit in jeder Beziehung sich vorbehält und solche Fahrzeuge so behandeln wird, wie nach ihrer Meinung das Verhalten einer Macht zu sein hat, von der verlangt werden kann, daß sie die ersten Schritte zur Festlegung der Grundsätze der Neutralität getan hat, und die mehr als ein Jahrhundert lang diese Grundsätze in überlegener Weise und mit hohem Sinn für Unparteilichkeit aufrechterhalten hat, aus dem heraus sie entstanden sind.

Damit aber kein Mißverständnis über die Haltung der Vereinigten Staaten bestehe, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten den alliierten Mächten mit, daß sie es für die Pflicht der kriegführenden Mächte hält, zwischen Unterseebooten neutraler und kriegführender Nationalitäten zu unterscheiden, und daß die Verantwortung für jeden Zwischenfall, der zwischen Kriegsschiffen der Kriegführenden und neutralen Unterseebooten infolge der Außerachtlassung solcher Unterscheidung zwischen diesen Arten von Unterseebooten entstehen kann, völlig auf den diese Unterscheidung vernachlässigenden Mächten ruhen wird.

Kriegsdebatte im Unterhaus.

London, 11. Oktober. (W. L. B.) Unterhaus. Nachdem Aquith die Kredite beantragt hatte, sprach Carson. Er meinte, daß die Operationen am Balkan Anlaß zu einer gewissen Besorgnis zu geben schienen. Ich bin natürlich froh und dankbar wie der Premierminister selbst, sagte er, daß die Rumänen eingegriffen haben, aber die, welche die Ereignisse verfolgen, müssen recht besorgt sein, ob es nicht die deutsche Politik war, die Rumänen zu geschmeitern. Das würde meiner Ansicht nach ein großes Unglück sein. Wenn konsolidierte Balkanstaaten sich unter deutscher Herrschaft befänden, wenn Friedensvorschläge gemacht werden, so würde mir scheinen, daß die Annahme solcher Vorschläge sehr erschwert werden würde. Die Nation sollte ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache richten, daß die aggressive Politik der deutschen Regierung nicht nur auf Europa, sondern auch auf das Balkangebiet gerichtet ist, mit der Absicht eines weiteren Angriffes auf dem Orient, wo wir so große Interessen haben. Das sollten wir niemals außer Acht lassen, wenn wir die verschiedenen Operationen ins Auge fassen, die wir veranlaßt sind zu unternehmen.

Wir haben seit dem 1. Juli in unseren Operationen an der Somme Fortschritte gemacht. Der Premierminister sagte, wenn ich recht verstanden habe, daß wir als Ergebnis von dreimonatigen Operationen sieben Meilen auf einer neunmeiligen Front gewonnen haben. Wir alle wissen, daß wir diesen Gewinn durch großen Mut, aber auch mit großen Verlusten gemacht haben, und es hat keinen Zweck, daß wir uns dieser Tatsache verschließen, weil sie tagtäglich der ganzen Welt bekanntgegeben wird. Machen wir uns klar, was das bedeutet. Wir wollen diesen Kampf bis zum Ende austrampeln. Was das bedeutet, kann niemand sagen; aber wenn wir die Verluste und unsere Fortschritte der letzten drei Monate und dabei natürlich die gesamten Operationen in Anschlag bringen, so können wir uns und der Nation nicht verhehlen, daß wir noch eine Herkulesarbeit vor uns haben, um den endgültigen Sieg zu erringen, den die ganze Nation entschlossen ist, zu gewinnen.

Der liberale Abgeordnete Holt lenkte die Aufmerksamkeit auf das Interview Lloyd Georges mit einem amerikanischen Journalisten. Da die auswärtigen Angelegenheiten in den sicheren Händen zweier Minister lägen, sei es verwunderlich, weshalb der Kriegssekretär überhaupt ein Interview gegeben habe. Holt fuhr fort: Aber das ist eine Kleinigkeit gegenüber dem Charakter des Interviews. Die britischen Soldaten gehen nicht wie sportmäßige Gladiatoren in den Krieg, sondern wie christliche Krieger, die für eine große und heilige Sache kämpfen. Wir gehen mit den edelsten Zielen in den Krieg, und wir wollen Sorge tragen, daß diese Ziele nicht entarten.

London, 12. Oktober. (W. L. B.) Im Unterhaus sprach Dillon (Tre) sein Bedauern aus, daß Aquith in seiner Rede vom Tage vorher dem rumänischen Volke keine Versicherung gegeben habe, daß England alle seine Hilfsmittel aufbieten werde, um Rumänien vor der Gefahr zu retten, das Schicksal Belgiens und Serbiens zu teilen. Es wäre wünschenswert, daß der Kriegssekretär noch während der Debatte etwas sagte, um dem rumänischen

Volk zu versichern, daß England alle Kräfte anspannen würde, um ihm ohne Verzug durch eine starke Gegenoffensive in Mazedonien zu Hilfe zu kommen. Es würde ein beispielloses Unglück sein, wenn England Rumänien über den Haufen rennen ließe. Redner sagte, er habe stets geglaubt, daß die Entscheidung des Krieges auf dem Balkan fallengelassen würde, und wenn man die Befreiung Rumaniens zulasse, so könnte es geschehen, daß England doch den endgültigen Sieg niemals erringen würde.

Neue Kriegssteuern in Rußland geplant.

Kopenhagen, 17. Oktober. (W. L. B.) Wie aus Petersburg gemeldet wird, sagt Finanzminister Baril in der Begründung des Budget-Voranschlags, der steigende Wohlstand der Bevölkerung sei auf die gemaltigen Kriegsaufträge zurückzuführen. Ueber die Hälfte der 18 Milliarden Rubel, die für Kriegszwecke auszugeben seien, seien in Rußland selbst geblieben, so daß es möglich sein würde, die Steuern und Abgaben zu erhöhen zur Erfüllung der Aufgaben, die sich nach dem Kriege einstellen würden. Es sei bereits eine Anzahl neuer Steuern geplant.

Noch immer Verwickelungen an der mexikanischen Grenze.

Bern, 16. Oktober. (W. L. B.) „Temps“ meldet aus New York:

Präsident Wilson erklärte dem Gouverneur des Staates New York brieflich, daß die Lage an der mexikanischen Grenze sich noch nicht gebessert habe, im Norden Mexikos jedoch eine Besserung zu verzeichnen sei. Wilson fügt hinzu, daß nach Ansicht der militärischen Behörden die Zurücknahme amerikanischer Truppen neue mexikanische Angriffe zur Folge haben würde.

Der Rußland in Holländisch-Indien.

Amsterdam, 16. Oktober. (T. U.) Aus Ballebreden wird offiziell gemeldet: Die Entschlossenheit haben den Ratwasfluß bei Moearoepit erreicht. 2000 Holländische unternehmen einen zweiseitigen Angriff auf Soeroelangoen. Die Regierungsgebäude wurden nicht beschädigt. Verschiedene Häuser in Moearoepit sind geplündert und der Markt zerstört worden. Auf eine Entfernung von 17 Kilometern sind die Telephonleitungen vernichtet, ebenso die Brücken. In der vorigen Woche waren unmittelbar vor dem Ausbruch des Aufstandes alle Feuerwaffen beschlagnahmt worden, so daß die Aufständischen größtenteils nur über blanke Waffen verfügen. In Palembang wurden zwei Stationen für drahtlose Telegraphie errichtet. In Djambi sind die Kolonialtruppen durch Marechaussée ersetzt worden. Die Verbindung mit Tjandjo ist wieder hergestellt. Die Bewohner der Lambirgegend nehmen eine feindselige Haltung an.

Letzte Nachrichten.

Eine deutsche Note in der U-Bootsfrage.

Kristiania, 17. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Norsk Telegrammbureau. Die Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft veröffentlicht heute in den norwegischen Zeitungen eine amtliche Note als Antwort auf die Erklärung der norwegischen Regierung vom 11. Oktober über die Versenkung norwegischer Handelsschiffe durch deutsche U-Boote in fernliegenden Kriegsgebieten sich häufiger gezwungen sehen, Schiffe mit Vorräten zu versenken, als dies bei den englischen See- und Handelschiffen der Fall sei, sei eine einfache Folge der allgemeinen Seekriegslage. Trotzdem hätten englische und russische Torpedoboote das Recht, Vorräte zu versenken, in der Ostsee in großem Umfang benutzt, obwohl die Einbringung in russische Häfen dort weniger gefährlich sein würde, als die Einbringung vom norwegischen Eismeer her zu deutschen Häfen. Was die Rettung der Besatzungen betreffe, so hätten die deutschen Kommandanten trotz ihrer eigenen gefährdeten Stellung sich große Mühe gemacht, um die norwegischen Mannschaften so nahe wie möglich ans Land zu bringen. Selbstverständlich müßten die deutschen Vorräte auf Grund gelegt werden. Die Note betont, daß nicht Deutschland, sondern England mit der Erweiterung der Vorräte-Listen den Anfang gemacht habe. Die Behauptung in norwegischen Zeitungen, die englische sogenannte Blockade sei nur die Antwort auf den deutschen Unterseebootkrieg, sei unrichtig. Die deutschen Unterseeboote hätten stets in Uebereinstimmung mit ihren Anweisungen die norwegische Flagge und die norwegischen Hoheitsrechte geachtet.

Eine neue Note des Vierverbandes an Griechenland.

Zugans, 18. Oktober. (T. U.) Nach einer Meldung des Athener Korrespondenten des „Secolo“ steht die Ueberreichung einer neuen Note durch die Entente an Griechenland bevor. In dieser Note soll eine Verminderung des in Peloponnesen zusammengezogenen griechischen Heeres gefordert werden, damit die Sicherheit des Ententeheeres in Mazedonien garantiert sei. Die Forderung wird eine neue Krise hervorrufen. Nach demselben Gewährsmann sendet Venizelos eine gewöhnliche Mission nach Europa an die Entente, bestehend aus dem Minister für Politik und dem früheren Finanzminister Diamidis, anscheinend behufs Anerkennung seiner nationalen Regierung.

England und die amerikanische Post.

London, 17. Oktober. (W. L. B.) Der „Morning Post“ wird aus Washington gemeldet, daß das Staatsdepartement bezüglich der Behandlung der amerikanischen Post und der Frage der schwebenden Liste in die Verhandlungen hinausschieben werde, da der Präsident vor Ablauf der Wahlen keine internationalen Fragen mehr zur Entscheidung zu bringen wünsche. Die Regierung scheint bereit zu sein, das Recht der britischen Regierung anzuerkennen, zu verhindern, daß Postsendungen Deutschland erreichen, aber sie wolle nicht zugeben, daß ein Rechtsgrund dafür bestehe, die für Amerika bestimmten Postsendungen aus neutralen Ländern anzuhalten. Das würde nach der amerikanischen Auffassung einer Blockade der neutralen Länder gleichkommen und eine Verletzung des Völkerrechts sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Er verlangt Sachverständige!

Vor der Schlichtungskommission klagt eine Arbeiterin auf Vergütung für Mäntel. Der Meister verweigerte die Zahlung von 35 M. für die acht Mäntel, da er sie habe normalerweise nacharbeiten lassen müssen. Angeblich sollten vier Personen zwei volle Tage darauf verwendet haben, die Mäntel gebrauchsfähig zu machen.

Der Vertreter des Vorkleidungsamtes fragte, wie er denn das berechnete. Na, meinte der Meister, dem Wochenlohn entsprechend, den er zahlt.

Der Vertreter des Amtes: „Sie hätten von der Vorkleidungs-gewerkschaft gar keine Arbeit bekommen dürfen, denn Wochen-löhne sind gar nicht gestattet. Das ist Ihnen auch sicher gesagt worden.“

Meister: „Erst dieser Tage ist es mir gesagt worden.“

Vertreter des Amtes: „Gangt denn bei Ihnen ein Tarif aus?“

Die Klägerin: „Nein.“

Magistratsrat v. Schulz: „Korrekkt haben Sie nicht ge-handelt.“

Meister: „Geben Sie denn die Mäntel auseinander-genommen? Daß vier Personen zwei Tage lang daran verbleiben, ist doch kaum wahrscheinlich.“

Meister: „Es ist doch so.“

Meister: „Mit Ihnen eingerechnet haben demnach fünf Personen zwei geschlagene Tage lang acht Mäntel ausgearbeitet. Das wollen Sie uns glauben machen?“

Kunze: „Sie können doch nicht einfach drauflosrechnen, sondern müssen doch die einzelnen Reparaturen angeben. Wenn Sie die Mäntel in unbrauchbarem Zustande abnehmen, so sind Sie doch schuld.“

Dasselbe äußerten auch die Arbeitgeberseitsiger.

v. Schulz: „Zahlen Sie freiwillig 25 M., das ist ein anstän-diger Vergleich.“

Meister: „Dann gebe ich Geld zu.“

v. Schulz: „Ja, das ist Ihre eigene Schuld.“

Meister: „20 M. werde ich zahlen.“

v. Schulz: „Ach nee, bleiben wir schon bei 25 M.“

Meister: „Dann hole ich mir Sachverständige.“

v. Schulz: „Das sind alles Sachverständige. Zahlen Sie man die 25 M.“

Meister: „Na, meinetwegen.“

Der nächste Fall bietet psychologisches Interesse. Es klagten drei Arbeiterinnen. Darunter waren zwei Schwestern, die der Klage zugestimmt hatten.

Als die Verhandlung beginnen sollte, trat die Mutter vor und erklärte, die Klage für die Töchter zurückzuziehen, die sollten nicht klagen gegen die Zwischenmeisterin. Diese sei eine gute Frau.

v. Schulz: „Das geht nicht. Ihre Töchter sind hier und können die Klage ja selbst vertreten oder zurückziehen.“

Die Zwischenmeisterin hatte Mäntel anfertigen lassen, für die der Tarif 6,50 M. vorschreibt. Sie hat aber acht Positionen in Wochenlohn vergeben, die so berechnet waren, daß für sie selbst ein übermäßiger Gewinn herauskam. Darunter war eine hoch berechnete Position, die es überhaupt nicht gibt. Sie hat also außer den 25 Proz. Unternehmergeinn noch erhebliche Extraprozente eingeschmuggelt, ohne selbst fast einen Finger zu rühren.

Der Tarif, nach dem sie arbeiten ließ, ist von ihr selbst zu ihren Gunsten entworfen worden. Die gut bezahlten Positionen wurden von ihr bezogen von ihrer Schwägerin gemacht.

Kunze: „Das ist allerdings nicht der Tarif des Garbelorbs. Was der Tarif vorschreibt, erhalten die Arbeiterinnen nicht. Die Arbeitgeberin aber steckt ungeheure Beträge für Einrichtungen usw. ein.“

Sabat: „Sie berechnen für das Einrichten der Krageu ebenso viel wie für das Nähen der Krageu?“

Beklagte: „Jawohl.“

Sabat: „Dann komme ich zu Ihnen und richte Krageu ein und Sie nähen die Krageu.“

Ein Arbeitgeberseitsiger: „Ihr Tarif kann unmöglich unter Mit-wirkung von Hochleuten entstanden sein.“

Beklagte: „Mir ist gesagt worden, daß er gültig sei.“

v. Schulz: „Das heißt also: was das Kriegsministerium vor-schreibt, gilt nicht. Sie dürfen doch gar keine Wochenlöhne zahlen.“

Beklagte: „Es ist mir erlaubt worden. Uebrigens kann mich dann höchstens meine Schwägerin verklagen.“

Vertreter des Vorkleidungsamtes: „Es ist ganz ausgeschlossen, daß Ihnen Ausnahmehedingungen zugestanden worden sind. Der Tarif ist für alle gültig. Sie dürfen absolut nicht in Wochenlohn arbeiten lassen.“

Arbeitgeberseitsiger: „Sie haben die Arbeit Ihrer Schwägerin sehr gut eingeschätzt.“

Die Kommission kam nach längerer Beratung zu folgendem Beschluß:

„Es soll an das Vorkleidungsamt Spandau berichtet werden, daß der Tarif der Beklagten ganz unbillige Positionen enthält, und daß ein anderer Tarif aufgestellt werden möge, der einer gerechten Verteilung der Arbeit entspricht.“

Magistratsrat v. Schulz zu einem Manne, der die eine Klägerin vertritt: „Es ist uns berichtet worden, daß Sie hohe Prozente, wie ich höre, sollen es 20 Proz. sein, nehmen für die Vertretung der Klägerin. Wenn das zutrifft, können wir Sie hier nicht mehr zu-lassen. Für Ihre Mühe und Auslagen können Sie sich natürlich etwas berechnen, aber nicht in dieser Weise.“

Der Vertreter: „Nicht einen Pfennig nehme ich. Die Frau soll nur zu ihrem Gelde kommen. Weiter will ich nichts.“

v. Schulz: „Dann ist dieser Zwischenfall erledigt.“

Die beiden Schwestern: „Wir sind gezwungen worden zu klagen, wir haben gar keinen Grund dazu gehabt und nehmen die Klage zurück.“

v. Schulz: „Das ist Ihre Sache, der Beschluß bleibt be- stehen!“

Die dritte Klägerin: „Die nehmen ihre Klage zurück, weil sie weiterarbeiten wollen; ich klage!“

Beklagte: „Ja, die beiden steh' ich auch wieder ein, aber Sie nicht!“

Die Rückenmittelsticker konnten in einer Branchenversammlung feststellen, daß in fast allen Betrieben die Feuerungszulage von 25 Proz. gewährt wird. Hierzu wurde ausgeführt: Man könne ja mit diesem Ergebnis der Bewegung besonders deshalb zufrieden sein, weil die Bewilligung der Zulage in den Rückenmittelbetrieben glatt konstant geblieben sei. Aber von einer vollen Befriedigung ihrer Wünsche könnten die Arbeiter nicht reden, weil ja die Auf-besserung ihrer Löhne weit zurückbleibe hinter der Steigerung der Lebensmittel.

Die Feuerungszulage der Vergolder.

In den Goldbleifenfabriken geht die Gewährung der Feuerungs-zulage nicht glatt konstant. Die freie Vereinigung der Goldbleifen-fabrikanten will eine Zulage von nur 15 Proz. bewilligen. Dagegen hält der Holzarbeiterverband daran fest, daß die mit der Organi-sation der Holzindustriellen vereinbarte Zulage von 25 Proz. über-lassen wird. In zwei Goldbleifenfabriken ist es wegen dieser For-derung zur Arbeitsunterbrechung gekommen, doch konnte der ge-wünschte Erfolg noch nicht erreicht werden. Die meisten Goldbleifen-fabrikanten gewähren Feuerungszulagen von sehr verschiedener Höhe, aber weniger als 25 Prozent. In einigen Fabriken haben sich die Arbeiter sogar mit der geringeren Zulage einverstanden erklärt. Mit Bezug hierauf beschloß die am Dienstag abgehaltene Versammlung der Vergolder:

Die Kollegen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in allen Be-trieben die Forderung einer Feuerungszulage von 25 Prozent zur Durch-führung kommt. Alle bisher getroffenen Sonderabmachungen sind illusorisch und gelten als Disziplinbruch.

Verantw. Redakt.: Alfred Diebold, Reußstr. 10. Inzertenteil verantw.

Deutsches Reich.

Eine Erhöhung der Unterhaltungsätze für arbeitslose Textil-arbeiter in Baden trat am 1. Oktober in Kraft. Das Reich und der badische Staat haben die Mehraufwendungen übernommen; sie zergliedern sich wie folgt: 1. für den arbeitslosen Bestand einer arbeitslosen Person bestehende Haushaltung pro Arbeits-stunde früher 14, jetzt 17 Pf.; 2. für eine arbeitslose Ehefrau, wenn sie nicht Haushaltungsvorstand ist, oder für eine arbeitslose allein-stehende Person unter 18 Jahren früher 10, jetzt 12 Pf.; 3. für die wegen häuslicher Verhältnisse an der Erwerbstätigkeit verhinderte Ehefrau früher 4, jetzt 6 Pf.

Die entsprechenden Erhöhungsanträge wurden gemeinsam vom deutschen und vom christlich-nationalen Textilarbeiterverband ge-stellt.

Adolf Hofrichter gestorben.

Am Sonnabend ist im Alter von 59 Jahren der Reichs-tagsgabgeordnete für Köln-Stadt, Genosse Adolf Hofrichter, einem Lungenleiden erlegen. Hofrichter ist am 14. Oktober 1859 in Danzig geboren, also an seinem Geburtstag ge-storben. Schon in seiner Kindheit kam er nach dem Westen, nach Kaldenkirchen, wo er später die Schlosserei erlernte. Gleich nach erledigter Militärzeit, 1881, schloß er sich unserer Partei an, und er diente ihr schon während der langen Jahre des Ausnahmegesetzes mit der ihm eigenen Hingabe und Unermüd-lichkeit. Als die Kölner Parteigenossen nach Erlöschen des Sozialistengesetzes sich eine Zeitung schafften, die zunächst als Kopfblatt der Elberfelder „Freien Presse“ unter dem Titel „Kölner Arbeiterzeitung“ erschien, konnte man keinem Besseren als Adolf Hofrichter Geschäftsleitung und örtliche Redaktion übertragen. Auf dem Kölner Parteitag 1893 begründete er die Notwendigkeit des täglichen Erscheinens des Blattes. Mit Karl Firsch, dem vormaligen Herausgeber der im Ausland her-gestellten „Latene“ und späteren Pariser Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ als politischen Leiter übernahm Hof-richter die Redaktion. Im Jahre 1901 übernahm Hofrichter die Leitung des Kölner Arbeitersekretariats. Auch dieser Ab-schnitt seiner Tätigkeit, die weit über Kölns Grenzen hinaus gegenbringend wirkte, bleibt ihm unergessen. Im Jahre 1908 übertrug ihm das Vertrauen der Genossen die Leitung des Bezirkssekretariats für die obere Rheinprovinz (Köln, Aachen, Koblenz, Trier). Hier entfaltete er mit seltener Aufopferung seine organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten. Im Jahre 1912 erlebte er den Triumph, als Volksvertreter für das heilige Köln, die bis dahin als unannehmbar geltende Hochburg des deutschen Merkantilismus in den Deutschen Reichs-tag geseht zu werden. Hofrichter hat sich einen unvergäng-lichen Denkstein durch sein vorbildliches Leben und Wirken in den Herzen aller Parteifreunde gesetzt.

Aus der Partei.

Die Bremer Genossen und die Reichskonferenz.

Die Parteigenossen in Bremen diskutierten in zwei Ver-sammlungen den Bericht von der Reichskonferenz. Am Schluß der Aussprache wurde ein Antrag, dabon abzusehen, „in der Frage der Kriegspolitik der Partei und ihrer Erörterung auf der Reichs-konferenz Beschlüsse zu fassen“, abgelehnt und eine Resolution an-genommen, in der es u. a. heißt:

„Der Verlauf der Reichskonferenz hat gezeigt, daß die bis-herige Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Kriege keine klare und eindeutige war. Jede Gruppe beruft sich für ihr Handeln auf Programme, Beschlüsse von Parteitagen und Kongressen oder Aus-lasungen von Führern. Die Spaltung der Reichstagsfraktion, die Gründung von neuen Ortsvereinen und neuen Blättern und sonstige Vorfälle sind die Folgen dieser Sachlage. Diefelbe Erscheinung zeigt sich in fast allen Sektionen der Internationale.“

Die Münchener Parteigenossen zur Reichskonferenz.

Die Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in München, welche sich mit der Berichterstattung von der Reichskonferenz beschäftigte, war von etwa 500 Genossen besucht. Die Versammlung nahm gegen 34 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Versammlung bedauert, daß auf der Reichskonferenz es nicht gelungen ist, eine Einigung in der Partei herbeizuführen, sie sieht aber in der durch die Konferenz herbeigeführten Entspannung die Möglichkeit zum gemeinsamen Handeln der Fraktionsmehrheit und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Interesse des werktätigen Volkes.“

Die Versammlung ist mit den Beschlüssen der Konferenz sowie mit der Haltung der Mehrheit der Münchener Delegierten voll-kommen einverstanden.

Die Versammlung fordert die Genossen auf, im Sinne des Beschlusses der bayerischen Landeskonferenz vom 9. April 1916 für die Einigkeit und Stärkung der Partei zu wirken.

Die Versammlung erwartet, daß die Parteigenossen im Reichs-tag, in den bundesstaatlichen Parlamenten und in den Gemeinden mit allem Nachdruck wirken, damit endlich eine gerechte Verteilung der Lebensmittel herbeigeführt wird. Die Nationen für das werk-tätige Volk sind viel zu gering. Der Begriff „Säuerarbeiter“ muß erweitert werden. Die Möglichkeit der genügenden Zuweisung ist gegeben, darum müssen endlich die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden.“

Damit erledigte sich eine von Eisner eingebrachte Resolution in der es einleitend hieß:

„Die außerordentliche Generalversammlung der Reichstags-wahlkreise München I und II vom 9. Oktober billigt die Haltung der Delegierten auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz, die jede Beschlusfassung ablehnten und den gleichwohl gefassten Be-schlüssen über die Parteiprobleme der Kriegspolitik Bedeutung und Bindung abstragen.“

Die Landtagswahl in Heidenheim.

Im württembergischen Oberamt Heidenheim fand am 14. Ok-tober die Landtagswahl für den verstorbenen Genossen Dietrich statt, der das Mandat bei der letzten Wahl den Konser-vativen in heißem Ringen entziffen hatte. Die Parteigenossen des Bezirks Heidenheim haben einstimmig den Genossen Benz, Ge-meinderat in Heidenheim, als Kandidaten aufgestellt. Die Volks-partei, die vor den Konservativen lange Jahre im Besitz des Man-dats war, hat beschlossen, keinen Kandidaten aufzustellen. Die Konser-vativen haben keinen Beschluß bekanntgegeben. Die aus der sozialdemokratischen Landesorganisation ausgeschiedene Oppo-sitionsgruppe hatte auf einer Zusammenkunft in Heidenheim be-schlossen, den Redakteur Crispian in Stuttgart als Kandidaten auf-zustellen. Ueber den Ausgang der Wahl wird aus Württemberg berichtet: Die Landtagswahl hat dem Kandidaten der Sozialdemo-kratie, Genossen Benz, mit einer unter den jetzigen Verhältnissen stattlichen Stimmenzahl den Sieg gebracht. Die bürgerlichen Par-teien respektierten in Rücksicht auf den Kriegszustand den bis-herigen Bestzustand und verzichteten auf den Wahlkampf. Für den Kandidaten der Sozialistischen Vereinigung, den Redakteur Crispian, hielten die Landtagsabgeordneten Westmeyer und Hofscha in den größeren Orten Wahlversammlungen ab. Der Kandidat selbst, der zurzeit in der Strafanstalt Rottenburg eine Gefängnisstrafe ver-büßt, erbat und erhielt einen Urlaub, um in den Wahlkampf einzu-zugreifen. Sie bekämpften auf das schärfste die Sozialdemokratische Partei vor den Wählern. Westmeyer erschien sogar in den Ver-sammlungen des sozialdemokratischen Kandidaten, um sie für seine

Zerspaltungszwecke zu benutzen. Das Ergebnis war, daß Crispian 170, Benz 1290 Stimmen erhielt. Infolge der großen Zahl der Einberufungen zum Meer war die Wahlbeteiligung eine fast ebenso schwache wie bei allen Landtags- und Reichstagswahlen der letzten Zeit. — Der Ausfall der Wahl ist erfreulich, weil sich gezeigt hat, daß die Wähler des Heidenheimer Bezirks die Bestrebungen und Kampfmethoden der Parteijeripoliter mit so harter Weisheit zurückwiesen. Die Massen der Wähler haben kein Verständnis für einen Bruderkampf in der Sozialdemokratie, unter dem schließlich niemand anders zu leiden hätte, als die Arbeiterklasse.

Die schweizerische Sozialdemokratie im Jahre 1915.

Das sozialdemokratische Parteisekretariat veröffentlicht soeben das Jahrbuch der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das fast 200 Seiten umfaßt und eine eingehende Darstellung der Verhältnisse der schweizerischen Sozialdemokratie und ihrer internationalen Ver-zweigungen enthält. Das Parteisekretariat berichtet über die ver-schiedenen Aktionen der Partei, so über die Sammlung der 120 000 Unterschriften für die sozialdemokratische Initiative zur Ab-schaffung der Militärjustiz; über die Aktionen gegen die Teuerung und gegen die Oberstenaffäre (Egli u. Wattenwill); über die Schritte zur Herbeiführung der Parteieinheit, die heute leider recht in die Ferne gerückt erscheint. So ist denn auch die Mitgliederzahl von 29 585 auf 27 485, um rund 2000 zurückgegangen, die Zahl der Sektionen von 572 auf 547. Der Bericht enthält ferner eine ganze Anzahl internationaler Urkunden, so die Manifeste und Beschlüsse der beiden internationalen sozialistischen Konferenzen in Zimmer-wald und Aiental sowie die Erklärungen der Mehrheit und Minder-heit der Geschäftsleitung der schweizerischen Sozialdemokratie, die in dem über Zimmerwald entbrannten Streit entstanden sind. Auch der Briefwechsel der Geschäftsleitung mit dem internationalen sozialistischen Bureau wird im Wortlaut mitgeteilt. Den An-fang des Berichts bilden die Berichte der sozialdemo-kratrischen Nationalratsfraktion, der sozialdemokratischen Parteien in 21 Kantonen, des Arbeiterinnenverbandes, der sozialdemokratischen Jugendorganisation und des sozialdemokratischen Abstinenzbundes. Die Abrechnung über den Amerikanischen Hilfsfonds für die Opfer des Krieges zeigt 23 765,55 Fr. Einnahmen, 19 501,15 Fr. Ausgaben und einen Kassenbestand von 4264,40 Fr. Unterstützungen erhielten Serbien 4000 Fr., Oesterreich 3000 Fr., Belgien 2500 Fr., Deutschland 8000 Fr., Rußland 2000 Fr., Russisch-Polen 2128,80 Fr., Bulgarien 2000 Fr. und Ausländer in der Schweiz 8000 Fr.

Das Jahrbuch der sozialdemokratischen Partei der Schweiz bildet einen interessanten Beitrag zur sozialistischen Literatur der Kriegszeit.

Aus Industrie und Handel.

Brotgetreideorgen.

„Evenska Dagbladet“ vom 18. September schreibt im Leitartikel:

Die gewaltige Preissteigerung für Weizen in Amerika hat bei den auf Einfuhr von Brotkorn angewiesenen europäischen Ländern große Sorgen hervorgerufen. Die Lage ist besonders düster für England und Italien. Die Verschlechterung der englischen Handelsbilanz infolge der Kosten für Bestreitung des Weizenbedarfs wird die Finanzierung der englischen Schulden in Amerika äußerst erschweren. In Italien wird die Preissteigerung für die arme Bevölkerung sehr drückend wirken. Es handelt sich um eine ernste Erscheinung, die die Stellung der Kriegführenden ungünstig beeinflusst. Deutsch-land ist mit seiner guten Ernte und erprobten Lebensmittel-organisation besser daran, als die Bestmächte.

Von den neutralen Staaten hat sich nur Dänemark einigermaßen vorgeesehen. Norwegen und Holland müssen einführen. In Schweden ist aber die Weizenernte gut, nicht aber die Roggenernte. Der Unterschied muß, da Roggen im Auslande nicht erhältlich ist, durch Weizeneinfuhr gedeckt werden, deren Bedarf sich auf mindestens 200 000 Tonnen stellen wird. Da der Preis für amerikanischen Weizen frei schwedischen Hafens die Höchstpreise bedeutend überschreitet, wird man eine Erhöhung derselben vornehmen müssen. Zur Streckung der Vorräte wird ein Verbot der Verflüchtigung von Brotkorn in Betracht kommen, dessen Wirksamkeit aber durch Heraushebung der Höchstpreise zu steigern wäre. Eine weiter-gehende Maßnahme wäre die Regelung des Mehlverbrauchs durch Brotarten nach deutschem Muster. Öffentlich wird man dies durch Einfuhr aus Amerika vermeiden können. Das Haupthindernis für die Einfuhr bildet die englische Blockade.

Fettmangel auch in Frankreich.

„Humanité“ vom 2. Oktober schreibt: Seit Kriegsausbruch hat sich die Lage stark verschoben. Die Abnahme der Milchfälle um 20 Prozent fällt zusammen mit dem Weizenverbrauch der Milch. Die Butterproduktion ist um 30 Prozent gesunken. In ähnlicher Weise scheint der Schweinebestand ab-genommen zu haben, was die zur Verfügung stehende Fettmenge auf etwa 100 000 Tonnen sinken ließ. Eine seit fünfzehn Jahren andauernde Abnahme unserer Vorräte kommt auch seit dem Kriege stärker zum Ausdruck. Die Kraftschwierigkeiten haben außerdem das Verjoren mit ausländischen Oelen viel umständlicher gestaltet. Weiter ist zu bedenken, daß die mobilen Truppen eine viel größere Fettration verzehren als in normalen Zeiten, daß unsere Kriegsindustrie täglich mehr Fette verbraucht; so wird man sich auch erklären können, weshalb die Speisefette, deren Produktion vor dem Kriege die Bedürfnisse überstieg, ungenügend zu werden drohen und nach dem Gesetz von Angebot und Nach-frage auch der Preis ein viel höherer wurde. Ein Festlegen des Wertes könnte hier ebensowenig wie in allen anderen Dingen dem ungenügenden Vorrat abhelfen. Weiterhöchstpreise in den Produktionszentren würden zwar die Vorkottierung des Pariser Marktes zur Folge haben, auf keinen Fall aber die 3 Millionen Kilo erlösen, die monatlich der Produktion fehlen. Wir haben kürzlich darauf hingewiesen, daß ein Ersatz durch Margarine für die Ver-bräucher vorteilhaft wäre.

Kun scheint es, daß eine bessere Organisation der Armeeküche-terei die Krise verhindern könnte. Die Ernährung der Truppen geschieht durch Getreidefleisch von fetten, erklaffigen Linsen. Ein Tier von 400 Kilogramm, das für die Tagesernährung von 1000 Mann genügt, die Nation zu 400 Gramm berechnet, hat 25 bis 30 Kilogramm in der Küche nicht verwendeten Talg, der verschleudert und in die Gräben geworfen wird. In Frankreich verwenden die Metzger diesen Talg mit Vorteil. Ebenso werden auch die Knochen vernichtet. Einzelne betrachtet scheint diese Verschwendung von 25 Kilogramm Talg gering. Wenn wir sie aber auf 2000 Köpfe, die Tagesernährung von 2 Millionen Mann, an, so stellen wir fest, daß 50 000 Kilogramm oder 1 500 000 Kilogramm im Monat verloren gehen, zum Schaden des Vorratsbestandes und ohne Nutzen für die Truppe. Wenn dieser Talg entsprechend frisch geliefert würde — im Winter ist dies wohl möglich — könnte er die Margarinebereitung fördern und würde den Bezug aus Amerika unnötig machen.

Eingegangene Druckschriften.

„Menschen und Völkerverben“. Heft 9. 16 S. Verlag: W. Lang-guth, Göttingen a. N.

„Schimmernde Gelände“. Gedichte von Lola Landau. 74 S. G. Müller, München.

„Vollgesundheit“. Nr. 10. Zeitschrift des Verbandes Volks-gesundheit. Erscheint monatlich. Pro Jahr 3 M. Selbstverlag des Ver-bandes in Köpchenbroda-Dresden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Chronik des Weltkrieges.

- 9. Oktober 1914. Die Stadt Antwerpen befindet sich seit dem Nachmittag des 9. Oktober in deutschem Besiz.
9. Oktober 1915. Zwei Armeen einer unter dem Generalfeldmarschall v. Radenken neugebildeten Heeresgruppe überschritten Save und Donau.
10. Oktober 1914. Die ganze Festung Antwerpen mit sämtlichen Forts ist in deutschem Besiz.
10. Oktober 1915. Die Stadt Belgrad ist in deutschem Besiz.
11. Oktober 1914. Przemysl ist erobert. Viele fliehende Russen wurden gefangen.
11. Oktober 1915. Stadt und feste Semendria wurden genommen.
12. Oktober 1914. Die frühere Meldung von der Versenkung 32 deutscher Schiffe im Hafen von Antwerpen wird demontiert.
12. Oktober 1915. Bulgarien eröffnet die Feindseligkeiten gegen Serbien.
13. Oktober 1914. Die Stadt Lille wird besetzt. 4500 Gefangene.
13. Oktober 1915. In Südserbien ist ein Aufstand ausgebrochen.
13. Oktober 1915. Der französische Minister des Aeußern, Delcasse, ist zurückgetreten.
14. Oktober 1914. Brügge wird besetzt. Die deutschen Truppen stehen vor Warschau.
14. Oktober 1915. Deutsche Marinefahrzeuge haben abermals London mit Bomben belegt. Die bulgarische erste Armee ist in Serbien eingedrungen.
15. Oktober 1914. Ueber die Kriegsbeute in Antwerpen wird berichtet: 4000 bis 5000 Gefangene, 500 Geschütze, große Mengen Munition, Proclant und Material aller Art.
15. Oktober 1915. Das englische Kreuzer „Hamet“ wird in der Nordsee durch ein Unterseeboot zum Sinken gebracht.
16. Oktober 1914. Die Oesterreicher melden als bisheriges Resultat ihrer erfolgreichen Offensiv u. a. 15 000 gefangene Russen.
16. Oktober 1915. In Serbien werden zahlreiche Stellungen gesürrmt.
17. Oktober 1914. Amlich wird der Verlust von vier deutschen Torpedobooten mitgeteilt.
17. Oktober 1915. Der Vormarsch in Serbien schreitet fort.
18. Oktober 1914. Zwei Forts von Tsingtau sind gefallen. Ein englisches U-Boot wird vernichtet.
18. Oktober 1915. Der konzentrierte Vormarsch deutscher, österreichisch-ungarischer und bulgarischer Truppen gegen Serbien schreitet fort.

Ein Rückblick auf die Reichstagsverhandlungen.

Obwohl der Reichstag schon seit dem 28. September versammelt ist, hat er mit Ausnahme der Eröffnungssitzung, die die Rede des Reichstagspräsidenten entgegennahm, erst drei Plenarsitzungen abgehalten. Der Reichstag hat aber in dieser Zeit nicht gefeiert, sein Hauptgeschäft, wie neuerdings die Budgetkommission genannt wird, hat seit Ende September fast täglich von früh bis abends getagt. Es äußert sich darin eine neuere Entwicklungerscheinung des deutschen Parlamentarismus, die schon vor dem Krieg zu erkennen war, im Verlauf des Krieges aber in immer stärkerem Maße zutage getreten ist: das Übergewicht des Parlamentarismus verchiebt sich aus den Plenarverhandlungen immer mehr in die Kommissionsverhandlungen. Diese Tendenz hat zweifellos ihr Uebels, aber sie ist darum doch nicht als eine Rückwärtsbewegung des Parlamentarismus anzusehen, sondern im Gegenteil als eine Tendenz zur Verfestigung des parlamentarischen Lebens in Deutschland. Solange der Parlamentarismus hauptsächlich in dekorativen Reden bestand, waren die Plenarsitzungen die Hauptsache. Sobald sich aber der Parlamentarismus mehr zur tätigen Mitverantwortung entwickelt, ist es mit einigen wohlwollendsten Neben vor der breiten Öffentlichkeit nicht getan; dann wird die engere Kommissionsberatung, in der gewagter geredet und rascher und gründlicher gearbeitet werden kann, das entscheidende Arbeitsfeld.

fürher mit der Regierung statifanden, zu denen nicht die übrigen Mitglieder des Reichstages Zutritt hatten.

Trotz dieser unangenehmen Nachteile und Unbequemlichkeiten ist die Ursache, die zu den Neuerungen geführt hat, dennoch als Fortschritt zu begrüßen, weshalb auch die sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuß dem Antrag zugestimmt hat. Dem Hauptausschuß auch während der Vertagung des Reichstages zusammenzubekommen, damit er wichtige politische Angelegenheiten, besonders Fragen der auswärtigen Politik, gemeinsam mit der Regierung beraten kann. Dabei werden sich wiederum des öfteren vertrauliche Sitzungen ergeben. Wenn unsere Fraktion trotzdem zugestimmt hat, so in der Erwägung, daß der Antrag geeignet erscheint, den Einfluß des Reichstages zu vergrößern. Der Antrag, der in seinem eigentlichen Gehalt vom Zentrum, den Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei gleichzeitig eingebracht worden war, ist aus dem Bedacht heraus entstanden, wichtige politische Entscheidungen auch in reichstagslosen Zeiten möglichst nicht ohne Hinzuziehung des Reichstages fällen zu lassen. Man hofft ferner dadurch größere Vertraulichkeit der parlamentarischen mit den auswärtigen Angelegenheiten zu erzielen und damit für dieses wichtige, durch den Krieg zu höchster Wichtigkeit gediehene Gebiet der Reichspolitik auch wirklich sachkundige Vertreter innerhalb des Reichstages zu schaffen. Wegen die dauernde Ausschaltung der nicht zum Hauptausschuß gehörenden Mitglieder des Reichstages müssen natürlich geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Das kann vorläufig dadurch geschehen, daß die Fraktionen von ihren Ausschußmitgliedern rechtzeitig und ausreichend unterrichtet werden.

Daß es sich bei diesen Neuerungen um parlamentarische Fortschritte handelt, ging auch aus den Begründungen der Anträge durch die verschiedenen Fraktionen hervor. Besonders der nationalliberale Redner gestand offen zu, daß er den mit seinem Antrage verbundenen Schritt zum parlamentarischen System nicht scheue. Er habe in der Frage des Parlamentarismus umgekehrt. Die parlamentarisch regierten Länder, besonders Frankreich und England, betreiben jetzt während des Krieges eine so unerhöht starke und von ihm niemals für möglich gehaltene Widerstandsfähigkeit und Hartnäckigkeit, daß für ihn der Haupteinwand gegen das parlamentarische System: etwaige Schwäche in Fällen auswärtiger Konflikte und nationaler Krissen, hinfällig geworden sei.

Für und Sozialdemokraten handelt es sich bei diesen Bestrebungen natürlich nur um einen bescheidenen Anfang. Wir wünschen als nächstes Ziel die volle Verantwortlichkeit des Reichstages vor dem Reichstag, also die restlose Einführung des parlamentarischen Systems. Aber ohne dieses Ziel aufzugeben, sondern um ihm im Gegenteil zunächst praktisch näher zu kommen, unterstützen wir die in der Richtung dieses Ziels liegenden Bestrebungen der bürgerlichen Parteien. Wir folgen dabei den allen von Marx empfohlenen Taktik, die bürgerlichen Parteien nicht zu unterstützen, wo sie sich auf dem Wege des Fortschritts befinden.

Von den Ausschußberatungen ist das wichtigste Stück in den Erweiterungen des Plenums, die am 11. Oktober wieder begannen, fast gar nicht in die Erwähnung getreten. Das waren die Beratungen über die U-Bootsfrage. Der Berichterstatter des Ausschusses, der Nationalliberale Waffermann, hatte auf Beschluß der Kommission den auf die U-Bootsfrage bezüglichen Teil seines Berichtes schriftlich festgesetzt. Er lautete in seinem wesentlichen Teil:

„In eingehenden Beratungen hat sich der Ausschuß mit der Frage des Unterseebootkrieges befaßt. An demselben haben sich Mitglieder aller Fraktionen und die Vertreter der Verbündeten Regierungen beteiligt. Alle marinetchnischen, militärischen und politischen Gesichtspunkte wurden auf das eingehendste geprüft und gewürdigt. Die Ausführungen fanden unter dem Eindruck der hohen Bedeutung der Angelegenheit und waren allseitig getragen von rein sachlichen Erwägungen und dem Bestreben, den vaterländischen Interessen zu dienen.“

Eine Einigung war in dem Ausschuß nicht zu erzielen. Er verzichtete auf eine Beschlußfassung.

Für die Verhandlung im Reichstage empfiehlt der Ausschuß, von einer Besprechung des Unterseebootkrieges abzusehen. Es geschieht dies in Erwägung, daß eine eingehende Behandlung der marinetchnischen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einzelheiten ohne Schädigung der vaterländischen Interessen nicht möglich ist, daß andererseits aber ohne eine erschöpfende Behandlung der Sache eine volle Aufklärung nicht erzielt werden kann.“

Der Ausschuß konnte eine Einstimmigkeit über diese Art der Berichterstattung nicht erzielen; mit 24 gegen 4 Stimmen wurde der Beschluß gefaßt, auf die U-Bootsfrage in den öffentlichen Verhandlungen nicht einzugehen. Im Plenum ist gemäß dieser Abstimmung verfahren worden. Alle Parteien saßen davon ab, zur U-Bootsfrage öffentlich Stellung zu nehmen. Nur die Redner der Konserverpartei und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft haben diesem Beschluß zuwider gehandelt. Aber auch sie haben sich dabei sachlicher Zurückhaltung befleißigt.

Abgesehen von der U-Bootsfrage haben die Redner aller Parteien zu dem Gesamtbereich der auswärtigen und inneren Politik, die zurzeit naturgemäß lediglich eine Politik des Krieges und der Kriegführung ist, Stellung genommen. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach in einflussreichen Ausführungen unter größter Aufmerksamkeit des ganzen Hauses Genosse Scheidemann. Er ging von dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg aus und konstatierte, daß dieser lange erwartete Schritt für Deutschland glücklicherweise nicht die befürchteten Gefahren im Gefolge gehabt habe. Dennoch seien die Friedensaussichten gegenwärtig schlecht. Man müsse hoffen, daß auf der Seite unserer Gegner allmählich die nüchtere Einsicht in den wahren Stand der Dinge komme. Es sei bedauerlich, daß besonders bei den Franzosen dank einer rücksichtslosen Jenseit noch immer die verheerlichsten Anschuldigungen über Deutschlands Kriegsziele bestehen: „Die Franzosen wissen nicht, daß sie die Befreiung ihres Landes sowie Belgiens von den deutschen Truppen heute schon haben könnten, ohne einen weiteren Mistropfen zu opfern und ohne einen Fußbreit Bodens zu verlieren. ... Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben und was deutsch ist, soll deutsch bleiben.“

Es verdient bemerkt zu werden, daß mit Ausnahme des konserverparteilichen Redners kein Redner des Hauses und auch nicht die Regierung dieser scharf geprägten Wendung Scheidemanns widersprochen hat.

Scheidemann kritisierte dann in scharfer Weise die Mängel der Lebensmittelversorgung, ohne dabei auf Einzelheiten einzugehen, da diese in den weiteren Ausschußberatungen und den späteren Plenarverhandlungen noch ausdehnt ihre Würdigung finden werden. Ebenfalls geisterte Scheidemann mit scharfen Worten die Aufrechterhaltung der Zensur und des Belagerungszustandes, durch die bei aller Schärfe und bei allen Wirksamkeit doch nicht verhindert worden sei, daß sich im Geheimen eine ganz gefährliche Wählerarbeit entwickelt habe. Scheidemann bewies das eingehend, besonders durch Zitate aus Briefen des Admirals a. D. v. Thomsen und des Fürsten Salm-Dorffmar und aus der berüchtigten Junius-Altar-Broschüre. Der Haß und das Mißtrauen gegen den Reichskanzler, die beide durch die gegenseitige Mißarbeit in weiten Kreisen künstlich gegährt wurden, seien aber nicht nur auf die jüngsten Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, sie seien älteren Ursprungs. Es sei die Sorge

vor der vom Kanzler angekündigten „Reorientierung“. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Kanzler legte Scheidemann in folgenden Sätzen dar:

„Wir kämpfen nicht für diesen oder jenen Mann, also auch nicht für diesen oder jenen Reichskanzler, sondern wir kämpfen für unsere Ueberzeugung: wir kämpfen für das, was nach unserer Ueberzeugung dem Wohle des deutschen Volkes dient. Wir kämpfen nicht für das, was der Reichskanzler will, — wir kämpfen aber noch viel weniger für das, was die anderen wollen, die ihm zahlreiche Kompromisse gelegt haben. Jene aber, die heute die Macht in Händen haben, müssen sich, wenn sie klar bilden, sagen, daß das Schiff der Reichspolitik eine der beiden Richtungen steuern muß, die die in der Öffentlichkeit wirkenden Kräfte weisen. Die Zeit der mittleren Linie ist vorbei! Maßhalten ist gefährlich. Klare Richtlinien der äußeren und inneren Politik sind zur absoluten Notwendigkeit geworden — jetzt, da es auf Tod und Leben geht.“

Scheidemann stellte dann in scharfen Umrissen ein Programm für die Regierung auf, wie er es sich denkt:

„Eine Regierung, wie ich sie wünsche, würde Deutschland das einen ehrenvollen Frieden sichern können. Darum fordern wir Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes; Herstellung völliger Freiz, Vereins- und Versammlungsfreiheit; Freilassung aller in Schußhaft befindlichen Deutschen; Amnestierung aller wegen politischer Delikte Verurteilten; Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums; Sicherung des Grundgesetzes, daß niemand Reichskanzler sein kann, ohne das ausgesprochene Vertrauen des Reichstages zu besitzen, und damit Heranziehung der Volkswahlrecht zu den verantwortlichen Geschäften der Regierung selbst; Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und gleichen Wahlrechts in Staat und Gemeinde.“

Seine Herren, glauben Sie nicht, daß es sich für mich darum handelt, hier eine akademische Prinzipienklärung abzugeben. Nein, ich spreche zu Ihnen in dieser ersten Stunde aus tiefster Ueberzeugung in dem vollen Bewußtsein der schweren Verantwortung, die wie auf mir, auf jedem einzelnen von Ihnen lastet. Ich wollte Ihnen die Mittel zeigen, die mir geeignet erscheinen, das durchzuführen, was wir brauchen, was wir gar nicht vollständig genug haben können: die Organisierung der nationalen Vertetigung bis zum äußersten und bis zum allerletzten.“ (Verhätter Weisau.)

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sprach Genosse Haase. Er ging aus von der Sehnsucht des Volkes nach Frieden und ließ auch mit ähnlichen Betrachtungen seine Rede ausklingen, wobei er sich auf Ausführungen schottischer Gewerkschaftsvertreter und eines Genossenschaftsanges der Orientländer stützte. Er erwartete aber eine Förderung der Friedensbestrebungen nicht von den Staatsmännern. Die Volksmassen müssen immer mehr und mehr den Staatsmännern klarwerden und zu Gemüte führen, daß es die höchste Zeit ist, um endlich einmal diesem Gemisch ein Ende zu machen. Seine Herren, die Verständigung ist möglich. Gelegenheiten, den Frieden zu schließen, sind verpaßt worden. Gegenwärtig ist die Gelegenheit schwieriger; das verstehen wir nicht.“ Haase wandte sich gegen die Pläne und Meinungen, auf irgendeiner Seite zu einem Sonderfrieden zu kommen. Die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung sei nicht größer als die der feindlichen Regierungen. Der Reichskanzler solle öffentlich erklären, daß er im künftigen Frieden Anzessionen irgend welcher Art nicht wolle. Für die Zukunft müßten durch internationale Schiedsgerichtsverträge und durch allgemeine Verhütung Kriege unmöglich gemacht werden. Auf die vom Kanzler verkündete Reorientierung gebe er nichts, dafür sei jetzt während des Krieges der Kurs zu reaktionär, wie das Verbot des „Vorwärts“ beweise.

Als zweiter Redner der sozialdemokratischen Fraktion kam noch Genosse David zum Wort, der an der Hand der verschiedenen Ausführungen der Staatsmänner den Nachweis führte, daß nur die deutsche Regierung sich klar zur Friedensbereitschaft bekannt habe, während die verantwortlichen Staatsmänner Englands und Frankreichs noch wieder in jüngster Zeit die Fortdauer des Krieges bis zur Niederschmetterung Deutschlands gefordert hätten. David ging ferner in eingehenden Ausführungen und unter Zugrundelegung des zugänglichen Aktenmaterials auf die Schuldfrage an Kriege ein. Er wollte damit hauptsächlich die irrige Vorstellung der französischen Sozialisten zerstreuen, daß Frankreich und Rußland von Deutschland überfallen worden seien. Die Hauptschuld trage die russische Wobilmachung und die stillschweigende Duldung dieser Kriegesmaßnahmen durch England.

Von den bürgerlichen Rednern verdienen vor allem die warmherzigen Ausführungen des fortschrittlichen Redners Raumann Erwähnung. Den stärksten Eindruck auf das Haus machten seine Worte über die künftige Reorientierung:

„Die Männer, die draußen in den Schützengräben liegen und dort am Abend, wir wissen es, über allerlei Dinge reden, aber in der Hauptsache: warum sind wir hier und wie kommen wir wieder nach Hause, und wie ist die Welt eingerichtet, und welche Ober- und Unterordnungsverhältnisse sind in der Welt — aus den Schützengräben heraus quillt ein Volk nach dem langen Kriege anders geworden in die Heimat zurück. Und wenn dieser Tag kommt — wir hoffen ihn, wir erhoffen ihn —, wenn unser Volk von seiner unendlichen Nähe heimkommt, gedenkend der Toten, die zu Hunderttausenden draußen liegen, mit sich bringend die Verwundeten, die nur das halbe Leben aus dem Kriege herausgetragen haben, wenn das kämpfende Volk heimwärts wagt und kommt: sozuzagen als ganzes im Gefolge seines Kaisers durch das Brandenburger Tor — soll man dann jagen jetzt seid ihr wieder durchs Brandenburger Tor gezogen, jetzt bleibt auch alles, wie es vorher war? Das ist eine glatte feilsche Unmöglichkeit. (Stürmische Zustimmung links.) Wer da glaubt, wir könnten es wirklich ansehen, daß nach dem Kriege — um ein Beispiel zu gebrauchen — die politischen Rechte so verteilt sind, daß derjenige, der infolge von Dienstuntauglichkeit seinen Besitz wesentlich vermehren konnte, höher steigt im politischen Recht, wer aber durch Dienst an der Front hinabstank in seinem Besitz, politisch begnadelt wird infolge seiner vaterländischen Pflichterfüllung —, das ist eine solche Unmöglichkeit, daß ich mir bei einem Volk unseres Bildungsstandes nicht denken kann, daß es hinter dem Kriege genau in die alte Klassifikation, in das alte Kasernement der Vorzeit wieder eingurückten bereit sein würde.“

Der Reichskanzler, der den Verhandlungen des Hauses über diese wichtigen Fragen von Anfang bis Ende beizuhöhen, nahm nicht das Wort, so daß die Wünsche, er möchte seine Stellung zu den Friedenssiegeln und zur Frage der Reorientierung genauer darlegen, unerfüllt blieben.

Ueber den einleitend erwähnten Antrag des Hauptausschusses auf Erweiterung seiner Kompetenzen nahm das Haus vorläufig nur den Bericht des Referenten entgegen. Die Debatte darüber wurde vertagt. Sie wird erst Ende Oktober stattfinden.

Von den zahlreichen wichtigen Angelegenheiten, die bei den diesmaligen Beratungen des Reichstags zur Sprache gebracht werden müssen und über die zurzeit der Hauptauschuss berät, wurde eine Frage für die Plenarberatungen vorgezogen, weil sie von größter Dringlichkeit ist. Das ist die Frage der Beschaffung von Speisekartoffeln. Außer einer Interpellation unserer Fraktion lagen noch Interpellationen der Konfessionellen, der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums vor, die am Donnerstag und Freitag alle gemeinsam zur Begründung und Erörterung gestellt wurden. Die sozialdemokratische Interpellation begründete Genosse Sachs vom allgemeinen Standpunkt der Arbeiterinteressen aus, besonders aber vom Standpunkt der in außerordentlichem Maße von der Kartoffelnot betroffenen Industriegebiete Rheinlands und Westfalens. Er wies nach, daß hinsichtlich des schrecklichen Mißverhältnisses zwischen den Bedarfsbezirken und ihren Versorgungsgebieten bereits, und daß in sehr vielen Fällen mangelndes Verständnis der landwirtschaftlichen Erzeugung für die Not der städtischen Bevölkerung die Schuld an den unerträglichen Zuständen trägt. In eingehenden Darlegungen führte der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Genosse W u r m, den Gedanken aus, daß die rücksichtslos vertretenen Interessen der agrarischen Produzenten den Konsumenteninteressen vorangingen. Das Kriegsernährungsamt müsse sich für das eine oder andere entscheiden. Genosse H ü t t m a n n, als zweiter Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, legte besonders die Schwierigkeiten der Städteverwaltungen bei der Kartoffelversorgung dar, wobei er sich auf seine persönlichen Erfahrungen als langjähriger Stadtverordneter der Stadt Frankfurt a. M. berufen konnte.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. B a t o c k i griff mehrmals in die Debatte ein. Er zeigte sich in der Form entgegenkommend gegenüber den zahlreich geäußerten Wünschen, in der Sache berief er sich aber hauptsächlich auf die Schwierigkeiten, die der Kartoffelerzeugung von der Kartoffel selber, der launenhaftesten aller landwirtschaftlichen Früchte, gemacht wurden. Daneben sei das Wetter schuld, ferner auch unglückliche Maßnahmen in der Vergangenheit. Für die Kritik sei er dankbar, die Anregungen werde er gewissenhaft prüfen. Aber daß es gelingen werde, auf dem Gebiete der Kartoffelwechsellandbau alle Mißstände zu beseitigen, könne er nicht versprechen.

Man darf demnach hoffen, daß die fast aus allen Parteien mit gleicher Dringlichkeit geäußerten Beschwerden und Wünsche ihren Zweck nicht verfehlen werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist so wichtig wie die Versorgung der Soldaten mit Munition. Wenn nicht die ernstesten Gefahren in den kommenden Wintermonaten entstehen sollen, muß in entschiedenster Weise allen aus Unkenntnis oder Profitgier entsprungenen Hemmungen der Kartoffelversorgung entgegengetreten werden.

Von kleineren Geschehnissen, über die während der drei Plenarberatungstage berichtet wurde, verdienen der Gedenkwort über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags und der Entwurf zum Schutz der Beziehungen Nationalstiftung und Marineverwaltung eine kurze Erwähnung.

Die Verlängerung der Legislaturperiode vorläufig um ein Jahr ist eine Notwendigkeit, die uns der Krieg auferlegt. Wie der Redner der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Heinrich S c h u l z darlegte, bedeutet die Partei lebhaft diese Notwendigkeit, kann sich aber nicht verschließen. Wenn Neuwahlen schon im normalen Verlauf der Dinge nach fünf Jahren dringend erwünscht sind, um dem Volke wieder einmal Gelegenheit zu geben, sein Urteil über Regierung und Reichstag zu sprechen, so sind sie doppelt und dreifach in den heftigen Zeiten wichtiger politischer Ereignisse und Neubildungen notwendig. Aber die daselbstgebliebenen Reichstagsmitglieder allein können nicht an die Wahlurne gerufen werden; das ergäbe ein schiefes Bild des Volkswillens. Es geht aber auch nicht an, den Reichstagswählern im feldgrauen Hof die Ausübung ihres Wahlrechts zu ermöglichen. So bleibt nur der Ausweg, dem gegenwärtigen Reichstag vorläufig sein Mandat zu belassen und zu hoffen, daß ein baldiger Friede die Auflösung dieses Reichstags noch vor Ablauf der ihm bewilligten Verlängerung herbeiführt. In ähnlicher Weise sprach auch als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Genosse Haase, während von den bürgerlichen Parteien niemand das Wort nahm. Der Gesetzentwurf wurde sofort einstimmig durch alle drei Lesungen hindurch verabschiedet.

Der zweite Gesetzentwurf will bestimmte Maßnahmen der privaten Fürsorge für die Kriegbeschädigten und die Hinterbliebenen von Gefallenen vor Mißbrauch schützen. Unser Redner, Genosse Siebel, stammte namens der Fraktion dem Grundgedanken zu, wünschte aber durch neuere Beratungen in einer Kommission Sicherheit dagegen zu schaffen, daß die pflichtmäßige Fürsorge des Reichs durch die geplante Privatfürsorge etwa geschwächt werden könnte. Er wünschte ferner ein Einwirkungs- und Kontrollrecht des Reichstags auf die Verwaltung der Stiftungen. Obwohl der Staatssekretär des Innern Helfferich diese Befugnisse zu zerstückeln versuchte, schloß sich der Reichstag doch dem Antrage auf Kommissionsberatung an. Der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Genosse Henke, widersprach diesem Antrage zwar auch nicht, bekannte sich aber von vornherein grundsätzlich als Gegner des Gesetzentwurfs, weil er befürchtet, daß später einmal die Wohltätigkeit an die Stelle des Rechtsanspruchs gesetzt werden könne.

Zurzeit ist der Reichstag wieder verlagert worden. Seine nächste Plenarsitzung ist für Donnerstag, den 28. Oktober, in Aussicht genommen worden. In der Zwischenzeit arbeitet täglich von früh bis abends der Hauptauschuss, um für die kommenden Plenarsitzungen den nötigen Beratungstoff vorzubereiten. Als solcher kommen in erster Linie Pressezensur und Verlagerungszustand sowie die Ernährungsfragen in Betracht. Wann die diesmaligen Beratungen des Reichstags ein Ende finden werden, ist deshalb zurzeit noch nicht abzusehen. Daß der Reichstag voraussichtlich länger zusammenbleibt als die Regierung vorausgesehen hat, ist natürlich vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus nicht zu bedauern. Im Gegenteil. Wenn in diesen ersten, sorgenvollen Zeiten der Reichstag beisammen ist, hat das deutsche Volk in seinen inneren Schwierigkeiten gegenüber wirtschaftlichen Nöten und den mannigfachen Treibereien unterirdisch arbeitender Agitatoren, aber auch in seinem Kampf um die Selbstbehaltung gegenüber den zahlreichen Feinden auf allen Fronten einen härteren Halt als sonst, der bei aller bisherigen Schwäche des deutschen Parlamentarismus doch nicht unterschätzt werden darf.

Politische Uebersicht.

Zur Zensurfrage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Mittwoch (1. Ausgabe) teilt mit: „In der „Post“ wird in einer Zuschrift von parlamentarischer Seite die Neuordnung auf dem Gebiete der Zensur vermisst, die seinerzeit der Reichskanzler auf eine Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Presse hatte in Aussicht stellen lassen. Insbesondere hätte die Erörterung der Fragen der inneren Politik, soweit dabei der Burgfriede gewahrt würde, möglichst freigegeben werden sollen. Von einer solchen Neuordnung der Zensurbestimmungen sei inzwischen alles still geworden. Die „Post“ befindet sich im Irrtum. Die vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Neuordnung ist tatsächlich erfolgt. Bereits am 1. August sind die Zensurbehörden dahin angewiesen worden, daß die Erörterung innerpolitischer Fragen keiner Beschränkung unterliegt, daß aber gefässige oder die Stimmung anderer Parteien und Erwerbstätige herabwürdigende Auseinandersetzungen zu vermeiden sind.“

Zensurantrag der Nationalliberalen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat einen Zensurantrag eingebracht, der folgende Bestimmungen enthält:

§ 1. Wenn im Deutschen Reich auf Grund des § 5 des preussischen Gesetzes über den Zensurzustand vom 4. Juni 1851 oder eines an dessen Stelle tretenden Gesetzes eine Zensur der Presse eingeführt wird, so geht die vollziehende Gewalt in Angelegenheiten der politischen Zensur auf den Reichskanzler über, der damit die Verantwortung für die Handhabung der politischen Zensur übernimmt.

Die Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bleiben für das Deutsche Reich nur insoweit weiter in Kraft, als es sich um die Zensur militärischer Angelegenheiten handelt.

Die Festsetzung der für die Ausübung der politischen Zensur erforderlichen Organe erfolgt durch Bundesratsverordnung.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Das „Berliner Tageblatt“ gegen Fuhrmann.

Das „Berl. Tagebl.“ wendet sich gegen den Vorwurf des Landtagsabg. Fuhrmann, einen Vertrauensbruch begangen zu haben durch seine Mitteilungen von den geheimen Beratungen des Schätzerischen „unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“ im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses. Es schreibt:

„Rein tatsächlich haben wir festzustellen, daß uns die Mitteilungen keineswegs bloß von einer Seite zugegangen sind. Sodann ist uns auch noch ein genauer Bericht über die ganzen Verhandlungen zugeht worden. Es steht dem unabhängigen Ausschuss und auch denen, die sich zu ihm bekennen, schlecht an, sich moralisch zu entziehen. Sind es nicht gerade diese Kreise gewesen, die, halt mit offenem Bistur zu kämpfen, mit anonymen Briefen, Druckchriften usw. gearbeitet haben? Hat der „unabhängige Ausschuss“ nicht die Volksauschüsse für viele Niederländer Englands organisiert, um sie laut und ohne Einschränkung reden zu lassen, wo er sich lange Zurückhaltung auferlegen zu müssen glaubt? Auf diese Zusammenkünfte wurde man kürzlich durch eine Neuorganisation des Geheimrats Wilhelm Wundt im „Leipziger Tageblatt“ aufmerksam gemacht. Und ist der von Professor Cohnmann veröffentlichte Briefwechsel zwischen Tirpitz und Bethmann Hollweg, sind die Mitteilungen der alldeutschen Presse über die vertrauliche Denkschrift, die im Admiralsstab hergestellt wurde, nicht wirklich auf schwere Vertrauensbrüche zurückzuführen? An der Beratung des Schätzerischen Ausschusses, aus der wir einiges mitgeteilt haben, nahmen 4 bis 500 Personen teil. Eine „Vertraulichkeit“ ist unter solchen Umständen wohl selten gewährleistet.“

Die von uns mitgeteilten Tatsachen verurteilt Herr Fuhrmann in dem Brief an die Presse übrigens nicht zu bestreiten.“

Kurz und bündig!

Ein Major R. richtet aus dem Felde eine Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“, in der er sich darüber äußert, daß in der Heimat politische Kämpfe stattfinden, die die Frage zum Gegenstand haben, ob und inwieweit Deutschland annehmler soll oder nicht. Der Herr Major macht die Sache kurz, er erklärt ganz einfach:

„So demalein die neuen deutschen Grenzen liegen müssen, dabei haben zunächst, hoffen wir an der Front, Männer wie Hindenburg das erste Wort zu reden, wir wollen die Grenzen dort, wo sie uns Sicherheit bieten für neuen möglichst langen Frieden, und die Freiheit für Deutschlands Handel und Wandel gewährleisten, ob wir dazu 100 oder 1000 Quadratkilometer gebrauchen, spielt keine Rolle.“

Die breiten Volksmassen als — „geiles Unkraut“.

Die „Ostpreussische Zeitung“, das Organ der ostpreussischen Konservativen, wendet sich in einem Artikel gegen die Auffassung, daß die Massen die Siege gemacht hätten. Sie schreibt u. a.:

„Das eheleiche Unkraut ist die Massenverherrlichung, gefördert von den Mächten des Großkapitals. Lob der Gemüchlichkeit, Gemeinheit, Aufspießung niederer Begierden. Die natürliche Gesellschaftsordnung ist die Pyramide. Hoch oben wenige, tief unten viele. Die Massenverherrlichung bedeutet den ärgsten Faustschlag ins Gesicht der Natur. Dies war die ärgste Friedensläge. Es soll auch, wie es scheint, die ärgste Kriegslage werden, gegen die alle Lügen der Engländer Kinder spiel sind. Die fälschenden Geschichtsschreiber dieses Weltkrieges sind emsig an der Arbeit, die Hoffnungen, die alle Freunde natürlicher Gesellschaftsordnung auf den Krieg setzen, zu machen. Trotz Hindenburg sollen dennoch „Lehmann und Kruse“ den Ruhm des Krieges davontragen. So wollen es sehr kluge Leute haben. Ohne die Massen geht es nicht und — ging es nie. Die Weisheit kennen auch wir. Ob es 100, 1000, 100 000 oder Millionen sind, tut nichts zur Sache. Die klugen Leute, die auf die Tausende der Millionen von Kämpfern hinweisen, vergessen nur eines: Die Massen sind immer da, die Führer aber sind nicht immer da. Die Massen haben wahrlich Klaffen tüchtiger Soldaten genug, aber die Führer fehlen ihnen: Feldherren wie Offiziere, der preussische Leutnant! Das geile Unkraut wuchert überall, vergeht nie. Die edlen Kulturpflanzen schwinden gar leicht. Wie lange soll dieser Krieg noch dauern, um den wuchernden Wahn der Massenverherrlichung und den Reiz gegen Höhere auszuwurzeln.“

Die Diätenfrage im preussischen Landtag.

Dem Landtag wird bei seinem Wiederzusammentritt auch die Neuordnung der vielerörterten Diätenfrage vorliegen. Die Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten dürfte der „Königlichen Zeitung“ zufolge genau so bemessen werden wie im Reichstage, wo eine Pauschale von 3000 M. in abgestuften Raten vergütet wird. An die Stelle der besonderen Fahrtenentschädigung am Beginn und am Schluß der Tagung tritt die allgemeine Freifahrtkarte.

Preussisches Wohnungsrecht.

Wie die „Königliche Zeitung“ mitteilt, dürfte im weiteren Verlauf des demnächst beginnenden Tagungsabschnitts des preussischen Landtags auch die Vorlegung des Entwurfs eines Wohnungsrechts erfolgen. — Endlich!

Das tägliche Brot.

Sozialdemokratische Anträge zur Ernährungsfrage.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstagsausschusses haben in Gestalt einer Resolution folgende Anträge eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Das Kriegsernährungsamt zu erlöchen, zu Sicherung der Volksernährung folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Gleichmäßige Verteilung aller Nahrungsmittel, die nur in ungenügenden Mengen vorhanden sind; systematische Ordnung der Einteilung durch Kartenausgabe.
2. Scharfe Herabsetzung der Höchstpreise für Nahrungsmittel, soweit sie die Produktionskosten und die in Friedenszeiten üblichen Sätze für Produzenten und Händler übersteigen. Anreiz der Produktion durch Herabsetzung der Höchstpreise ist verfehlt und entschieden zu vermeiden.
3. Keine Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zur Sicherstellung zu hoher Nahrungsmittelpreise.
4. Die Organisationen der Kriegsernährung dienen lediglich der zweckmäßigen Nahrungsmittelversorgung zu möglichst niedrigen Preisen; sie dürfen durch Vermittlungsgebühren und sonstiges Geschäftsgeld nicht hohe Gewinne herauswirtschaften und damit zur Lebensmittellieferung beitragen. Es ist unzulässig, Gewinne ganz oder teilweise in Form von Prämien Produzenten und Händlern zuzuführen.
5. Der Bedarf an Kartoffeln für die menschliche Nahrung ist unter Berechnung von anderthalb Pfund pro Tag und Kopf vorweg

festzustellen. Zur Durchführung der Verteilung und Zufuhr sind sofort auszureichende Vorkehrungen zu treffen, nötigenfalls durch Heranziehung militärischer Kräfte. Der Kartoffelpreis ist stattdessen so herabzusetzen, daß er mit dem für Februar 1917 vorgezeichneten Preisvergleich den jetzigen Preis nicht übersteigt.

6. Einschränkung der Verwendung von Kartoffeln für die Spiritusbrennerei auf den notwendigen Bedarf für gewerbliche Zwecke. Verbot des Ausbaus von Branntwein. Der Brennbedarf an Trunkbranntwein ist aus den noch im freien Verkehr vorhandenen Beständen zu decken.

7. Mögliche Steigerung der Herstellung von Teigwaren und Nahrungsmitteln aus Gerste und Hafer, und gleichmäßige Verteilung an Kinder, Kranke, Wälderinnen, Hilfsbedürftige und Schwerarbeiter sind dabei besonders zu berücksichtigen. Gleichmäßige Verteilung der Hülsenfrüchte. Weitere Herabsetzung der Maßkontingente der Bierbrauereien.

8. Abbau der Höchstpreise für Hafer und Gerste bis auf den Preis für Roggen. — Mäßige Höchstpreise für Heu, Futtermittel und sonstige Futtermittel.

9. Entschärfung der Beschränkung der Preise für Vieh und Fleisch. In die Preisobergrenzenregelung ist alles Wild und Geflügel einzubeziehen.

10. Bei der Futtermittelverteilung sind Gemeinden, die Milchviehhaltung oder Aufzucht und Mastung von Schweinen oder Geflügel betreiben, zu bevorzugen.

Weitere Förderung der Verwertung der Haushaltsabfälle zu Futterzwecken.

11. Zur Erhebung der Butterherstellung muß der Verbrauch von Sojamilch, auch für den Selbstverbraucher, begrenzt werden. Sojamilch darf an Säuglinge und Magermilch an Schweine nur bis zum Alter von acht Wochen verfüttert werden.

12. Die Molkereien sind zu verpflichten, ein bestimmtes Quantum Magermilch zur Käsebereitung zu verwenden. Der Käse ist zu beschlagnahmen und gleichmäßig zu verteilen.

13. Verbot des direkten Verkehrs von Butter und Käse durch Produzenten an Konsumenten.

14. Herabsetzung der Höchstpreise für Verbrauchszucker.

15. Unverzügliche Festsetzung von Höchstpreisen für Wintergemüse und Obst.

16. Förderung der Einrichtung von Massenspeisungen, mit Reichsmitteln.

Die Rationierung der Kartoffeln.

Am 1. August wird mitgeteilt: Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Schätzung über den Umfang der Herbstkartoffelernte haben das Kriegsernährungsamt veranlassen müssen, tief einschneidende Maßnahmen zu treffen, die auch für den Fall, daß der Ertrag sich endgültig als sehr gering erweisen sollte, die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln unter allen Umständen gewährleisten. Es ist daher auf Vorschlag des Kriegsernährungsamtes durch den Herrn Reichskanzler angeordnet worden, daß die Verbrauchsregelung in allen Kommunalverbänden nach dem Grundgesetz zu erfolgen hat, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als 1 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Im einzelnen hat die Verbrauchsregelung weiter dahin gehend zu erfolgen, daß der Kartoffelerzeuger auf den Tag und Kopf bis 1 1/2 Pfund Kartoffeln seiner Ernte für sich und für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden darf, während im übrigen der Tageskonsum auf höchstens 1 Pfund Kartoffeln mit der Maßgabe festzusetzen ist, daß der Schwerarbeiter eine tägliche Zuzugabe bis 1 Pfund Kartoffeln, insgesamt also bis 2 Pfund Kartoffeln, erhält. Ferner ist das Versäuern von Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Erzeugnissen der Kartoffelrodnerie ausnahmslos verboten worden, jedoch dürfen Kartoffeln, die als Speisekartoffeln oder als Fabrikartoffeln nicht verwendbar sind, künftig an Schweine und Federvieh verfüttert werden. Verboten ist das Einsäuern der Kartoffeln und das Vergällen und Vermischen der an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft abzuliefernden Mengen. Um die rechtzeitige Winterernte mit Kartoffeln zu gewährleisten, ist ferner der Handel und der Verkehr mit Saatkartoffeln bis auf weiteres untersagt. — Es darf nicht verkannt werden, daß diese Vorschriften für manchen nichtschwerarbeitenden Verbraucher eine Einschränkung seiner Ernährung bedeuten, daß vornehmlich aber durch die neuen Vorschriften der Landwirt betroffen wird. Es ist aber unbedingt erforderlich, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen und lediglich Vorkehrungen zu treffen, die das Durchhalten mit Kartoffeln bis zur neuen Frühkartoffelernte unter allen Umständen sichern. Das genaue Ergebnis der Herbstkartoffelernte kann erst durch eine Bestandsaufnahme ermittelt werden. Ergibt diese ein besseres Resultat, als jetzt vorsichtigerweise angenommen werden muß, so werden die heute gebotenen Vorschriften gemildert werden können. Bis dahin aber müssen die geschilderten Anordnungen in Kraft bleiben, denn nur durch sie allein wird die Gewähr geboten, daß auch unter den schwierigsten Ernteverhältnissen genügende Mengen Speisekartoffeln vorhanden sind und daß diese Mengen derart verbraucht werden, wie es die Interessen des deutschen Volkes und die Interessen der Kriegsverwaltung gebieterisch fordern.

Keine nachträgliche Erhöhung der Kartoffelpreise.

Eine amtliche Erklärung besagt: Durch die vom Reichstag mit allgemeiner Zustimmung angenommene Erklärung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ist festgelegt, daß trotz der stellenweise recht ungünstigen Ernte nachträgliche Erhöhungen der festgesetzten Kartoffelpreise unter keinen Umständen stattfinden werden. Damit ist auch die Frage endgültig erledigt, die im verflochtenen Wirtschaftsjahre als Folge der damals nachträglich zugehenden Preissteigerung lebhaft erörtert wurde, ob nämlich auch denjenigen Landwirten, die frühzeitig zu billigeren Preisen geliefert hatten, nachträglich die Preise erhöht werden sollten. Dieser an sich begriffliche Wunsch hat damals nicht erfüllt werden können, was die Mißstimmung gegen die nachträgliche Preissteigerung noch wesentlich verschärft hat.

Die hohen Gewinne der Landwirtschaft

ergeben sich u. a. auch aus einer dieser Tage vorgenommenen Zusammenfassung der Einnahmen aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, welche für den kleinen badischen Amtsbezirk Pfalldorf vorgenommen worden sind. Dieser Amtsbezirk trägt ausschließlich ländlichen Charakter, hat aber nur 10 500 Einwohner. Und nun ermittle man an den nachstehenden Zahlen der Einnahmen, was in diesem Bezirk in der Kriegszeit verdient sein mag und noch verdient wird. Es gelangten im Jahre 1915 dort zur Auszahlung für Brotgetreide 1 453 000 M., für Hafer 380 000 M., für Kartoffeln 800 000 M., für Heu 250 000 M., für Stroh 50 000 M. usw. Seit Anfang des Jahres 1916 werden alle 6 Wochen durchschnittlich 250 000 M. für Großvieh ausbezahlt. Dabei sind die Summen, welche außerdem für Säuglinge und Schweine in diesen Bezirk getragen werden, noch nicht gerechnet. Begreiflich, daß die badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsinstitute über Geldmangel nicht zu klagen haben.

Möbel-Engros-Lager

Berliner Tischler- u. Tapeziererstr.

Albert Gleiser Alexanderplatz

G.M.B.H. Berlin C.33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität: **Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Holz- und Stuhlart, zur wirkungsvollen Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen. Beste Verarbeitung.

2 Jahre Garantie. Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428, 532, 640, 814, 992, 1088 bis 3500. Speisezimmer: M. 296, 339, 426, 605, 622, 781 bis 4000. Wohnzimmer: M. 242, 368, 429, 543, 736, 850 bis 2500. Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 752 bis 3000. Neuzeitl. Küchen: M. 51, 58, 75, 83, 125, 169, 249, 450.

Ständiges Lager von ca. 200 Einrichtungen, enorme Auswahl bis zum Aussergewöhnlichen. — Einzelmöbel ohne Preisermäßigung. — Frankfurterlieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. Illust. Katalog mit Referenzliste gratis.

Winter-Paletots von M. 42.— an
 Winter-Ulster von M. 36.— an
 Winter-Joppen von M. 11.— an

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
 Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.
 Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sacco-Anzüge von M. 38.— an
 Rock-Anzüge von M. 54.— an
 Jünglings-Anzüge von M. 29.— an

Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft Berliner Bandagisten
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
 Berlin SO. 16, Köpenicker Straße Nr. 98 b.

Bilanz per 31. Dezember 1915.

Soll.		Haben.	
SR.	SI.	SR.	SI.
an Kassa-Konto	1937 82	an Genossenschafts-Anteil-Konto	3200
an Waren-Konto	6397 50	an Darlehens-Konto	4064 91
an Umlauf-Konto	1	an Reservefonds-Konto	500
an Kautions-Konto	30	an Dispositionsfonds-Konto	1000
an Gen.-Anteil-Debit.-Konto	474 65	an Debitoren-Konto (Schuld)	73 15
	9340 97	an Kapital-Konto, Reingew. 1915	8888 06
	9340 97		502 91
			9340 97

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.		Haben.	
SR.	SI.	SR.	SI.
an Dividen-Konto	296 25	an Konto-Konto	185 20
an Umlauf-Konto, Abschreib. 1915	645 99	an Waren-Konto (Bruttogewinn)	8348 67
an General-Umlauf-Konto	6645 54	an Darlehen-Konto	49 84
an Vortrag, Verlust 1914	443 04		
an Kapital-Konto, Reingew. 1915			8533 71
	8030 80		
	8533 71		8533 71

Die Mitgliederzahl beträgt am 31. Dezember 1915 16 eingetretten . . . keine, ausgetreten . . . keine

Die Holsomme betrug am 1. Januar und am 31. Dezember 1915 3200.— SR.

Das Geschäftsguthaben wurde am 1. Januar 1915 vorgetragen mit 2597,35 SR.

daselbe erhöhte sich um 128.—

es ist somit am 31. Dezember 1915 ein Geschäftsguthaben vorhanden von 2723,35 SR.

Berlin, den 8. Oktober 1916. 104/4

Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft Berliner Bandagisten
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Der Vorstand: Bruno Fleischer, Jos. Weisner. Für den Aufsichtsrat: Hermann Ganneman.



GARBÁTY
 CIGARETTEN
 IN ALTER
 QUALITÄT



Singer
 unübertroffen
 Heber
 die Vorteile
 verlange man
 untere
 10
 Mark
 Güte
 Singer Läden
 überall

Gegründet 1854.



Pelz-
 waren ein gro.
 Einzelverkauf
 wie alljährlich
 zu billigsten Preisen.

S. Schlesinger
 Neue Königstr. 21
 kein Laden, II. Stock.
 Sonntag geöffnet 12-9 Uhr.
 Bitte genau a. Firma 21 zu
 und Hausnummer 21 achten

Spezialarzt
 für Haut-, Derm., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art, Ehrlich-Gata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum, Sprechst. 12-2, 1/2, 1/9, Sonntag 11-2. Donatur mögl., a. Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Für Schuhmacher!
 Ausgestanzte Oberlecke sortiert in Damen-Herren- und Kindergröße, Pfund 5 Mark, sowie Ober- u. Unterlederabfälle, Lederabfälle, Bruno Sensfuß, Berlin-Weissenhof, Langhausstr. 33, Tel. 191.

Möbel
 für Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küche usw. direkt an Private. Ueberausende Auswahl und Preisersparnis, daher Lagerbesuch sehr lohnend. Billige, feste Preise, lesbar an jedem Gegenstand. Für Auswärtige lohnt selbst weite Reise. Drucksachen kostenfrei.

Höfner
 Möbel-Großhändler, Berlin N. 22, Veteranenstr. 11-13 Höfnerhof

Knabenanzüge, Paletots und Pyjacks.
 Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen befindet sich jetzt Königstr. 55 I., gegenüber Rathaus. Bezugsscheine vorrätig!

H. Pfau, Bandagist
 Berlin Dirksenstraße 20
 C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Kmit Kst. 3208.
 Für Damen Frauen-Bandierung. *
 Vertreter für alle Straßentypen

Vorteilhaftes Schuhwaren-Angebot!

Billige Preise!

Herren-Kamelhaarschuhe u. Stiefel in den Preislagen . . . 6.50 5.90 4.75	Herren-u. Damen-Filzpantoffel in grosser Auswahl Damen-Plüschpantoffel br. Filzsohle Paar 1.10 M.	Herren-Filz-Schnallenstiefel mit Ledersohlen 7.50 6.50
Damen-Kamelhaarschuhe in den Preislagen . . . 5.25 4.95 4.25 3.75	Damen-Leder-Schnallenstiefel mit Friesfutter 12.75	Damen-Tuchschlüpfer mit Ledersohlen 4.95 3.50
Damen-Kamelhaar-Stoffschuhe mit fester Ledersohle und Fleck 4.75	Damen-Leder-Hausschuhe gefüttert 7.50 6.50 6.00	Damen-Leder-Schnallenstiefel in braun u. schwarz gefüttert 18/20 . . . 2.85 21/22 3.25 23/24 4.25
Herren- u. Dam.-Kamelh.-Pantoffel mit Ledersohlen 4.50 3.75		
Kinder-Kamelhaar-Stoffschuhe 20/23 2.40 23/24 2.75 25/26 2.90 27/28 3.50		

Herren-Chevreaux-, Boxcalf- u. Einsatzstiefel in allen Ausführungen
 Damen-Chevr., Boxcalf- u. Lackbesatzstiefel jedem Geschmack entsprechend

Schuhwarenhaus F. Pololowsky Nachf. m. b. H.
 141 Grosse Frankfurter Strasse 141 — Osten — Ecke Fruchtstrasse

Reichels Magenropfen
 Seit 25 Jahren erfolgreich erprobt u. berühmt durch ihre große Wirkung bei allen Magenbeschwerden. 51.2.50 W. (Heine Pl. 1.— W.). Gibt nur mit Marke „Medico“. Wo nicht erhältlich, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eichenbuhstr. 4.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
 Jedes Heft 20 Pfg.

MÖBEL
 Bar oder Teilzahlung
 kauft jedermann billig — reell — kulant bei

Neugebauer, Charlottenburg
 Wilmersdorfer Str. 128 I., Ecke Schillerstraße.

Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
 Park Meissna- u. Römertrank-Kell. C. 75 Barislerstr. Fernsp. Krst. 13708

Bäder-Anstalten
Neukölln
 Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad
 sämtliche Bäder.
National-Bad
 Brunnenstr. 3.
Passage-Bad
 Kottbuser-Damm 19.
Reform-Bad
 Wiener Str. 68.
Häcker- u. Konditorien
Oskar Hanke's Brotback.
 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow **Gegründet 1892.**
 F. Klesowetter, Schreibensstr. 14.
 G. Meier, Grünerweg 27.
 Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16
 Zachau, Gr.-Lichterl., Chausseest. 51a

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bandagen, Gummiw.
 R. Baake, Stralauer Str. 54.
 E. Kraus, Kennenauerstr. 55.
 A. E. Lange, Brunnenstr. 104

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
 25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns
 45 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
 43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.

August Holz 15 Detail-Geschäfte, Bierbrauerei, Bierbrennerei.
Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Egt. 2081, 2082

Drogen und Farben
 Wender-Dragerie, Britz, Holzmarkt 3a
Essigfabriken
Timmer-Essig
 überall erhältlich!
 Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
 Carl Jung, Stromstr. 31.
 Pöhlmann, P. Mählerstr. 49b, E. Seest.
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
 Inh.: Herm. Gerlach
 Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
 Willy Gerlach, Petersburgerstr. 31
 Otto Koppel, Alte Jacobstr. 28.
Horren-u. Knabengard.
 Nadstr. 25, Ecke Prinzen-Allee.
J. Baer
 Leske & Siupecki, Schick-Allee 7

Fabtsch & Co. Rosenthalerstr. 3, Rokhaus Linienstr.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Koloniewaren
 Adam Schmitz, Schlemmerstr. 11.
Kaffee-Röster
 Anerkannt verteilte Spezialitäten Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.
 Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Markuss-Str. 41, Neukölln, Eichenstr. 23, Kaiser-Str. 2, Str. 44, Wasserstr. 139, Frieledstr. 23
 Treptow, Grün-Str. 44.
Gaegle, Otto Charlottenburg.

Unerkennende Geschäfte empfehlen sich b. Einkäuf.

F. W. Sichter Wrangelstr. 75
 Ecke Cuvrystr.
Karl-Wein-Wollw.-Frikotag.
 Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 50, Kottbuserstr. 3, auch Gelegenheitsakt.
Nähmaschinen
Bellmann, E. Gollnowstr. 26
 Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
 Schubert, Carl, N. H. Bergstr. 148
Schreibwaren
 O. Prechnow, N. H. Bergstr. 69

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Beling
 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Uhren u. Goldwaren
 Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeiterversicherung — Schützen-Sicherkeitsvereinsstr. 1, straße 1.
Spandau
 Scheuerlein, Breitstr. 35, Fisch- u. Wrist.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavaliereu wenig getragener sowie im Versand gewesener Jackett-, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster, teils auf Seide, enorm billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzröcken, Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Blna- und Wolfbuchs u. a., in modernster Ausführung, statt 40—250 M. jetzt 20—125 M. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewonnener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt.

Am Montag besprach der Ausschuß die Fragen, die den Belagerungszustand

Betreffen. Die Zensur insbesondere soll erst im Anschluß hieran zur Verhandlung kommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, den Reichstagsantrag zu erwidern, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt werde. — Die Nationalliberalen haben den bekannten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Schußhaft während eines Kriegszustandes vorgelegt.

Gleich der erste Redner, Abg. Müller-Weinigen (Sp.), stellte fest, daß die Verhältnisse unter dem Kriegszustande unerträglich geworden seien. Fast alle Rechte der Bürger seien durch die Militärgewalt verdrängt. Alle Verhandlungen im Reichstage hätten gar nicht geholfen. Im Gegenteil seien die Mißstände immer größer geworden. Der Redner wies namentlich auf die Beschränkung des Versammlungsrechtes hin.

Ministerialdirektor Dr. Lewald wendete sich mit großer Ausführlichkeit gegen Verdächtigungen, die der Landtagsabgeordnete Dackmeiler verbreitet hat. Sie sind in einer Petition an den Reichstag enthalten, und Abg. Müller hatte darauf Bezug genommen. Die Verdächtigungen seien erfunden und in jeder Beziehung ganz grundlos.

Abg. Heine (Soz.) legte dar, daß nach dem ganzen Wesen des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand die Mißstände immer größer werden müssen; das sei in der Tat eingetreten. Die mit der außerordentlichen Macht betrauten Personen mögen im übrigen ganz brave, tüchtige Menschen sein; sie brachten aber oft genug nicht die nötige Sachkenntnis mit für die Angelegenheit, die von ihnen geregelt werden mußte. Am besten sei es, wenn der Belagerungszustand endlich aufgehoben werde. Besonders bedauerlich seien die vielen Fälle, in denen die Schußhaft verhängt worden ist. Diese scharfe Maßnahme sei nur zu oft gegen harmlose Personen und wegen wirklich ganz ungeschicklicher Handlungen angewendet worden. Redner empfiehlt, daß der Antrag, der sich auf die Schußhaft bezieht, einem besonderen Ausschuß überwiesen werde. Auch die Ausstellung eines Passes für notwendige Reisen ins Ausland werde unnötigerweise aufs äußerste erschwert, selbst wenn es sich um Reisen nach Oesterreich handelt.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärte, daß während des Krieges die Reichsleitung auf den Belagerungszustand unmöglich verzichten könne. Mißgriffe könnten freilich vorkommen. In jedem Falle aber, in dem Beschwerde geführt werde, greife die Reichsleitung mit allem Nachdruck ein.

Ministerialdirektor Dr. Lewald stellte fest, daß sehr viele Reisen ins Ausland gemacht worden seien. Die Militärbehörden hätten eine strengere Kontrolle für nötig gehalten. Dem mußte Rechnung getragen werden. Dagegen seien für die Reisen nach Oesterreich alle nur möglichen Erleichterungen zugelassen.

Abg. Dr. Richter (Nat.) begründete den Antrag über die Schußhaft.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Der Reichsleitung erscheine der Weg, auf den der Antrag verweise, ungangbar. Grundfahrlässig müsse für die Maßnahmen unter dem Belagerungszustand auch fernerhin der kommandierenden General verantwortlich bleiben. Dies schließe nicht aus, daß unnötige Härten beseitigt werden. Daher würde es am besten sein, wenn der Reichstag seine Forderungen in einer Resolution zusammenfassen würde.

Der Vertreter des Kriegsministeriums, Oberst v. Friesberg, teilte mit, daß das Kriegsministerium am 22. Juli d. J. eine Verfügung an alle kommandierenden Generale erlassen habe, um die Wünsche des Reichstags in bezug auf die Schußhaft, soweit es irgend ging, durchzuführen. In dieser Verfügung werde vorgeschrieben, daß die Schußhaft nur in wirklich unumgänglich notwendigen Fällen verfügt und nur so lange aufrecht erhalten werde, als dies unabweislich sei. Unzulässig sei es, heißt es in der Verfügung weiter, die Schußhaft als ein Strafmittel anzuwenden. — Abg. Dittmann (Soz. Arb.) führt demgegenüber ein Rundschreiben eines stellvertretenden Generalkommandos vom 12. September 1916 an. Das Rundschreiben ist also erlassen, nachdem bereits die Verfügung des Kriegsministeriums zugegangen war. In diesem Rundschreiben heißt es wörtlich:

„Es besteht die Gefahr, daß die Ernährungsfragen von der Sozialdemokratie als Kampfmittel ausgenutzt werden. Auch sonst ist bemerkt worden, daß in Sitzungen usw. gemäßigter sozialdemokratischer Führer scharfer als sonst sprechen und besonders die Preisfrage bei der Lebensmittelversorgung in den Vordergrund stellen. Durch scharfe Maßregeln sind in zwei Korpsbezirken gute Erfolge erzielt worden. Die hauptsächlichsten Führer und Helfer wurden in Schußhaft genommen oder zum Militär eingezogen.“ Es ist also in Danzig gerade das geschehen, was in der Verfügung des Kriegsministeriums als unzulässig bezeichnet worden ist. Das einzig Richtige sei, daß der Belagerungszustand ohne weiteres aufgehoben werde. Die bestehenden Gesetze reichen vollkommen aus, um allem entgegenzuwirken, was wirklich der Sicherheit unseres Landes gefährlich werden könnte. Eine Resolution, wie sie Herr Ministerialdirektor Lewald empfohlen habe, sei völlig zwecklos. Auch die Briefzensur sei bereits im Reichstage Gegenstand der Verhandlung gewesen, und trotzdem sei die Briefzensur wieder von neuem gegen einen Abgeordneten, nämlich gegen Dr. Herzfeld, verhängt worden. Ebenso seien bei Dr. Herzfeld wie bei den Abgg. Antrid und Haberland Hausdurchsuchungen abgehalten worden. Das sei ein durchaus unerdächtliches Verfahren. Die Fälle, in denen Schußhaft verhängt wurde, seien sehr zahlreich. Es würden davon auch solche Personen betroffen, die sich nicht bewußt sind, sich Ungehörigkeiten haben zuschulden kommen zu lassen, und oft genug sei die Verhandlung der in Schußhaft genommenen Personen ungebührlich. Nichtiggestellt müsse aber auch werden, daß dort, wo Wahlen für parlamentarische Körperschaften stattfinden, völlige Freiheit für die Wahlagitatorien geschaffen werden müsse. Die Agitation durch Versammlungen und Flugblätter dürfe in keiner Weise eingeschränkt werden. — Ministerialdirektor Dr. Lewald suchte nachzuweisen, daß die Briefzensur zulässig sei. — Der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Dr. Visco, behauptete, daß die Hausdurchsuchungen bei den Abgg. Dr. Herzfeld, Antrid und Haberland nichts mit dem Belagerungszustand zu tun haben, sondern durchgeführt werden auf Grund der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, und daß sie durchaus zulässig seien. Denn es handle sich hier nicht um ein Verfahren gegen die Abgeordneten selbst, in einem solchen Falle sei allerdings die Hausdurchsuchung nicht zulässig; vielmehr seien in den vorliegenden Fällen die Hausdurchsuchungen von dem untersuchenden Richter verfügt worden, da es sich um Beweise in einem Verfahren gegen andere Personen handelte.

Abg. Gothein (Fr. Sp.) wendet sich gegen diese Rechtsdarlegung. Durch eine solche Auslegung der Gesetze werde eine Hintertür geöffnet, durch die in jedem Falle das Recht der Abgeordneten durchbrochen würde. Es braucht in solchen Fällen nur ein Verfahren gegen Unbekannt eingeleitet zu werden, und dann hätten die Richter stets die Möglichkeit, Hausdurchsuchungen bei Abgeordneten zu veranlassen.

Abg. Scheidemann (Soz.) beschwert sich darüber, daß die Friedenspetition, welche vom sozialdemokratischen Parteivorstand herausgegeben worden sei, vielfach auf Schwierigkeiten in der Verbreitung gestoßen sei. Ebenso führe die Schußhaft bei Männern wie Rehbring zu schreienden Ungerechtigkeiten. Auch in dem Kampf gegen diejenigen Personen, welche sich der französischen Sprache bedienen, seien die Behörden oft sehr ungeschickt gewesen. —

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich erkennt an, daß an vielen Orten die Agitation für die sozialdemokratische Friedenspetition gehemmt worden sei. Diese Beschwerden seien auch dem Herrn Reichsanwalt vorgebracht worden. Der Reichsanwalt hat aber abgelehnt, dagegen einzuschreiten. Er sei der Ansicht, daß es sich hier um die Erörterung der Friedensziele in einer Weise handle, die leicht den Bürgerfrieden stören könne. Aus diesem Grunde seien hier gewisse Einschränkungen notwendig gewesen und den kommandierenden Generalen empfohlen worden. — Ministerialdirektor Dr. Lewald geht auf den Fall Rehbring ein. Rehbring habe, wie aus einem Briefe und seiner Vernehmung hervorgehe, eine Straßendemonstration beabsichtigt und Flugblätter geschrieben. Dies sei die Veranlassung gewesen, daß er in Schußhaft genommen wurde. Anfangs sei er nicht angemessen untergebracht gewesen; seine Beschwerden seien aber zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen und es sei Abhilfe geschaffen worden. In bezug auf die französische Sprache sei nur dann vorgegangen, wenn damit Unlieblichkeiten vermieden werden sollten. — Abg. Gröber (Z.) erhebt entschiedenen Einspruch gegen das Verfahren, wie es mit den Hausdurchsuchungen bei den Abgg. Herzfeld, Antrid und Haberland eingeschlagen worden sei. Die Streitfrage sei bereits früher beim Falle Erzberger besprochen worden. Er und seine Freunde seien aber heute noch der Meinung, daß das Verfahren durchaus unzulässig ist. Dann ging Redner auf die Schußhaft ein und verlangte dringend, daß Verbesserungen durchgeführt werden sollen. — Staatssekretär Helfferich versicherte demgegenüber, daß die Schußhaft nur dort, wo sie wirklich unabweislich sei, verfügt werde. Freilich kämen einzelne unliebsame Mißgriffe vor. — Abg. Dr. Stresemann (Nat.) zeigte an der Hand mehrerer Beispiele, daß sehr arge Ungerechtigkeiten und Härten durch die Schußhaft hervorgerufen worden seien.

Der Ausschuß beschloß dann, dem Reichstage zu empfehlen, daß der Antrag betreffend die Schußhaft, einem besonderen Ausschuß überwiesen werde.

Am gestrigen Dienstag brachte dann zunächst Abg. Frhr. v. Gamp (D. Fr.) die Berichte zur Sprache, die das Wollsch Bureau über die Verhandlungen des Ausschusses verbreitet. Die Berichte seien einseitig im Sinne der Reichsleitung und gäben die Ausführungen der Abgeordneten zum Teil ganz ungenügend wieder. Verfaßt worden die Berichte durch einen Beamten. Daher sollte dafür gesorgt werden, daß die Berichte unparteiischer werden. — Dann wurde die Aussprache über den

Belagerungszustand

fortgesetzt. Oberst v. Briesberg teilte mit: Das Kriegsministerium werde beantragen, daß in jedem Bericht vierteljährlich genau über alle Schußhaftfälle berichtet werde. Auf diese Weise werde in Zukunft ein Überblick über das ermöglicht, was wirklich geschehe.

Abg. Heine (Soz.) wendete sich gegen die Behauptungen, die in der vorigen Sitzung die Reichsleitung gemacht hat, um die Hausdurchsuchungen bei den Abgeordneten Dr. Herzfeld, Antrid und Haberland als zulässig hinzustellen. Er fordere den Nachweis, daß wirklich die Hausdurchsuchungen in einer Untersuchung gegen einen Dritten angeordnet seien und die im Gesetz dafür festgelegten Voraussetzungen dafür vorlägen. Für ihn scheie es fest, daß die Hausdurchsuchung unvereinbar mit der Immunität der Abgeordneten sei. — Die Verurteilung der großen Zahl von Schußhaftfällen zu rechtfertigen, seien verfehlt. Gegen Spionage fehle es wahrlich nicht an strengen gesetzlichen Bestimmungen. — Die Gründe für das Vorgehen gegen Rehbring seien ungenügend. Notwendig sei das Recht, Beschwerde gegen Schußhaft einzulegen bei einer gerichtlichen Instanz unter Weisung eines Rechtsanwalts. Auch scheie es fest, daß unerfahrene junge Leute verhaftet seien wegen Handlungen, die eine Schädigung unseres Volkes nicht bedeuteten. Ja, es sei vorkommen, daß Privatleute mißliebigen Personen mit der Verhängung der Schußhaft gedroht haben. Dasselbe sei durch das Rundschreiben eines stellvertretenden Generalkommandos geschehen. Das Verlangen, daß ein Redner vor der Versammlung den Wortlaut vorlege, zeige, daß die Behörde gar kein Verständnis für die Aufgaben der Redner habe. — Ebenso kurzfristig sei das Sprachenverbot in Vorkriegszeiten. Damit werde das wenig rühmliche Mißtrauen, das in dem Haberland Fall so verderblich gewirkt habe, wenig rühmlich fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Helfferich versicherte, daß die Reichsleitung alles tun werde, um die gerügten Mißstände in Zukunft zu verhindern. Es könne aber nicht auf den Belagerungszustand verzichtet werden. (Zuruf des Abg. Erzberger: In Bayern haben wir den Belagerungszustand nicht!) Wir müssen durch die Schußhaft verhindern, daß eine Schädigung des Vaterlandes eintrete. Abg. Dr. Koeside (L.) erkannte ebenfalls an, daß das Gesetz über den Belagerungszustand nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht; daher die vielen berechtigten Beschwerden. Trotzdem halte auch er den Belagerungszustand für unentbehrlich und die jetzige Zeit für ungenügend, das Gesetz zu ändern. Daher müßten die nötigen Verbesserungen durch die Reichsleitung vorgenommen werden. Nur aus wirklich militärischen Gründen sollte eingeschritten werden, aber nicht aus politischen Gründen, nicht um eine politische Meinung zu bekämpfen. Auch sollten den Personen, die mit Hausdurchsuchungen, Briefzensur usw. bedacht werden, die notwendigen Mittelungen darüber sofort gemacht werden. Auf Antrag des Abg. Erzberger (Z.) wird die Aussprache über die Schußhaft geschlossen, da damit ein besonderer Ausschuß betraut werden soll.

Abg. Liesching (Sp.) begründet den Antrag der Fortschrittler, der Reichstag solle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, das im Artikel 68 der Reichsverfassung in Aussicht gestellte Gesetz über den Belagerungszustand unverzüglich dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Ged (Soz.) wies nach, wie schädlich es wirkt, daß so viele Bewohner von Esch-Lohringen aus ihrem Wohnort ausgewiesen und gezwungen worden sind, sich in einem ihnen vorgeschriebenen Orte aufzuhalten. Ferner schilderte der Redner, wie verfehlt es ist, von einem Redner zu verlangen, daß er vor der Versammlung den Wortlaut der von ihm beabsichtigten Rede vorlege.

Abg. Kretsch (L.) schlug vor, daß die Verfügungen, die auf Veranlassung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies ausdrücklich erkennen lassen. Dann werde sich zeigen, daß die bedenklichsten Verfügungen in der Regel gar nicht von militärischer Seite verschuldet seien.

Abg. v. Gamp: Kein Mitglied hält den jetzigen Zustand für erträglich. Änderungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Zu empfehlen sei aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dadurch unliebsame Erörterungen im Plenum herbeigeführt würden. — Staatssekretär Dr. Helfferich: Er könne nur unterzügen, daß während des Krieges es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand herzustellen. Er könne aber auch versprechen, daß die Reichsleitung alles tun werde, um die gerügten Mißstände in Zukunft zu verhindern. — Abg. Heine: Wir werden zwar für den Antrag Liesching stimmen, zugleich aber auch dafür eintreten, daß der Reichstag selbst mit einem Gesetz vorgehe. Resolutionen seien schon wiederholt gefaßt worden, ohne daß wir dadurch einen Schritt weiter gekommen wären; und doch sei es dringend nötig, daß hier keiner Tisch gemacht werde. Ein Gesetz könne sehr leicht zustande kommen, wenn nur die Reichsleitung den Wünschen des Reichstags Rechnung trage. — Abg. Dittmann n machte darauf aufmerksam, daß noch in den Bezirken des 7. Armeekorps Verordnungen gegen bestimmte Personen bestehen, die bereits vor einem Jahr verhängt worden seien. So könne es doch nicht weitergehen. Zu verlangen sei, daß endlich diese Verbote aufgehoben würden. Ebenso sei es notwendig, daß das Verhältnis derjenigen Reichstagsabgeordneten, die zu Kriegsdienstleistungen eingezogen seien, geregelt werde. Sie stehen in zweifacher Pflicht; erstens haben sie die Pflicht, ihren Aufgaben als Abgeordneter nachzukommen, und zweitens laßt auf ihnen die Rückpflicht des Kriegsdienstes. Sie seien aber im Reichstage in der

Lage, wichtigere Dienste zu leisten als draußen im Felde. Daher müsse verlangt werden, daß unter keinen Umständen ihre Tätigkeit als Abgeordnete gehemmt würde durch die Pflichten im Kriegsdienst. Den Abgeordneten müsse unter allen Umständen ermöglicht werden, nicht nur den Sitzungen des Reichstags selbst beizuwohnen, sondern auch in Fraktionsitzungen amesend zu sein, und alles das zu erledigen, was sie als Abgeordnete durchzuführen müssen. Ferner seien Schwierigkeiten entstanden in der Frage, ob der Abgeordnete, der als Gemeiner beim Militär stehe, eines Urlaubs zu den Reichstagsverhandlungen usw. bedürfe. Nach dem ganzen Geiste der Verfassung sei jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß der Abgeordnete ohne weiteres die nötige Zeit und Gelegenheit haben müsse, seine Aufgaben als Abgeordneter zu erfüllen. Ebenso seien Schwierigkeiten gemacht worden, wenn der Abgeordnete, der als Gemeiner beim Militär stehe, von seiner Reichstagskarte Gebrauch machen wolle. — Ministerialdirektor Dr. Lewald wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei diesen Angelegenheiten ergeben. Er sei auch der Meinung, daß die Abgeordneten während der Zeit, in der der Reichstag tagte, die Gelegenheit haben müßten, ihren Pflichten als Abgeordnete nachzukommen. Er stelle auch fest, daß an das Reichsamt des Innern nicht eine einzige Beschwerde eingegangen sei. In der Zeit allerdings, in der der Reichstag nicht versammelt sei, müsse der Abgeordnete seinen militärischen Pflichten nachgehen. Ebenso müsse den Abgeordneten der Urlaub für Fraktionsitzungen erteilt werden und könnten Schwierigkeiten im Gebrauch ihrer Reichstagskarten nicht gemacht werden. — Abg. Gothein (Sp.) empfahl, daß die Regierung sich mit den Reichstagsabgeordneten über die notwendigen gesetzlichen Änderungen verständige. Nur dadurch könnten unerquidliche Auseinandersetzungen im Plenum verhindert werden. Abg. Erzberger trat ebenfalls sehr entschieden dafür ein, daß auch denjenigen Abgeordneten, die als Gemeine beim Militär sind, in der Zeit, während der Reichstag zusammen sei, keine Schwierigkeiten bereitet würden. Solche Beschwerden seien auch ihm zur Kenntnis gekommen; allerdings habe das Kriegsministerium sofort Abhilfe geschaffen. Ganz besonders notwendig sei es, daß den Abgeordneten möglich sein müsse, den Fraktionsitzungen beizuwohnen. Dies gelte auch während der Vertagung. — Hierauf wurde der Antrag der Freisinnigen angenommen.

Es beginnt die Beratung der Zensur.

Abg. Hoch als Mitberichtersteller fragt an, was die Reichsleitung getan habe, um den Wünschen nachzukommen, die der Reichstag in seiner vorigen Tagung in bezug auf die Verbesserung der Zensur vorgebracht habe. Nach seiner Beobachtung seien die Verhältnisse durchaus nicht besser geworden. Bezeichnend dafür sei eine Eingabe, die den Abgeordneten von der Redaktion des „Univerfium“ zugegangen sei. Hier werde nachgewiesen, daß die neuen Bestimmungen für bildliche Darstellungen nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bedeuteten. Er frage an, ob bei der Abfassung der neuen Bestimmungen nicht Sachverständige aus den Kreisen der Beteiligten selbst zu Rate gezogen seien. Unter den Wünschen, die der Reichstag in seiner vorigen Tagung geäußert hatte, war auch der, daß eine Zeitung nur nach einer Verständigung mit dem Reichsanwalt veröffentlichen dürfe. Er frage an, ob diese Verständigung erfolgt sei und weiter, ob mit Zustimmung des Herrn Reichsanwalt verlangt worden sei, daß im „Vorwärts“ andere Redakteure angestellt werden. Es sei doch ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Partei auf ein derartiges Ansuchen jemals eingehen könne; daher würde ein solches Ansuchen nichts anderes bedeuten, als daß das Verbot während der ganzen Dauer des Krieges aufrechterhalten würde. Im übrigen seien sehr oft Männer mit der Zensur betraut, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen seien. Redner wies darauf hin, daß in der Rede, die der Abg. Emmel im Reichstage über die Zensur im Uffah gehalten hat, ganze Stellen vom Zensur gestrichen worden seien. Auch in Braunschwieg sei ein Mann als Zensur tätig, der nicht einmal gewußt habe, wo die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheine. Dieser Zensur habe denn auch in geradezu unbegreiflicher Weise ganz unbedenkliche Sachen wiederholt gestrichen, und zwar solche Ausführungen, die mit den militärischen Verhältnissen, mit der Sicherheit unseres Landes und selbst mit dem Bürgerfrieden nicht das geringste zu tun hatten. Er habe verlangt, daß die durch die Streichung entstehenden Lücken beseitigt wurden, selbst in solchen Fällen, in denen das technisch einfach unmöglich war. Schließlich habe er sogar solche Anzeigen gestrichen, die in anderen Blättern erschienen sind. Die Folge davon war, daß dem Blatte Anzeigen entzogen wurden und das Unternehmen dadurch materiell schwer geschädigt worden ist.

Abg. Dr. Hirsch (natl.) begründet einen Antrag, der ein Gesetz betreffend die politische Zensur einführen will. In dem Antrage wird verlangt:

§ 1. Wird im Deutschen Reiche auf Grund des § 5 des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 oder eines an dessen Stelle tretenden Reichsgesetzes eine Zensur der Presse eingeführt, so geht die vollziehende Gewalt in Angelegenheiten der politischen Zensur auf den Reichsanwalt über, der damit die Verantwortung für die Handhabung der politischen Zensur übernimmt.

Die Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bleiben auch für das Deutsche Reich nur insoweit anwendbar, als es sich um die Zensur militärischer Angelegenheiten handelt.

Die Festsetzung der für die Ausübung der politischen Zensur erforderlichen Organe erfolgt durch Bundesratsverordnung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es ist ganz unmöglich, die Zensur so zu teilen, daß für die rein militärischen Angelegenheiten die oberste Heeresleitung und für die politischen Angelegenheiten der Reichsanwalt verantwortlich sei. Die Zensur im ganzen beziehe sich untrennbar sowohl auf militärische als auch auf politische Angelegenheiten. Denn während des Krieges seien auch die politischen Angelegenheiten schließlich von Bedeutung für die Verteidigung unseres Vaterlandes. Dagegen habe sich die Reichsleitung bemüht, den Wünschen des Reichstags auch in der Zensur Rechnung zu tragen. Zu den Verhandlungen seien die Beteiligten durchaus zugezogen. In bezug auf die Kriegsziele seien in der letzten Zeit die Grenzen weiter gezogen worden. Dagegen müßte unbedingt daran festgehalten werden, daß gefällige Angriffe gegen die Ehre einzelner Personen, ganzer Parteien oder Berufsstände nicht gestattet werden können. Der „Vorwärts“ sei verboten worden, weil er im Anschluß an eine Kundgebung der Gegner des Reichsanwalt überaus scharfe und geschäftige Angriffe gegen die Personen sich erlaubt habe, von denen die Kundgebung ausgegangen war. Der Herr Reichsanwalt hat das Verbot nicht veranlaßt, aber er habe sich auch nicht veranlaßt gesehen, gegen das Verbot einzuschreiten. Er (Helfferich) erkläre: Wäre das Verbot nicht erfolgt, so hätte er den Herrn Reichsanwalt erlucht, zu veranlassen, daß der „Vorwärts“ verboten werde. Daß das Generalkommando eine Bedingung in bezug auf die Redaktion des „Vorwärts“ gestellt habe, sei ihm nicht bekannt.

Abg. Ged weist nach, daß viel mehr als durch scharfe Artikel Erregung dadurch hervorgerufen werde, daß die Zensur eine Kritik der Vorgänge unseres öffentlichen Lebens unmöglich mache. Ebenso verfehlt sei es, daß nach Angriffen feindlicher Flieger es der Presse verboten sei, über den dadurch entstandenen Schaden ausführlich zu berichten. In dem ihm bekannten Falle wäre es durchaus gut gewesen, wenn die Presse in der Lage gewesen wäre, sofort nachzuweisen, daß durch die Fliegerangriffe zwar kein militärischer Schaden verursacht worden, wohl aber ganz unschuldige Menschen getötet worden seien. Der Herr Staatssekretär Helfferich habe gefragt, ob die Sozialdemokraten glaubten, daß wir ohne Zensur auskommen können. Darauf antwortete er (Ged), daß es ohne Zensur unter keinen Umständen schlimmer sein könne, als es gegenwärtig ist. — Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, ihm scheinen die Ausführungen Ged's über die Zensur nach Fliegerangriffen durchaus beachtlich. Das Kriegsministerium werde die Sache prüfen. (Fortsetzung Mittwoch.)

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Soldaten.
 Donnerstag: Soldaten.
Kammerspiele.
 8 Uhr: Jonathans Töchter.
 Donnerstag: Der Weibsteufel.
Volkshöhle. Theater a. Bülowpl.
 8 1/2 Uhr: Meister Olf.
 Donnerstag: Das Wintermärchen.
 Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
 8 Uhr: Kameraden.
Komödienhaus
 8 Uhr: Der 7. Tag.
Berliner Theater
 8 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.

Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 8 Uhr: Die beiden Klingsberg.
 Donnerstag: Gespenster.
Deutsch-Künstler-Theater.
 8 Uhr: Der Jüngling mit d. Ellenbogen.
 Donnerstag: Zum 1. Male: Der Salamander.
URANIA
 Tanzenstr. 48/49.
 4 Uhr (halbe Preise):
 Aegypten, der Suezkanal
 und der Weltkrieg.
 8 Uhr: Prof. Dr. F. Auerbach-Jena:
 Die Physik im Kriege.

Theater am Mittwoch, den 18. Oktober.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 8 Uhr: Don Juan.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Zum 250. Male:
 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrnfeld-Theater
 8 1/2 Uhr: Villa Pschesina.
Kleines Theater
 8 Uhr: Lottchens Geburtstag.
 Gontz und Fanny Eisler,
 Paul und Paula.

Neues Operettenhaus
 Kassentelephon: Norden 281.
 8 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
 8 Uhr: Der gutsitzende Frack.
Schiller-Theater O
 8 Uhr: Das grobe Hemd.
Schiller-Th. Charlottenb.
 8 Uhr: Glaube und Heimat.
Thalia-Theater
 8 1/2 U.: Blondinchen.
Theater am Nollendorfpl.
 8 1/2 Uhr: Des Königs Befehl.
 8 1/2 Uhr: Blaue Jungens.
Theater des Westens
 8 Uhr: Die Fahrt ins Glück
 mit Guido Thielscher.
 8 1/2 Uhr: Nathan der Weise.
Trianon-Theater
 8 1/2 U.: Der Himmel auf Erden.

Komische Oper
 8 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.
Lustspielhaus
 8 1/2 U.: Der selige Balduin
Metropol-Theater
 8 Uhr: Die Csardasfürstin.

Circus Busch
 Täglich 7 1/2, 11, 12 1/2 Uhr
 Die erfolgreichste
 Märchen-Brant-Pantomime:
Die Geierprinzessin
 in 5 Akten von Paula Busch.
 Besonders hervorzuheben:
Der große Wasserfall
 mit der bunten Wasserfall-Präparanden
 Wunderfontäne, herrliche Licht-
 effekte. — Najaden-Ritzen.
 Vorher das große Programm.
 Des fortgesetzt stürmischen An-
 dranges wegen wiederum am
 Sonntag nachmittags 3 1/2, 11, 12
 U.: **Gr. Sonder-Jugend-Vorstellung**
 mit der neuen lust. Puppen-Brant.
Die schöne Gärtnerin.
 Besonders hervorzuheben:
 D. herrl. Gärtnereien-Ballett
 und „Lebende Stummelbete“.

Possen-Theater.
 Täglich 8 1/2, 11, 12 1/2 Uhr:
Ein unnatürl. Sohn
Sagen wir — die Hälfte
 mit Leonhard Haskel.

Pabst
 Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2, u. 8 Uhr.
? Der geheimnisv. ?
Krause
 und das große heitere
 Variété-Programm.

Volgt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Täglich:
Das Erbe.
 Staffeneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.
 Lohrer Str. 37. Täglich 8 1/2, 11, 12 1/2
 Uring in seiner Art in Groß-Berlin.
 Berliner Nummer in erster Zeit.
Meine gute Olle.
 Original-Golte in 3 Aufzügen.
 Vorher erstklassiger bunter Teil.
 Sonntag 4 Uhr: Vateria Wunderker.

Admiralspalast.
 Das herrliche Eisballett
Frau Fantasie.
 Anf. 8 1/2, 11, 12, 1, 2, 3, 4 U.

Herrnfeld-Theater.
 Täglich 8 1/2, 11, 12 1/2 Uhr:
Villa Pschesina
 der größte Lacherfolg!
 Sonntag, den 22. Oktober,
 nachm. 3 Uhr:
 Volkstümliche Vorstellung:
Die Ehre.

Schausp. in 4 Akt. v. H. Sudermann
 Preise für die Nachm.-Vorstellung:
 Logen u. Orch.-Faut. 1.50, Park-
 Faut. I. Park u. Rangbalk. 1.00 M.,
 I. Rang, II. Park 50 Pf.
 Vorverk. tägl. 11—3 Theaterkasse.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert
 Berliner Konzerthaus-Orchester
 Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Ab 4 Uhr nachmittags:
 Konzert bei voller Orchesterbesetzung und freiem Eintritt.

Eile zu Weile
 Spezialhaus für Pelzwaren
 Berlin S., 119 Dresdener Strasse 119
 Eckhaus am Oranienplatz.
**Ausstellung der neuesten
 Muster
 Nur Prachtstücke**
 in Echt Skunks
 „ Fuchs
 „ Marder
 „ Skunks-Opussum
 sowie in allen anderen Pelzarten
 zu wirklich billigen Preisen.
Pelz-Hüte
 leicht und schick.
 Bitte genau auf Nr. 119 Dres-
 dener Strasse 119 und Firma Eile zu
 Weile zu achten.
 Sonntags von 12—2 geöffnet.



Arbeiterbildungsschule Berlin.
Lehrplan
 für das vierte Quartal 1916.

a) Unterrichtskurse.
I. Dienstag: Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung.
 Der Kapitalismus als Vorbedingung des Sozialismus. — Die vor-kapitalistische Zeit. — Die Revolutionierung des Wirtschaftslebens durch die Maschine. — Die Wirkung der kapitalistischen Entwicklung auf das Proletariat. — Der Gang der kapitalistischen Entwicklung. — Der Kapitalismus auf der Höhe seiner Entwicklung. — Imperialismus, Kolonialpolitik, Rüstungen, Weltpolitik. — „Kriegssozialismus“. — Der Sozialismus als Ziel der Arbeiterbewegung. — Der Bund zwischen Wissenschaft und Arbeit. — Die proletarischen Kampfmittel.
 Acht Abende. Vortragender: Ernst Däumig.
II. Donnerstag: Vom Leben der Tiere.
 Tier und Pflanze; Unterschied und gegenseitige Abhängigkeit. — Die Abhängigkeit der Tiere von Umgebung, Wärme und Licht. — Der Stoffwechsel der Tiere. — Bewegung der Tiere. — Sinnesleben der Tiere. — Fortpflanzung der Tiere. — Schutz und Trutz in der Tierwelt. — Gegenseitige Hilfe in der Tierwelt.
 Acht Abende. Der Beginn wird noch im „Vorwärts“ bekanntgegeben.
 Vortragende: Käthe Duncker.
III. Sonnabend: Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis zum Ausbruch des Weltkrieges.
 Der Kursus wird den Entwicklungsgang der Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes bis zum 4. August des Jahres 1914 behandeln.
 Acht Abende. Erster Vortrag am Sonnabend, den 21. Oktober 1916.
 Vortragender: Eduard Bernstein.

b) Sonntagsveranstaltungen.
I. Die Blütezeit der deutschen Kunst.
 (Lichtbildvorträge aus dem Gebiete der darstellenden Kunst).
Vierter Vortrag: Sonntag, den 22. Oktober: Die deutsche Frührenaissance in ihrem Verhältnis zu Italien.
 Vortragender ist Herr Dr. B e r n o u l l i von den Kgl. Museen in Berlin. Die Vorträge werden durch eigene Lichtbilder des Vortragenden erläutert und berücksichtigen besonders die Kunstwerke im Kaiser-Friedrich-Museum.
II. Dichter des freien Menschentums.
 (Vorträge aus dem Gebiete der Dichtkunst).
Erster Vortrag: Sonntag, den 29. Oktober: Lord Byron.
Zweiter Vortrag: Sonntag, den 5. November: Shelley.
Dritter Vortrag: Sonntag, den 12. November: Konrad Ferdinand Meyer.
Vierter Vortrag: Sonntag, den 9. November: Gottfried Keller
 Vortragender: Heinrich Ströbel.
III. Übungen im Musikhören.
 (Vorträge aus dem Gebiete der Musik).
Erster Vortrag: Sonntag, den 23. November: Sinnliches und seelisches Hören. „Genuss“ und „Ausdruck“ durch Musik. Verständnis durch aktive „Einfühlung“. (Mit Beispielen am Klavier).
Zweiter Vortrag: Sonntag, den 3. Dezember: Musikalische „Formen“. Das Wesen der einfachen und der zusammengesetzten Form. Motiv — Periode — Thema. (Mit Beispielen am Klavier).
Dritter Vortrag: Sonntag, den 10. Dezember: Die Form im Zusammenwirken der Musik mit der Poesie, Lied, Melodrama. (Mit Gesangs- und melodramatischen Beispielen).
Vierter Vortrag: Sonntag, den 17. Dezember: Die Musik als „Sprache“. Die Träger und Vermittler des musikalischen Ausdrucks. Außerliches und innerliches Verständnis. Programmmusik und absolute Musik. Das „Schöne“, das „Häßliche“, das „Tragische“, das „Komische“, das „Erhabene“, das „Anmutige“, das „Gewöhnliche“ in der Musik. „Ziele“ der Kunst. (Mit Violin-, Gesangs- und Klavierbeispielen).
 Vortragender: Leo Kestenberg.

Alle Vorträge und Kurse finden im Hörsaal, Lindenstraße 3, IV. Hof, rechts 3 Treppen statt.
 Das Unterrichtsgeld beträgt für jeden acht Vorträge umfassenden Kursus 0,50 M. Es ist spätestens am zweiten Vortragsabend zu entrichten. Die Anmeldungen erfolgen nur im Schullokal Lindenstr. 3, IV. Hof, rechts 3 Tr., am ersten Unterrichtstage. Arbeitslose haben unentgeltlich Zutritt. Die Vorträge beginnen an den Wochentagen stets um 8 1/2 Uhr abends. Schluß gegen 10 Uhr. — Die Sonntagsveranstaltungen beginnen 7 1/2 Uhr abends. Der Eintrittspreis für die letzteren beträgt 10 Pf. pro Abend.

Pelzwaren
 eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schickten Modellen. Kürschner-Itzig, Kantstr. 50 im Hause der Post.

Ortskrankenkasse
 für die Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter in Berlin.
Bekanntmachung
 betreffend die Erlassnahmen der Vertreter und Erfahrmänner zum Ausschuss.
 Auf Grund des § 69 der Satzung sind für die Wahlperiode vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1917 von den Beschäftigten nach näherer Vorprüfung der Wahlordnung 20 Vertreter und 20 Erfahrmänner aus ihrer Mitte zu wählen. Wahlberechtigt sind volljährige Berufstätige, welche der Kasse angehören. Wählbar sind nur volljährige Deutsche.
 Die Wahl findet statt am **Wittwoch, den 29. November 1916**, in der Zeit von 3 bis 8 Uhr nachmittags, im **Gewerkschaftshaus**, Engelstr. 13. Jeder Wähler, welcher an der Wahl teilnehmen will, erhält auf sein Verlangen an dem dem Wahltag vorangehenden 14 Tagen nachmittags von 4 bis 7 Uhr im Kassenlokal eine Wahlkarte ausgehändigt, die am Wahltag als Ausweis über seine Wahl- und Stimmberechtigung dient und welche er dem Wahlausschuss vorzuweisen hat. Wähler, die nicht im Besitz einer Wahlkarte sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer förmlichen Mitteilung des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen können. Freiwillige Mitglieder legitimieren. Der Wahlausschuss am Tage der Wahl ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.
 Die Wähler können die Arbeitgeber- und Mitgliederzeitschriften während der Zeit vom 18. Oktober bis 31. Oktober nachmittags 2—4 Uhr im Kassenlokal einsehen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Karte aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederzeitschriften ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermehrung des Wahlausschusses spätestens bis 1. November unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Kassenlokal vorzubringen.
 Der Wahlausschuss des Vorstandes, dessen Aufstellung der Vorstand nach § 7 der Wahlordnung beschließt, ist, liegt in der Zeit vom 24. Oktober bis 31. Oktober im Kassenlokal zur Einsicht aus.
 Sie fordern nunmehr die Wähler (Beschäftigte) auf, bis spätestens den 31. Oktober Wahlorbträge bei dem Kassenlokal einzureichen. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlorbträge gebunden. Die Wahlorbträge müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen 30 Stimmen unterzeichnet sein.
 Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnung zu bezeichnen. Bei Berufstätigen ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit dem Wahlorbtrag ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist.
 In jedem Wahlorbtrag ist ferner ein Vertreter des Wahlorbtrages und ein Stellvertreter zu bezeichnen. In dies unterzeichneten, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter und soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als Stellvertreter. Der Wahlorbtragsvertreter ist befugt, dem Vorstande die zur Beilegung etwaiger Anträge erforderlichen Erklärungen abzugeben. Die Wahlorbträge sind unanfällig, wenn sie verbriefet eingereicht werden. Die zugelassenen Wahlorbträge liegen 14 Tage vor der Wahl im Kassenlokal aus und können von den Wählern in der Zeit von 2—4 Uhr nachmittags eingesehen werden.
 Berlin, den 17. Oktober 1916.
G. Noack, Vorsitzender.
S. Zinte, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
 der **Buchbinder**
 u. verwandten Gewerbe in Berlin, Stralauer Str. 7/9.
Bekanntmachung.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Ausschlußliste vom 20. Juli 1916 beschlossene Abänderung der §§ 22, 29 und 32 der Satzung die Genehmigung des königlichen Oberverwaltungsamtes erhalten hat und mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft tritt.
 271/1
Der Vorstand.
Fr. Kesso, Hermann Rhauda, Schriftführer, Vorsitzender.
 Druckexemplare der 2. Abänderung der Satzung können im Kassenlokal in Empfang genommen werden.

Orts-Krankenkasse
 der **Mechaniker, Optiker**
 und verw. Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
 Die in der Ausschlußliste vom 17. April 1916 beschlossene 2. Abänderung der Satzung betreffend die §§ 18 (Stufeneinteilung der Mitglieder) und 72 hat am 10. Oktober d. J. die Genehmigung des königlichen Oberverwaltungsamtes erhalten und tritt mit dieser Veröffentlichung in Kraft.
 271/2
 Druckexemplare der Abänderung sind im Kassenlokal abzugeben.
 Berlin, den 14. Oktober 1916.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.
Rat G. Müller, Vorsitzender.

Ein wirtschaftlicher Aufschwung
 unseres Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten öffentlichen Lebens steht bevor und unzählige Stellen werden neu zu schaffen sein. Es werden daher überall
geprüfte und geschulte Kräfte gesucht
 sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eins vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustia“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch
Bonnes & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.

Lombard-Haus
 H. Graf, Leipzigerstr. 75 II
 Volle normale Belohnung
 Diskretion, Realität
 Gelegenheitskäufe
 Uhren
 Brillanten
 Schmucksachen
 10—50% unter Ladenpreis.
 Zentrum 1087

J. Baer,
 Badstr. 28. Ecke
 Prinzen-Allee
 Herren- und Knaben-
 Modes, Berufskleidung,
 Eleg. Paletots, Ustern,
 Joppen. Gr. Stofflager
 z. eleg. Maßanfertigung
 Billigste, feste Preise

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
 Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
 Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebenen.
 Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Trotz Warenknappheit
 sind meine Läger für Artikel ohne Bezugsschein wie Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Steppdecken, Tisch- u. Diwanddecken etc. noch reich sortiert!!
Viele dieser Artikel zu alten Preisen!!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin-Süd. Seit 1882
 nur Oranienstr. 158.
 „Vorwärts“-Lesern 5% Rabatt.

Central-Haus Jägerstr. 13
 Conc. Leihhaus.

Altbekanntes Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmuckwaren.
 Täglicher Verkauf von Kavalieren wenig getragener Jackott-Rock-, Frack-Anzüge, Paletots und Ustern, auffallend billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, in erstklassiger Verarbeitung und Güte, auffallend billig. Große Auswahl in Damen-Kleidern, Kostümen, Ustern und Mänteln.
Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzröcken, Muffen, Alaskafuchs, Skunks, Nerz, Seal, Harter u. a. Herren-Gehelpen. Extra-Angebot in Lombard gewasener Brillanten, Uhren und Schmuckwaren zu sehr billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra.

**Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!**

Am 25. September fiel der 36 jährige Krankenschwestern-Angestellte
Richard Schöbel
Möckermünder Str. 14, 6. Wkt., Bez. 570.

Im Kampfe fiel der 27 jährige Arbeiter
Otto Voit
Kasteler Str. 27, 14. Wkt., Bez. 693.

229/2 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 5. Oktober starb im Lazarett der Arbeiter
Gustav Ulbrich
Grenzschloßstr. 19, 21. Bezirk.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 20. September 1916 durch
Granatschuh mein innigstgeliebter
Mann, der bergensgute Vater
unseres einzigen Kindes, Bruder,
Schwager und Onkel

Paul Kunge
Marine-Inf.-Rgt. Nr. 3,
im 30. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerz
Frau Minna Kunge
nebst Sohn Kurt.

Mit der Sehnsucht im Herzen
nach seinem Lieben, mit der Sehnsucht
im Herzen ist er geliebt,
tief betrauert und beweint von
seinen Lieben. 114/1

Fabrik und Lager
fertiger Pelzwaren

Jeder Art, von den ein-
fachsten bis zu den ele-
gantesten. Tausende Sachen
auf Lager. Auch Einzel-
verkauf zu billigen Preisen.
Garantiert streng reelle Ware.

Sonntags geöffnet.

Ferdinand Kalman
Kürschner-Meister
nur Kommandantenstr. 15, I. E.
Köln Lad. Gegenüb. Beuthstr.
Tel.: Zentr. 267. — Gegr. 1894.

**Verein f. Frauen u. Mädchen
der Arbeiterklasse.**

Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen
Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97:

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag des Hrn. Dr. Bogdanoff über: Kleinkinder-
fürsorge. 2. Erörterung wichtiger Angelegenheiten.

Der Vorstand.

Freie Volksbühne

Generalversammlung

Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Saal 1).

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Revisoren.
3. Diskussion. 155/4
4. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Revi-
soren, der Verwaltung und Ordnerschaft.

Die Mitgliedskarte ist an der Kontrolle vorzuzeigen.

Der Vorstand: In Vert.: G. Winkler.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse
der Metallarbeiter.**

B. a. G. Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen der Filialen

Filialen: Linden Hall:

Berlin 1: Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, Belle-
Alliancestr. 67, bei Hermann.

Berlin 3: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Reichen-
berger Str. 154, bei Kayser.

Berlin 5: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, Räder-
straße 7, bei Thiel.

Berlin 10: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 9 Uhr, Stephan-
straße 11, bei Haber.

Lichtenberg II: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 9 Uhr,
Alt-Bogdanie 56, bei Blume.

Neukölln: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
Hermannstraße 70, bei Bartsch (Heiner Saal).

Rosenthal: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Weing-
heimstr. 7, bei Hensch.

Tempelhof: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
Marionordl. Chaussee 27, bei Benschel.

Tegel: Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Schiller-
straße 80, bei Correr.

In allen Versammlungen:
Kassenbericht vom 3. Quartal 1916.

123/11 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Finienstr. 83-85

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Die
**Vertrauensmänner-Konferenz
der Schraubendreher**

am Donnerstag, den 19. Oktober, fällt aus. 124/2

11. Männer-Abt. des Turnvereins „Fichte“

Am 7. Oktober fand die
Wieder-Eröffnung der II. Jugend-Abteilung
in der Turnhalle der Gemeindefabrik Bergmannstr. 28/29 statt.
Diese Abteilung turnt nun jeden Mittwoch und Sonnabend
von 8-10 Uhr abends. 185/20

Alle Jugendlichen, Freunde und Gönner unserer freien und edlen
Turnsportart laden wir zu eifriger Mitarbeit ein.
Monatsbeitrag 20 Pf., Eintrittsgeld 10 Pf.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannter Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Spl., 3014.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/11-2
u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 43 Seiten starke Broschüre gratis und post-
frei in verschlossenem Kuvert.

I. Geschlechtskrankheiten,
Harnleiden, Schwäche,
Ehrlich-Hata-Kuren, Blut-
und Harn-Untersuchungen.

Institute:

JLSE
Brikett

Die Brikettproduktion

betrug im Jahre	1885	21 500 t
" "	1895	67 000 t
" "	1905	693 500 t
" "	1915	1 932 300 t

CARDINAL

ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX

RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Genossenschaft Berliner Bandagisten

E. G. m. b. H. 104/3

SO 16, Köpenicker Straße 98b (zwischen Neander- u.
Neue Jakobstraße).

Gegründet am 1. Juli 1907 von organisierten Badagisten.

Empfiehlt sich allen Arbeitern und Partei-
genossen zur Anfertigung von allen Arten
Bruchbandagen, Leibbinden, Plattschlingen,
Gerätheltern, künstlichen Gliedern, ortho-
pädischen Apparaten, Stützkorsetts, Suspensio-
nen, sowie Lager von sämtlichen Artikeln
zur Krankenpflege. Alle Arbeiten werden in
eigener Werkstatt ausgeführt.

Für Damen weibl. Bedienung.

Lieferant des Verbandes der Hausarztvereine, der
Krankenkassen Berlins und Vororts und der Konsum-
Genossenschaft Berlin und Umgegend (E. G. m. b. H.)

Wichtig für Damen! Wegen Einberufung!

Engros-Damen-Konfektionshaus

gibt jetzt im Einzelverkauf sehr preiswert ab:

Damen- u. Backfisch-Ulster, hochmodern verarbeitet,
Seiden-, Woll- u. Samt-Blusen, Riesen-Auswahl prima Qualität.
Schwarze Tuchmäntel, Kostüme, Röcke in allen
Größen.

Geöffnet von 9-1 u. 3-6 Uhr. **Mölkemarkt 7-S. 11.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Journalist
Ferdinand Helwig
am 4. Oktober an Herzlähmung
gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Monteur
Bruno Schmidt
am 1. Oktober an Unfall ge-
storben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Rajschenschloßler
Kurt Semler
am 5. Oktober an Herzlähmung
gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass folgende unserer
Kollegen gestorben sind:

Josef Bartoseh
Schmied, Bernau, am 28. Sep-
tember.

Ernst Bräunig
Metallarbeiter, Neukölln, Neuter-
straße 99, am 7. d. M.

Fritz Hoeck
Graveur, Jellstr. 6, am 8. d. M.

Martin Hölzl
Schlosser, am 13. d. M.

Julius Kopp
Maschinenlenker, am 10. d. M.,
an Lungenerkrankung.

Emma Mileher
Metallarbeiterin, Neukölln,
Schillerpromenade 30.

Adolf Müller
Klempner, Köplicher Str. 5, am
30. d. M.

Hugo Reschke
Dreher, Regel, Charlottenburger
Straße 1a, am 7. d. M.

Hermann Schüttke
Schmied, Nankesstr. 8, am 14. d. M.

Paul Szymanski
Schlosser, Weidenhagen, am 9. d. M.

Georg Urban
Schlosser, am 9. d. M., an Herzer-
leiden.

Max Wohlfahrt
Dreher, am 11. d. M.

Ehre ihrem Andenten!
124/1 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Zimmerer
Deutschlands.**

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 16.

Nachruf!

Den Berufsangehörigen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied
Karl Krause
verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!
254/30 Der Vorstand.

**Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse
für männl. Personen aller Berufe
Groß-Berlin.**

Nachruf.

Am 13. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Gastwirt
Otto Jaegler.

Ehre seinem Andenten!
287/5 Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Auto-
fahrer
Hermann Hoppe
vor der Firma Albatroswerke,
Johannisthal, am 5. Oktober im
Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!
68/14 Die Bezirksverwaltung.

Fern von der Heimat starb am
2. Oktober 1916 im Kriegslazarett
infolge tödlicher Krankheit nach
kurzem, schwerem Leiden unser
ältester Lieber Sohn, der Jung-
zeugenmechanikergast

Otto Ollenschläger

Ober-Matrose der Marine -
Kaufmännler-Abteilung,
im blühenden Alter von 24 Jahren.
Berlin SO, Euvystr. 4.

In tiefem Schmerz
Hilf. Ollenschläger und Frau.
Felix als Bruder.
Helene als Schwester nebst
Bräutigam.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
in den Kämpfen am 26. Sep-
tember 1916 durch Kopfschuss unser
lieber Sohn, Bruder, Schwager
und Onkel, der Musikleiter

Adolf Schröter

Inf.-Rgt. 20, 11. Komp.
im 20. Lebensjahre.

Die trauernden Eltern
Paul Schröter s. 3. Töffen
nebst Frau und Brüdern.
Paul Schröter s. 3. im Felde
nebst Frau und Sohn.
Walter Schröter,
Berlin O., Weidenweg 26.

**Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,**

Ind.: P. Gollatz
Marianenstr. 3. Tel. Npl. 10 303

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Möbel-
polierer
Wilhelm Liersch
Neukölln, Wainzer Str. 7,
im Alter von 44 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenten!

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Verputz-
arbeiter
Ernst Stiebert
Königsufer Str. 13,
im Alter von 43 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenten!

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tisch-
schneider
Friedrich Liese
im Alter von 65 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenten!
92/2 Die Ortsverwaltung.

12 Gläser-
Untersätze
mit Metallrand
95 Pf.

A. Jandorf & Co

100 Blatt gutes
Briefpapier
Quartformat,
geblickt
95 Pf.

Belle-Alliance-Strasse

Gr. Frankfurter Strasse

Brunnen-Strasse

Kottbuser Damm

Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

10
Abendbroteller
95 Pf.

1 Haussegen
Brandmalerei-
Nachahmung,
etwa 67x33 cm
95 Pf.

4
Speiseteller
Emaille
95 Pf.

4 Postkarten-
rahmen
Holz
95 Pf.

5
Bierbecher
mit Goldrand
95 Pf.

1 Schulfmappe
für Knaben
oder Mädchen
95 Pf.

Steingut
5 Speiseteller mit Goldrand und Linie 95
6 Abendbroteller m. Goldrand und Linie 95
1 Heringskasten mit Deckel und Schrift 95 Pf.
1 Salz- od. Mehlreste mit Aufschrift 95

8 Kaffeetassen 95
grosse Form
6 Kaffeebecher
höflich dekoriert.. 95 Pf.
1 Blumenkübel
majolikaartig 95

5 Gemüseschüsseln gerippte Form, Salz 95
1 Waschgarniturkanne } zus.
1 Nachtgeschirr } 95
1 Waschgarniturschüssel } zus.
1 Seifenschale } 95

2 Vorratstonnen viereck. Form, mit Delfidekor 95
6 Gewürzttöpchen viereck. Form, mit Delfidekor 95
2 Essig- oder Oelflaschen viereckige Form, m. Delfidekor 95 Pf.

Wirtschafts-Artikel
1 Ringständer } zusammen
1 Feuerhaken } 95 Pf.
2 Paar Bestecke 95 Pf.

1 Sand-Seife-Soda-Garnitur 95
1 Garderobenleiste 95 Pf.

1 Kakesdose 95 Pf.
1 Tortenheber 95 Pf.
1 Backform .. 95 Pf.
1 Springform 95 Pf.
3 Küchenbretter 95
1 Briefkasten 95 Pf.

1 Petroleumkanne 2 Liter 95 Pf.
1 Putzkasten } zusammen
1 Wichskasten } 95 Pf.
1 Holztablett mit Einlage.. 95 Pf.
1 Waschständer 95 Pf.

1 Handtuchhalter 95 Pf.

Porzellan
6 Kuchenteller mit reicher Goldkante 95 Pf.
1 Suppenschüssel mit Deckel.. 95 Pf.
12 Kompotteller 95 Pf.
1 Teekanne 10 Tassen Inhalt, weiss 95 Pf.

1 Fleischplatte } zusammen
1 Tunkenschüssel ... } 95 Pf.
6 Speiseteller 95 Pf.
10 Abendbroteller 95 Pf.

4 Obstteller reich dekoriert 95 Pf.
1 Kuchenteller mit durchbrochenem Rand } zus.
10bstkorb reich dekoriert } 95
1 Obstschale reich dekoriert 95 Pf.

Papierwaren
1 Postkarten-Album mit reicher Deckelprägung für 400 Karten 95
1 Kasten für Erinnerungen, mit Stoffbezug und Druckverschluss 95 Pf.
4 grosse Rollen Toilettepapier .. 95 Pf.
1 Brieftasche mit Notizbuch und Geldscheintasche in festem Stoffeinband 95

Emalle 95
1 Petroleumkanne ... 95 Pf.
1 Deckelhalter 95 Pf.
1 Nachtgeschirr 95 Pf.
1 Waschsüssel dekoriert 95 Pf.
1 Kaffeekanne 95 Pf.
2 Küchenschüsseln 95 Pf.
1 Durchschlag weiss oder dekoriert... 95 Pf.
2 Kasserollen 95 Pf.

2 Nudelpfannen 95 Pf.
1 Schmortopf ohne Ring.. 95 Pf.
1 Fleischtopf 95
1 Milchtopf 95
1 Kasserolle 95 mit Ring ...

1 Bratpfanne 95 mit Stiel ...
1 Wasserkanne konisch .. 95 Pf.

Galanterie 95
1 Markttasche etwa 33 cm 95 Pf.
1 Bild in schönem Rahmen, etwa 64x26 cm 95 Pf.
1 moderne Haarspange hell- oder weissfarbig 95
1 Wandspiegel mit braunem oder weisssem Rahmen, etwa 40x26 cm... 95 Pf.

3
Glühstrümpfe
für Strohlicht
95 Pf.

1 grosse Flasche
Birkenkopf-
wasser
95 Pf.

1
Waschsüssel
mit Seifnapf
Emaille
95 Pf.

1 grosse Flasche
Bay-Rum
95 Pf.

1
Glanzbürste
95 Pf.

1
Besteckkasten
95 Pf.

Oskar Wollburg
Berlin N, Brunnenstr. 56 u. 57
Konfektionshaus
für Damen- u. Mädchen-Bekleidung,
Neuheiten für Herbst u. Winter.
Wie stets zuvor findet man bei mir auch jetzt noch größte Auswahl in Freiware, die ohne Bezugschein verkauft wird. Es bietet sich daher beste Gelegenheit, seinen Bedarf zu erheblich billigen Preisen zu decken.
Kostüme das Eleganteste f. d. Herbst 44,- 59,- 78,-
Paletots neue frische Formen 19,75 28,- 39,-
Grosse Abteilung für Trauer-Bekleidung:
Frauenmäntel schwarz u. farbig, in ent- 36,- 49,- 65,-
Blusen u. Röcke aus Samt, Seide, Wolle etc. in den modernsten Ausführungen 7,50 10,75 15,-
Kinder- u. Mädchen-Mäntel aus Samt, Plüsch u. a. Stoffen sehr preiswert.
Ausserdem bietet sich besondere Kaufgelegenheit in **Plüsch-Samt-, Breitschwanz-Paletots u. Mänteln.**

Fordern Sie
beim Einkauf von Karmelitergeist
in den Apotheken und Drogerien stets
ausdrücklich Carmol
Carmol tut wohl.
Ist Carmol in der von Ihnen in Anspruch genommenen Verkaufsstelle nicht zu haben und wird Besorgung abgelehnt, so wenden Sie sich bitte an uns, wir veranlassen dann, daß Sie Gewünschtes erhalten.
Carmol-Fabrik, Rheinsberg, Mark.

Gegründet 1876

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!

Zigaretten
1,8 Pf. 1a 1000 Stück M. 12,00 u. 14,-
3 " 1b 1000 " " 18,75 " 20,-
4,2 " 1c 1000 " " 24,- " 27,-
6,2 " 1d 1000 " " 35,- " 46,-
Zigarillos
100 Stück von Mark 4,20 an.
Zigaren
100 Stück von Mark 7,50 bis 25,-
Garantiert ff. Qualität.
Zigarettenfabriklager D. Haltrecht
Frankfurter Allee 78, a. d. Jungstr.
Warschauer Str. 7, a. d. Boxhag. Str.
Versand: Boxhag. Chaussee 19, II. Et.
Telephon: Amt Alexander 900.

Monatsgarderobenhaus
M. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Moritzplatz,
offeriert in großer Auswahl Jacketts, Rodanzüge, Paletots, Hüter, teils auf Seide, von Kavaliereu kurze Zeit getragen (auch für forpultente Figuren), zu billigen Preisen. Abteilung II. **Erfas für Mah:** Durch vorteilhaftem Einkauf eines erstklassigen Warenlagers offeriere ich elegante neue Jacketts, Rod., Smoking-Anzüge, Paletots, Hüter trotz großer Preissteigerung für nur 25-75 Mark. Große Auswahl bezugsgeldfreier Waren.

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten C. 1 an die Expedition des "Vorwärts".
Keine Kassierer. Grösste Kulanz.


Kaiser-Brikett
zündet leicht an und erspart viel teures Holz!

Der Kindesmord in den „Rauhen Bergen“.

Der Steglitzer Kindesmord beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht II. Die verwitwete Arbeiterin Ida Wiemann geb. Keef ist angeklagt, am 23. März dieses Jahres in den Rauhen Bergen bei Steglitz ihre siebenjährige Tochter Irma ermordet und die Leiche vergraben zu haben. Da die Verhandlung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, werden zwei Ersatzeidgenossen ausgelost.

Das kleine Mädchen war früher bei der Großmutter untergebracht, als aber der Ehemann Wiemann zum Meer eingezogen wurde, zog die Großmutter mit dem Kinde zu der Angeklagten. Seit dem 24. März war das Mädchen vergraben, und es verdächtete sich immer mehr der Verdacht, daß die Mutter das Kind beseitigt habe. Als sie verhaftet worden war, hatte die Angeklagte zunächst eingeräumt, das Kind in den Teltowkanal geworfen zu haben. Dieses Geständnis hatte sie aber dann widerrufen und behauptet, das Mädchen sei aus Unachtsamkeit in die Kläranlage des Kanals gefallen und dort ertrunken. Zwei volle Tage wurde darauf der Kanal und das Klärbecken abgesehen, jedoch vergebens. Da wurde bekannt, daß ein Steglitzer Kaufmann in den sogenannten Rauhen Bergen am 23. März in der achten Abendstunde eine Frau beobachtet habe, welche mit einem Kinde zwischen den von den Gardeschützen hergestellten Liebungsschützengräben hin und her gegangen und schließlich allein wieder fortgegangen sei. Nun wurde dieser Spur nachgegangen, und an dem Schützengraben in den Rauhen Bergen wurde eine Ausgrabung veranstaltet, bei der dann die Leiche der kleinen Irma zutage gefördert wurde. Spuren äußerer Gewalt waren an der Leiche nicht zu finden. Der Tod ist durch Ersticken erfolgt, und die Angeklagte wird beschuldigt, dem Kinde ein Tuch so fest vor den Mund gepreßt zu haben, bis es die Bestimmung verlor und dann eingescharrt zu haben.

In der Verhandlung gibt die nicht vorbestrafte, 22 Jahre alte Angeklagte auf Befragen an: Sie sei seit fünf Jahren mit dem im Feldzuge im Osten gefallenen Arbeiter Albert Wiemann verheiratet und habe mit diesem zwei Kinder, das jetzt vierjährige Bieschen und den zweijährigen Rag erzeugt. Außerdem hatte sie noch eine vorerlebte Tochter, die siebenjährige Irma geistlich. Sie bekennt sich der ihr zur Last gelegten Tat schuldig. — Vors.: Wollen Sie in jeder Beziehung ein Geständnis ablegen? — Angekl.: (unter Weinen): Ich weiß nicht, was ich gemacht habe. — Die Angeklagte gibt zu, ihre Tochter Irma geistlich zu haben, behauptet aber, nicht zu wissen, an welchem Tage dies geschehen und wie sie zu der Tat gekommen ist. Sie will überhaupt alles vergessen haben; sie wisse nicht, was sie gemacht und was sie dem Untersuchungsrichter gesagt habe. Sie sei krank gewesen und leide fortgesetzt an starken Kopfschmerzen. Sie hat, wie sie auf Befragen weiter bekundet, sich damit ernährt, daß sie Milch austrug und eine Aufwartestelle verschaffte. Die Versorgung der Kinder lag inzwischen ihrer bei ihr wohnenden Mutter ob. Sie will in großer Not gewesen sein und nicht mehr gewußt haben, wie sie sich und die Kinder durchs Leben bringen solle. Am 23. März sei sie wieder von Sorgen schwer bedrückt gewesen und habe nicht mehr aus sich gekommen. Sie habe sich bemüht, Geld zu besorgen, es sei ihr aber nicht gelungen und sie sei ganz hofflos durch die Straßen geirrt. Ihre Tochter Irma habe sie dann ausgeschickt, um für verschlungenen Brot besorgen zu bekommen. Sie sei hinterher gegangen und habe die Irma an der Ecke der Flora- und Holfsteinstraße getroffen. — Auf Vorhalt des Vorsitzenden erklärt die Angeklagte immer wieder, daß sie nicht wisse, was an jenem Tage weiter mit ihr vorgegangen und wohin sie mit dem Kinde überall hingegangen sei. Sie weiß nur, daß sie an den Teltowkanal gekommen sei. Da habe sie dem Kinde gesagt: „Ich weiß mir keinen Rat mehr, ich will aus dem Leben scheiden, mir wollen der Tod ein Ende machen!“ Die Irma habe sich darauf gesetzt: „Na, Mutter, wenn es denn sein muß, dann will ich in das Wasser gehen.“ Was sonst noch alles gesprochen worden, wisse sie nicht. — Vors.: Ich denke, Sie haben der Irma einen Stoß gegeben, daß sie hineinstürzen sollte? — Angekl.: Ja, ich habe ihr einen Stoß gegeben. Ich weiß nicht, wohin ich dann mit dem Kinde gekommen bin. — Vors.: Sie wissen auch nicht, wie Sie nach den Rauhen Bergen gekommen sind? — Angekl.: (immer weinend): Nein, das weiß ich nicht. — Vors.: Nun, Sie müssen doch wohl die Gegend kennen, denn Sie sind doch schon früher einmal dagewesen. Wir kommen auf die Flasche mit Salzsäure noch zurück. Es ist ein unbedeutendes Land, mit Sandhügeln und von Schützengräben durchzogen. Sie wissen vielleicht nur nicht, daß das Gelände die „Rauhen Berge“ genannt wird. Was dort geschehen ist, wollen Sie nicht mehr wissen? — Angekl.: Wie ich das Kind geistlich habe, weiß ich nicht, wie ich das gemacht habe. — Der Vorsitzende hält der Angeklagten ihre früheren auf der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben vor. — Angekl.: Ich weiß nicht, was ich gesagt habe. — Vors.: Die Tat selbst ist Ihnen ganz aus dem Gedächtnis geschwunden? — Angekl.: (auf wiederholte Vorhaltungen): Ich weiß von nichts. Ich weiß nicht, wie ich wieder nach Hause gekommen bin, was ich nachher den einzelnen Personen gesagt habe. — Vors.: Haben Sie denn nach der Tat nicht an Ihre anderen Kinder und daran gedacht, was aus diesen werden sollte? — Die Angeklagte erklärt hierzu unter Tränenströmen, daß sie die Absicht gehabt habe, sich und die Kinder durch Öffnen der Gasbühnen und Ausströmen von Gas zu töten, aber ihre Mutter habe wohl geahnt, welche böse Gedanken sie gehabt und deshalb eifrig aufgepaßt. — Vors.: Haben Sie denn die Irma lieb gehabt? — Angekl.: Ja, ebenso wie die übrigen Kinder. — Vors.: Das soll aber nicht der Fall gewesen sein! Sie sollen die Irma recht lieblos behandelt und die anderen Kinder stets beborgnet haben. Die Angeklagte bestreitet dies. — Auf die fortgesetzte Verwahrung der Angeklagten, daß sie in der größten Not sich befunden und nicht mehr aus sich gekommen sei, stellt der Vorsitzende fest, daß sie selbst 20 M. und für die drei Kinder zusammen 45 M. Kriegsunterstützung erhalten und durch das Milchkauftragen und durch die Aufwartestellen etwas verdient habe und auch noch Vermönde besitze, die im Notfall hätten einspringen können.

Bei der Ausgrabung der Leiche ist eine Flasche mit Salzsäure gefunden worden, über deren Geschichte die Angeklagte etwas sonstige Angaben macht. Sie erzählt von einer Flasche mit Salzsäure, die sie sich angeeignet habe, um auf der Aufwartestelle Reinigungsarbeiten vorzunehmen, dann wieder von einer Flasche, die sie bewahrt habe, weil sie sich habe vergiften wollen, eine Flasche mit grüner Flüssigkeit habe sie unter ihrem Bett zu stecken gehabt und sie auf dem Felde begraben, damit nicht die Kinder gefährdet würden. Schließlich erklärt sie, daß sie die aufgefundenen Flasche dort hin gebracht habe, aber nicht wisse, wie das geschehen ist.

Beweisaufnahme

bekundete der Kriminalinspektor Hoffmann-Steglich, daß die Mutter der Angeklagten zuerst die Anzeige von dem Verschwinden der Irma erstattet und den Verdacht ausgesprochen hat, daß die Angeklagte dem Kinde ein Tuch angehan haben könnte. Die Mutter hatte schon wiederholt die Absicht geäußert, zur Polizei zu laufen, doch hat sie die Angeklagte durch allerlei Redensarten immer wieder davon abzuhalten gewußt. Als die Angeklagte verhaftet worden war, hat sie nach längerem Zeugnis

schließlich erklärt, sie habe das Kind in den Teltowkanal gestürzt. Sie hat dann den Beamten, wie dieser bekundete, irreführt und sogar die Stelle genau bezeichnet, wo das Kind in das Wasser gefallen sein sollte. Zwei volle Tage wurde der Kanal und das Klärbecken abgesehen, die Angeklagte hat sich permanent weiter bemüht, den Zeugen irre zu führen. Der Zufall kam dann der Polizei zu Hilfe. Es wurde bekannt, daß ein Kaufmann in der Nähe des Steglitzer Wasserturms am 23. März abends eine Frau mit einem Kinde auf dem Gelände der „Rauhen Berge“ gesehen und wahrgenommen habe, daß die Frau ohne das Kind wieder zurückkam. Es sei auch ein herrenloser Spaten, auf dessen Stiel ein W eingetrieben sei, über das Gitter seines Gartens geworfen worden. Die Nachforschungen nach diesem Spaten haben dann zu der Klärung der ganzen Sachlage geführt. Wenn nicht dieser Zufall mitgespielt hätte, würde vielleicht noch heute über dem Schicksal des Kindes ein Dunkel lagern. Als an dem Tatort die Raugrubungen begannen, machten die ersten Spatenstiche gleich einen Teil der Leiche sichtbar. Als die Angeklagte, die an die herausgegrabene Leiche geführt worden war, gefragt wurde, welche Ursache sie zur Tötung des Kindes gebracht habe, erklärte sie: sie sei in großer Not gewesen und könnte das Kind, das gebrechlich und krank gewesen, nicht mehr ernähren. — Vors.: Angeklagte, Sie haben dem Zeugen mit dreifacher Stirn die unwahre Geschichte von dem Manne erzählt, der angeblich das Kind mit sich genommen haben sollte; das müssen Sie doch in vollem Bewußtsein gesagt haben! — Angekl.: Ich bin mir nicht bewußt, was ich dem Zeugen gesagt habe; hätte ich gewußt, wo mein Kind geblieben war, so hätte ich es ihm sicher gesagt. — Vors.: Sie haben auch genau gewußt, daß das Kind nicht in das Wasser gestürzt war und sind doch erst immer dabei geblieben. — Angekl.: Ich weiß nicht; ich kann dazu nichts sagen. Wenn ich das getan hätte, was mir zur Last gelegt wird, dann hätte ich sicher meiner Mutter gesagt, daß mir ein furchtbares Unglück passiert sei.

Nach der Befragung des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Dr. Rudolph blieb die Angeklagte als das Kind schon — ohne daß sie es wußte — ausgegraben war, noch immer beharrlich dabei, daß sie die Tochter ins Wasser gestürzt habe. Die Angeklagte war bei der Befragung der Leiche völlig apathisch und antwortete auf die Frage, ob sie das Kind geistlich: „Ja, ich habe es aus bitterster Not getan.“ Sie bekundete auf Befragen weiter: sie habe dem Kinde die Hand vor Mund und Nase gehalten und es erstickt, und als sie glaubte, daß das Kind beunruhigt geworden, habe sie ihm noch einen Schlag mit dem Pantoffel auf dem Kopf gegeben und es dann eingescharrt. Die Frage, ob sie das Kind lebendig verscharrt habe, hat die Angeklagte in Abrede gestellt. — Nach dem Zeugnis einiger anderer Gerichtsbeamten hat die Angeklagte ihre ersten sogenannten Geständnisse, wonach sie das Kind in den Kanal gestürzt habe, ohne jede Erregung abgelegt und ist auch bei weiteren Vernehmungen apathisch und von unnatürlicher Ruhe gewesen. — Der Zeuge Abteilungsleiter Röhling-Südenbe hat am 23. März eine Frau mit einem Kinde bemerkt, die auf dem schneebedeckten hügeligen Gelände zwischen den Liebungsschützengräben hin und her gegangen ist. Die Frau ist nach kurzer Zeit allein zurückgekehrt und da sie einen schweren Gegenstand in den Garten warf, der sich später als ein Spaten erwies, schloß der Zeuge Verdacht und verfolgte mit einem Hausbewohner die im Schnee deutlichen Spuren zweier Personen bis zu einer Stelle. Er grub dort sogar mit einem Spaten in die Erde hinein, ohne an dieser Stelle etwas Verdächtiges zu finden. Von dort führte die Fußspur einer Person bis zu der Stelle, von wo der Spaten in den Garten geworfen ist, und die Spur wendete sich dann nach der Bergstraße zu. Es können nur fünf bis zehn Minuten verstrichen sein, als die Frau schon allein, ohne das Kind, zurückkehrte. — Ähnlich äußerte sich die Ehefrau Röhling. Bevor die Frau mit dem Kinde nach dem Schützengraben zugeht, hat sie sich umgesehen. — Der Zeuge Kaufmann Dohrmann hat mit Herrn Röhling zusammen die Verfolgung der Fußspuren angenommen und an der Stelle, wo das Erdreich etwas gelockert schien, ziemlich tief mit dem im Garten vorgefundenen Spaten hineingegraben. Die vollständige Dunkelheit, die nach und nach sich verbreitete, beschloß dann die Tätigkeit der beiden Männer. Es sei dann der Polizei telephonisch Mitteilung gemacht worden. Auf Vorhalt des Staatsanwalts Daminik erklärte es der Zeuge Dohrmann für ganz unmöglich, daß eine einzelne Person in so kurzer Zeit ein so tiefes Loch herstellen kann wie das, in welchem die Leiche gelegen hat. — Eine Zeugin, die Portnerin Dörbraed, hat die kleine Irma am 23. März weggehen sehen und von ihr gehört, daß sie zum Väter nach Brot gehen. Unmittelbar darauf sei die Angeklagte in derselben Richtung ihr nachgegangen. Nach der Wahrnehmung der Zeugin hatte die Angeklagte wieder einen Spaten in der Hand noch einen Fuß auf dem Kopf, während die Frau mit dem Kinde, die das Ehepaar Röhling auf dem Gelände beobachtet hat, einen Hut getragen haben soll. Die kleine Irma ist nach der Befragung der Zeugin artig, folgsam und bescheiden gewesen. — Die alte Mutter der Angeklagten, Frau Keef, machte von ihrem Recht, ihr Zeugnis zu verweigern, keinen Gebrauch. Nach ihrer Aussage hat ihre Tochter mehrfach über ihren Kopf geklagt. Auch sie weiß, daß die Angeklagte dem Kinde gleich nachgegangen ist, als sie dieses zum Väter nach Brot weggeschickt hatte, obwohl noch ein halbes Brot im Hause war und die Zeugin später noch eine volle Brotkarte im Vertilo vorgefunden hat. Als die Angeklagte ohne das Kind zurückkam — es war gegen 8 Uhr — ist nichts Auffälliges an ihr gewesen. Auf die Frage nach dem Kinde erklärte sie, daß sie über dessen Verbleib nichts wisse, worauf ihr die sehr beunruhigte Mutter gleich vorhielt, daß sie unbedingt wissen müsse, was aus dem Kinde geworden sei, da sie doch gleich hinter ihm hergegangen sei. Die Angeklagte habe dann, ohne große Erregung zu zeigen, erklärt, daß die Irma wohl „verschleppt“ sein müsse. Um so beunruhigter über das Ausbleiben des Kindes war die Großmutter, die das Haus verließ, um ihre Schwester aufzusuchen und nach dem Kinde zu suchen. Mit der Schwester ist sie dann zur Polizei gegangen und hat das Verschwinden des Kindes angemeldet. Als sie wieder nach Hause kam, war die Irma noch immer nicht da und als die Großmutter darüber jammerte, hat auch die Angeklagte jammert. Im übrigen ist während des ganzen Tages an der Angeklagten nichts Auffälliges zu bemerken gewesen. Ueber den Gesundheitszustand der Angeklagten bestätigt die Zeugin nur, daß ihre Tochter häufig über Kopfschmerzen geklagt habe und mehrfach krank gewesen sei. Als sie etwa 18 Jahre gewesen, habe sie einige Male Krämpfe gehabt. Von Weisheitszähnen in ihrer Familie weiß die Zeugin nichts, nur ihr Ehemann sei oft herumgelaufen „wie ein Verrückter“, er sei ein Überjahn durch und durch gewesen, habe auch getrunken und so habe sie sich vor etwa 26 Jahren von ihm scheiden lassen; was aus ihm geworden, wisse sie nicht. Nichtig sei es, daß es zu Hause bei der Angeklagten Knapp herging und daß die Angeklagte die Ehe rings um eine Uhr verließ, doch sei eine dringende Not nicht vorhanden gewesen. Die Angeklagte habe ihre Kinder, auch die Irma, gleich gut behandelt und es sei entschieden unwahr, daß sie die Irma mit Schiefertafeln auf den Kopf geschlagen habe. — Der Zeuge Polizeiwachmeister Grunewald gab eine genaue Beschreibung von der Lage der Leiche in der Sandhöhle und den begleitenden Umständen, als sie gefunden wurde. Die Höhle sei so groß gewesen, daß sie nicht in so kurzer Zeit, als die Angeklagte von Herrn Röhling gesehen worden sei, gegraben werden konnte. Sie muß wohl schon tags vorher gegraben worden sein. Spuren äußerer Verletzung waren an dem Kinde nicht festzustellen gewesen.

Nach Vernehmung noch einiger Zeugen wurde die Sitzung auf heute vertagt.

Aus Groß-Berlin.

Die neuen Gebäckpreise.

Am Montag, 16. Oktober, sind in Groß-Berlin die neuen Gebäckpreise in Kraft getreten. Danach kostet das 1900-Gramm-Roggenbrot 64 Pf., das 1000-Gramm-Roggenbrot 34 Pf. Die vereinigten Groß-Berliner Gemeinden sind bei dieser Preisfestsetzung davon ausgegangen, daß der Roggenbrotpreis, der sich während des Krieges weit über den Friedenspreis erhoben hatte, wogegen das Roggenbrot ungefähr auf der Höhe des Friedenspreises stehen geblieben war, wieder gesenkt werden müsse; denn in dieser Belastung gerade des stärker fättigenden und in erster Linie für die stark arbeitende Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittels sei eine sehr unerwünschte volkswirtschaftliche Erscheinung zu erblicken. Die Senkung des Roggenbrotpreises konnte aber nur auf Kosten des Weizenbrotes erfolgen, bei welchem demgemäß eine geringe Preissteigerung, nämlich um einen halben Pfennig für die Schrippe, vorgenommen worden ist. Entsprechende Preisverschiebungen ergaben sich als selbstverständliche Folge für das Roggenmehl und das Weizenmehl; sie betragen 18 Pf. für 1 Pfund Roggenmehl, 23 Pf. für das Pfund Weizenmehl und 34 Pf. für 1 Pfund Weizenanzugmehl.

Der Eierbezug.

Nachdem die Reichsverteilungsstelle für Eier bestimmt hat, daß für die Zeit vom 1. bis 22. Oktober nur zwei Eier auf den Kopf der Bevölkerung an die Verbraucher abgegeben werden dürfen, und nachdem für die beiden ersten Wochen je ein Ei auf den Kopf der Bevölkerung geliefert worden ist, kann in dieser Woche — vom 16. bis 22. Oktober — ein Ei nicht mehr gewährt werden. Damit nun mit dem Abschnitt 3 der Eierkarte ein Mißbrauch nicht getrieben werden kann, haben die Händler bei Entnahme eines Eies in der 4. Woche den Abschnitt 3 der Eierkarte abzunehmen und mit dem Abschnitt 4 zusammen an die zuständige Stelle abzugeben. Dies ist durch eine Bekanntmachung des Magistrats festgesetzt.

Da die Juteilung der Eier in der vorigen Woche — vom 9. bis 15. Oktober — an die Händler nicht durchweg hat erfolgen können, so wird die Gültigkeit des Abschnitts 2 der Eierkarte derjenigen Einwohner der Stadt Berlin, welche nicht beliefert worden sind, auf diese Woche ausgedehnt.

Die Süßstoffkarte.

Nach einer gestern veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats können die Abschnitte 10 und 11 der Süßstoffkarte eingelöst werden.

Die neue Süßstoffkarte, deren erster Abschnitt vom 26. Oktober ab eingelöst werden kann, wird bei Abgabe des letzten Abschnitts 11 der alten Süßstoffkarte bei dem Drogerien oder Süßstoff verteilenden Apotheken gegen das Mittelstück der alten Karte eingetauscht. Ferner ist der § 2 Abs. 1 der bisherigen Verordnung geändert worden. Es können danach auf jeden Abschnitt der neuen Süßstoffkarte 3 Orlischen Süßstoff H-Packung mit je 1/2 Gramm Inhalt, also zusammen 3/2 Gramm entnommen werden. Jedes Orlischen der H-Packung hat einen Süßwert von etwa einem Pfund Zucker und ist für den Preis von 25 Pf. zu kaufen.

Diejenigen Personen, welche noch nicht im Besitz einer Süßstoffkarte sind, können die neue Karte nur erhalten auf Grund eines an den Magistrat, Zuckerverorgungsstelle, mittels Postkarte eingereichten Antrages, welcher den Vermerk zu tragen hat „Betrifft Süßstoff“. Auf die bisherige Verordnung ist auch dabei abgeändert worden, daß auf jeden Abschnitt der Süßstoffkarte 6 (für Ostpreußen) entweder 5 G-Packungen oder 3 A-Packungen entnommen werden können.

Heringsverkauf.

In der nächsten Woche gelangen die von der Zentralkaufgesellschaft der Stadt Berlin zugewiesenen geringen Mengen Herings zum Verkauf. Der Verkaufspreis beträgt bis zu einer anderweitigen Festsetzung für diesen holländischen Hering für ein Stück höchstens 23 Pf., für zwei Stück höchstens 55 Pf. Mehr als sechs Heringe dürfen auf einmal nicht abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt ausschließlich an Berliner Einwohner gegen Vorlegung der für jeden Berliner Haushalt von der Protokommission ausgestellten allgemeinen Lebensmittelauweiskarte.

Eine Abwehr des Berliner Magistrats.

Eine Abwehr gegen die Angriffe einer Frau Diers veröffentlicht der Magistrat im letzten „Gemeindeblatt“, indem er schreibt:

Die im Westen Groß-Berlins wohnende Schriftstellerin Frau Marie Diers hat jüngst in einer hiesigen Zeitung in einem „Berlin“ überlieferten Artikel über das Verhalten der Bürgerin Groß-Berlins in den letzten Kriegsjahren Schmähworte gesprochen, die in den beiden Verurteilungen gipeln. In Berlin liebe man, als feim Krieg“ und „Berlin stehe auf der untersten Kulturstufe des Reiches“. Diese ganz ungeheuerliche Verdächtigungen der Berliner Bürgerin hat schon in einem großen Teil der Berliner Presse ihre gollwende frostvolle Zurückweisung erfahren, die des weitesten Widerspruches in der Bürgerin gewiß ist. Auch wir empfinden es als Pflicht, vor aller Öffentlichkeit in Stadt und Reich solche an einseitiger und oberflächlicher Beobachtung stehenden leichtfertigen Schmähungen abzuwehren.

Gibt es denn in Berlin nur die eine Frau, die eine Mutter, die sich sorgt und grämt um den Viehen, der da draußen für uns alle auf blutiger Wacht steht oder sein Leben fürs Vaterland schon hingegeben hat? Tragen nicht Hunderttausende von Frauen und Müttern, Vätern und Kindern das gleiche Angen und Leid? Wirtschaftliche Sorge und die Not des täglichen Lebens lassen auf weiten Schichten der Bevölkerung. Und auch die anderen alle sehen, läsen und fühlen doch täglich und stündlich die Gefahr des Vaterlandes, die Schrecken des Krieges, die Aufrechterhaltung unserer Leben. Wer darf sich da vermaßen, allen diesen Willkuren tiefes Empfinden und ernste Innerlichkeit abzuspüren und ihnen statt dessen Leichtfertigkeit und Gemütsucht in härtesten Worten vorzutwerfen?

Wer das wahre Bild Berlins sehen will, dem bietet sich allerwärts und zu jeder Zeit reiche Gelegenheiten, die sorgende und sich mühende, die emsig schaffende und in härterer Kriegsbereit treu ausdauernde Bevölkerung der Reichshauptstadt zu beobachten und zu erkennen.

Das ist das wahre Bild Berlins, das der Verfasserin jenes Artikels während der mehr als zweijährigen Kriegsdauer unsichtbar geblieben ist. Ein Bild, welches — das können wir mit Stolz vor aller Welt unserer Bürgerin bezeugen — als ein der großen Zeit würdiges angesprochen werden darf.

Auf diese Abwehr hat die Verfasserin des angegriffenen Artikels erklärt, daß sie nur gewisse Auswüchse habe kennzeichnen wollen, worauf wiederum der Magistrat mit Genugtuung schreibt, daß Frau Diers sich von ihren Vorwürfen allgemeiner Natur löst.

Die Stadtverordneten-Erwahl im 7. Gemeindebezirk der 3. Abteilung an Stelle des Genossen Alfred Bernstein ist auf Sonntag, den 29. Oktober von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr festgesetzt. In diesem Bezirk muß der zu Wählende Hausbesitzer sein. Da in diesem Jahre von einer Verichtigung und Auslegung der Wählerliste abgesehen worden

ist, sind alle die Wähler wahlberechtigt, die im Juli 1915 in der Wählerliste eingetragen waren. Die Wähler erhalten vom Wahlbureau Wahlkarten zugefleht, die wegen Verzug eine solche Karte nicht erhalten, müssen sich dieselben im Wahlbureau Stralauer Straße 44/45 I abholen.

Bei der Erziehung zur Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg im 6. Bezirk der 3. Abteilung, die am Montag vorgenommen wurde, wurde Genosse Hoyer gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Zur Hebung des Goldbestandes der Reichsbank haben sich allerorts Ehrenauslässe gebildet zur Förderung des Planes, möglichst viel im Privatbesitz befindliche Goldsachen und Juwelen anzukaufen und der Reichsbank zuzuführen. Auch in Berlin hat sich ein solcher Ehrenauslass gebildet. Es sind Goldverkaufsstellen eingerichtet worden, in denen die Goldsachen entgegengenommen werden. Die Goldsachen werden von Sachverständigen geschätzt, auch Juwelen, und es wird der Wert vergütet soweit es sich um Kunstwert handelt. Für goldene Uhrenketten werden außerdem solche aus Eisen gefertigten überreicht, die sehr gefällig hergestellt sind.

Verlängerung der Hundesperre.

Aus Anlaß zweier Tollwutfälle ist die Hundesperre bis zum 8. Januar verlängert und auch räumlich ausgedehnt worden. Sie erstreckt sich auf die Stadtkreise Charlottenburg, Berlin-Wilmersdorf und Berlin-Schöneberg sowie denjenigen Teil des Stadtkreises Berlin, der begrenzt wird im Norden durch die Hasenstr. das Säufer, die Heide, die Invalidenstr., den Platz vor dem Neuen Tore, die Hannoverstr., Elbasser Str., dem Rosenthaler Platz die Potsdamer, Prenzlauer Str. bzw. Allee und den Prenzlauer Berg, im Osten durch die Friedenstr. mit dem Landsberger Platz, die Fruchtstr. mit dem Küstener Platz, die Mühlen-, die Brommstr. und -Brücke, die Köpenicker, Manteuffelstr., das Kottbuser Ufer, die Kottbuser Brücke und die Gräfenstr., im Süden und Westen durch die Weichbildgrenze einschließlich dieser Straßen und Straßenteile. Sämtliche Hunde müssen festgelegt, angeleitet oder eingesperrt werden. Die Festlegung ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine gleichzusetzen. In den übrigen Teilen des Stadtkreises Berlin müssen Hunde, sofern sie sich an öffentlichen Orten befinden, mit sicherem Maulkorbe versehen sein und gewissenhaft überwacht werden.

Eine Befestigung verschiedener Einrichtungen der Stadt Berlin auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hat dieser Tage durch die Haushaltungscommission des Reichstages festgestellt. In Augenschein genommen wurde die Vieh- und Fleischverteilung, dann die Zentralküche für Volksspeisung am Alexanderplatz, ferner die Verteilung für Brot- und Butterverteilung.

Wohnungsnachweis bei Bezugschein.

Bei der Ausstellung des Bezugscheines für Wohn-, Werk- und Strickwaren hat die ausfertigende Behörde zu prüfen, ob der Antragsteller in ihrem Bezirke seine künftige Wohnung hat. Im Publikum ist nun die Meinung verbreitet, daß dieser Nachweis nur durch Vorlegung eines polizeilichen Wohnungsnachweises geführt werden kann. Obwohl ein solcher polizeilicher Nachweis ohne jede Schwierigkeit oder Zeitverlängerung auf vorgegebener Formulare beim zuständigen Polizeirevier ausgestellt wird, scheint das Publikum doch vielfach den Gang zur Polizei. Der Verein der Textilindustriellen Groß-Berlins weist darauf hin, daß es durchaus nicht immer eines polizeilichen Wohnungsnachweises bedarf, sondern daß jede Legitimation ausreicht, aus der die derzeitige Wohnung des Käufers zweifellos festzustellen ist, also beispielsweise die letzte Steuerquittung und ähnliche Ausweise.

Beim Tragen des Mittagegens üblich verunglückt ist die 28 Jahre alte Frau Merode aus der Kantstr. 20. Frau W. mußte das Essen nach einem Neubau in der Lauenburgerstr. 1 bringen. Dort stürzte sie in einen Keller und wurde erst nach geraumer Zeit schwer verletzt aufgefunden. Kurz nach Entlieferung in das Krankenhaus starb die Frau.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Mittwoch, den 18. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,88 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,10 M., groß (von 1 1/2 bis 2 Pfund) 2,32 M.; Kabeljau, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,68 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,75 M., groß (von 1 bis 2 Pfund) 2,10 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 2,75 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,10 M. (Zufuhr ganz ungenügend.)

Ratschläge, um der Verbreitung der Ruhr vorzubeugen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: An verschiedenen Orten, so auch in den Gemeinden Groß-Berlins, sind in den letzten Wochen mehrfach Erkrankungsfälle übertragbarer Ruhr aufgetreten, die zum Teil auf Einschleppung infolge des Krieges zurückzuführen sind. Die genannte Krankheit ist in hohem Grade ansteckend und wird wegen der oft jahrelangen Schädigungen der Verdauungsorgane sehr gefährlich. Um ihrer Weiterverbreitung nach Möglichkeit vorzubeugen, ist es geboten, bei der Herstellung und dem Genuß von Speisen größte Sorgfalt und Vorkehrung walten zu lassen, um Magen- und Darmkrankheiten, denen sich die Ruhr erweiternd leicht anschließt, zu verhüten. In den Wohnungen, insbesondere auf den Aborten, ist für peinlichste Sauberkeit zu sorgen. Im übrigen aber kann nur dringend angeraten werden, daß beim Auftreten von Durchfall sofort ein Arzt zugezogen und bis zu dessen Entscheidung der Kranke von den Haus- und Familiengenossen abgefordert wird.

Neber eine Herabsetzung der Rindfleischpreise wissen verschiedene Blätter zu berichten. Da der Absatz auf die Stallhöfe nur 5 M. beträgt, kann sich die Ermäßigung nur auf einige Arten von Rindfleisch erstrecken. Sie kann aber auch hier nur eine geringfügige sein. Eine entsprechende Bekanntmachung der Magistrats wird alsbald erfolgen.

Arbeiterbildungsschule. Besonderer Umstände halber mußte der Beginn der Unterrichtskurse, der für diese Woche geplant war, auf nächste Woche verschoben werden.

Am Dienstag, den 24. Oktober, wird der Kursus über Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung beginnen. Donnerstag, den 26. Oktober, nimmt der Kursus vom Leben der Tiere seinen Anfang, und Sonnabend, den 28. Okt., beginnt der Kursus über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis 1914.

Eine Pilzschau ist im Warenhaus Hermann Tieck, Leipziger Straße, in den Räumen des 4. Stockwerkes mit großer Sammelhalle und mit außerordentlichem Sachkenntnis zusammengestellt. Wir finden hier fast alle vor kommenden Pilzarten in übersichtlicher Weise zusammengestellt, so daß die Ausstellung sowohl für Pilzkenner, wie für angehende Sucher, aber auch namentlich für Schüler ein lehrreiches Anschauungsmaterial bildet, das für alle Kreise sicher großes Interesse hat.

Dem Hausarztverein Neukölln wird uns unter Bezugnahme auf die kürzlich veröffentlichte Notiz über die Bezahlung der Ärzte zu Zwecken des Mitgebühres mitgeteilt, daß Krankheitsstand und Kassen-

verhältnisse des Vereins es nicht zulassen, aus Kassenmitteln die Bezahlung solcher Arztgebühren zu ermöglichen, so gern der Verein den Mitgliedern alles Entgegenkommen zu zeigen geneigt sei.

Kleine Nachrichten. Obst-, Kaninchen- und Hühnerdiebe, welche die Landen zwischen Reutahn und Berlin unsicher machten, sind in den letzten Tagen festgenommen worden. — Bestimmungslod aufgefunden wurde im Hause Kottbuser Damm 100 ein 19-jähriges Mädchen, das Gas eingeatmet hatte. Die Feuerwehr rief das Mädchen wieder ins Leben zurück. — Zwei Taschendiebe sind in der Groß-Markthalle festgenommen worden. Das Publikum möge auf der Hut sein.

Soziales.

Die Frauenarbeit während des Krieges.

Ueber den Umfang der Frauenarbeit während des Krieges läßt sich zurzeit ein erschöpfender Überblick nicht geben; doch gewähren die Ergebnisse der Kassenstatistik einen Einblick in die Entwicklung der Frauenbeschäftigung. Am 1. Oktober 1914 betrug die Zahl der weiblichen Beschäftigten bei den berichtenden Kassen etwa 2,3 Millionen oder 88,3 Proz. aller Pflichtmitglieder; seitdem ist sie fast ununterbrochen gestiegen, und am 1. August d. J., beim Beginn des dritten Kriegesjahres, stellte sie sich auf nahezu 4 Millionen oder 47,1 Proz. der Pflichtmitglieder. Hiemals die Hälfte aller Beschäftigten besteht mitunter aus mitarbeitenden Frauen. In der Metall- und Maschinenindustrie ist die Zunahme an weiblichen Arbeitskräften verhältnismäßig sehr erheblich; hier ist die Zahl von noch nicht ganz 60 000 vor Kriegsausbruch auf etwas über 140 000 beim Anfang des 25. Kriegesjahres, also um das 2 1/2-fache angewachsen.

Während im Deutschen Reich die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte vom 1. Juli 1914 bis zum 1. Juli d. J. etwa 18 Proz. beträgt, zeigt sich für Preußen eine solche um fast 22 Proz. und für Groß-Berlin um beinahe 20 Proz. Unter den Groß-Berliner Pflichtmitgliedern befinden sich zurzeit neben 475 000 männlichen rund 650 000 weibliche Arbeitskräfte, von denen über 120 000 oder etwa 15,5 Proz. in der Metall- und Maschinenindustrie tätig sind. Dem Kriegsbeginn gegenüber bedeutet diese Zahl ein Anwachsen auf etwas über das Zweieinhalbfache.

Aus aller Welt.

Irren ist menschlich.

Am Sonntag, den 8. Oktober, ereignete sich in der Nähe von Landsberg a. Warthe ein schreckliches Eisenbahnunglück, dem rund ein Dutzend Menschenleben zum Opfer fielen, während mehrere andere Personen schwere Verletzungen erlitten. Wie in ähnlichen Fällen, tauchte auch hier sofort die Schuldfrage auf. Wer war für die furchtbare Katastrophe verantwortlich zu machen? Sind auch die Toten nicht mehr zum Leben zu erwecken und werden auch abgequälte Gliedmaßen nicht wieder dadurch erlöst, die Menschen verlangen dennoch die Sühne und rufen nach Vorbeugungsmahregeln, die gleiche Unglücksfälle vermeiden sollen.

Die amtliche Feststellung, die einige Tage später der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, hat ergeben, daß Schuld an dem Unglück das gängliche Versagen eines Blockwärters war, der seit vier Jahren bereits den Dienst auf der Blockstelle Jahnsfelde zur Zuständigkeit versehen hatte. In unbegreiflicher Verwirrung hatte er aber an dem Unglückstage die Strecke freigegeben, ohne daran zu denken, daß ja der Vorzug des freien Fahrs erhaltenen Zuges noch gar nicht vorbei war. Obendrein besichtigte er noch durch einen unerlaubten Eingriff eine Sperre, so daß der nachfolgende Zug die Strecke frei bekam und auf den haltenden Vorzug mit voller Wucht aufstieß.

Was den Beamten zu seinem ganz vorchriftswidrigen Verhalten bewegen hat, ist noch nicht klar gestellt. Die Tatsache, daß er vier Jahre seinen so verantwortungsvollen Posten zur Zufriedenheit versah, scheint zu beweisen, daß er für diese Tätigkeit brauchbar war. Vielleicht stand er aber an jenem Unglückstage unter irgendeinem jeitlichen Druck, der ihm seine Sinne verirrte. Wohl jedem Menschen fällt schließlich einmal eine solche Schwäche an. Und unter dem Jertum eines solchen unglücklichen Menschen fällt schweres Leid auf so viele Menschen herab.

Irren ist menschlich. Wir sehen, daß ein Jertum auch dem besten und pflichttreuesten Menschen passieren kann, und deshalb wollen wir ihn nicht noch mit Steinen bewerfen. Was das Gericht entscheiden, ob er zu bestrafen ist. Für die Menschheit, die ein Recht hat, vor Gefahren nach Möglichkeit beschützt zu werden, ist es aber nützlich, wenn alles getan wird, was die Gefahrenquellen unabhängig von der geistigen und körperlichen Verfassung eines einzelnen Menschen nach Möglichkeit verstopft.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nacht zum Montag auf der Strecke Hanau-Wehra, wo sich in der Nähe der Station Kleben Teile eines nach Wehra fahrenden Güterzuges lösteten und mit voller Wucht auf offener Strecke auf einen aus der Richtung von Hanau abgegangenen Personenzug stießen. Zwölf Wagen des blinden Zuges stürzten bei dem Zusammenstoß auf die Gleisanlage und wurden zertrümmert. Die Maschine des Personenzuges erlitt nur wenig Schaden. Von dem in den umgestürzten Wagen befindlichen Begleitpersonal wurde ein Bremser auf der Stelle getötet. Zwei andere sind schwer verletzt.

Esperanto im Schlingengraben. In der Kriegszeit der vierten Armee wird nachstehende Szene geschildert: An der Westfront entleert sich ein Preuße von einem Bahern ein Handwerkszeug. Eben geht er damit fort, als ihm der Baher nachruft: „Dein's hal' wieda zaubil!“ — „Wie meinst Du, Kamerad?“ — „Schwing Di, daß D' firtz wirst!“ — „Wie meinst Du, Kamerad?“ — Verzweifelt packt da der Baher seine erworbenen französischen Kenntnisse aus und schreit: „Tout de suite retour!“ — „Ah — oui, oui!“ Der Preuße lacht und eilt davon.

Frauenleseabende.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97, Versammlung: 1. Vortrag von Frä. Dr. Wygodzinski über: „Kleinkinderfürsorge“. 2. Erörterung wichtiger Vereinsangelegenheiten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stubenstr. 3, IV, 301 cedit, bunterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Nachsatz und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentrichtung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Krieg 69. 1. Die Entscheidung darüber trifft der Militärarzt. — 2. Die Mutter möge sich beschwerdefrei an das Militärbureau des Magistrats wenden. — 3. Ihre Frau möge sich mit einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt wenden. 2. Es könnte eine Erhöhung der Lebensmittelrationen beantragt werden. 3. Die Entscheidung vom Lebensmittelvertrag liegt leider bei dem guten Willen des Hauswirts. Sie müßten rechtzeitig Kündigung einreichen. — 4. 30. Für die Zeit, in der Sie zum Weereinsatz einbezogen sind, sind Sie nicht steuerpflichtig. — 5. R. 100. Der Entscheid der Steuerkommission ist zutreffend. Da Sie im Vorjahre keinen vollen Jahresverdienst hatten, erfolgt die Einkommensteuer nach dem letzten zumutlichen Einkommen. — 6. R. 59. Die Mutter möge sich mit einer Beschwerde an den Landrat wenden. — 7. R. 100. Bei dem von Ihnen angegebenen Lohn wird nur Ihre Frau als versicherungspflichtig angesehen werden, nicht auch Sie; Sie

haben inselgedessen keinen Anspruch an die Krankenkasse. — R. 99. 1. Mit Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ist Ihre Frau zur Weiterzahlung der Beiträge nicht verpflichtet. Sie kann aber die freiwillige Versicherung fortsetzen, wenn Sie mindestens 6 Beitragsmonate gezahlt hat. 2. Ihr Abgang ist jetzt nicht aufzuhalten, Sie brauchen sich deshalb nicht zu melden. Ob Sie später nochmals gemeldet werden, wissen wir nicht. 3. Die Frau ist verpflichtet, das Land zu räumen, da es ihr vertraglich nicht zugesprochen ist. Der Mietvertrag hat mit der Landpacht nicht zu tun. — 100. Entzieht sich unlerer Kenntnis. — R. 103. Die Lösung wird, wenn Bedürftigkeit vorliegt, gezahlt an Angehörige von Vermitteln und auch dann, wenn der Vermittelt als Gefangen gemeldet wird. — C. R. 1. Landsturmpflichtig; Krankheitsbescheinigung und Herzleiden. — C. R. 100. Jettig untauglich; Krankheiten des Nervensystems. — C. R. 155. Landsturmpflichtig; stärkere, aber einen großen Teil der unteren Gliedmaßen vererbete Erweiterung der Blutadern (Krampfaderngeflechte). — R. 5. 40. Landsturmpflichtig; Jettigkeit, Herzleiden, Erweiterung der Blutadern (Krampfaderngeflechte); garnisonarbeitsverwendungsunfähig. — R. 100. Ein Anspruch auf Grund der Versicherung des Ehemannes an die Landesversicherungsanstalt besteht in diesem Falle nicht. Der Witwe wird auf Grund der von ihr geleisteten Raten bei eintretender Invalidität eine Invalidenrente gezahlt. — R. 5. 50. 1. Günstig. Wie teilen Ihre Beschränkungen nicht. — 12. 6. 6. Eine Reklamation von Ihrer Seite ist aussichtslos; außerdem ist Ihre Ansicht über die Reklamation aber auch irrig. — R. 9. 15. Aus Ihrem Schreiben geht nicht hervor, was Sie von uns beunruhigt haben wollen. — R. 138. Ihre Ansicht über die Einziehung ist richtig. — R. 31. Sie brauchen sich nicht zu melden, da nur die ungenügenden Krankheitsauskünfte ausreichen. — C. R. 39. Die Stadt Berlin geht in diesem Falle keinerlei Unterstützung für das Kind, ein Antrag möge an die Gemeinde des Wohnorts der Mutter gestellt werden. — C. R. 92. Das wissen wir vorher auch noch nicht, Sie müssen den Antrag abwarten. — C. R. 6. Hamburgischer Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandstr. 75. — C. R. 82. 1. Nein. 2. Leider ist dagegen nichts zu machen. — 77. III. Befähigungsgeld gibt es für jeden Urlaub, sofern es sich nicht um sogenannten Meereswiederkehrenden Sonntagurlaub handelt. Für diesen gibt es nichts. — R. 27. Wir empfehlen Ihnen den Besuch der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3. — Verwalter 14. Verband der Hausverwalter, Campenhausstr. 20. Verein der Hausverwalter Berlins und Umgegend, Gröner Weg 109. — 2. R. 1899. Darüber können Sie vielleicht näheres erfahren bei der Baugenossenschaft „Ideal“, Reutahn, Weichstr. 8. — C. R. 50. Darüber sind wir leider nicht informiert. Sie müßten sich an diejenige Stelle wenden, wo Sie das Loos gekauft haben. — R. 9. 1. Chronische erbliche Leiden der Knochen. 2. Bis zu 60 Meter. — 3. R. 100. Sittingsdeputation des Magistrats, Poststr. 16, oder auch an den Nationalen Frauenrat in Ihrem Bezirk. Ein an Sie adressierter Brief ist zweimal als unbedelbar zurückgekommen. — 5. 3. 100. Nur die ungenügenden Krankheitsauskünfte sind zur Weiterung ausreichen. — R. C. 22. 1. Das Testament ist insofern nicht gültig, als bei kinderloser Ehe die Eltern vom Pflichtteil nicht ausgeschlossen werden können. 2. In diesem Falle kann Ihnen die Unterstützung gefügt werden.

Denkt an uns! Sendet



Deutscher Torpedobootsdurchbruch

Galem Aleikum

(Mohlmundstück)

Galem Gold

(Goldmundstück)

Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient. Tabak- u. Zigarettenfabr. Yenidze Dresden.
Jnh. Hugo Zietz Hoflieferant S. Md. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmantel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vornehmlich die

Nähmaschine Stepperin D.R.G.M.

Solide, beste Konstruktion. Näht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2,50 mit Nachlieferung von Leinwandzwirn, verpackt und postfrei. In Lederhüllen aus Kälbschulter oder direkt durch

Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Haben Sie **Fußschmerzen?**

empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützsohlen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Hüftkorsetts usw., Kräfte zur Geländehaus- u. Kranenpflege.

Pollmann, Bandagist,

Berlin N., Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Erlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Borax-
2226* störung. Tollzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.